



Aus dem Inhalt:

- „Ordnungspartnerschaft Sicherheit“ im Oberbergischen Kreis
- Schwerpunkt: Kommunale Integrationszentren
- Mit SUSII sicher im Internet



Baurechtsmodernisierungsgesetz NRW: Gute Wegmarken und praktische Stolpersteine

Der vor kurzem vorgelegte Referentenentwurf zum Baurechtsmodernisierungsgesetz NRW hat durchaus für Überraschungen gesorgt. Die dort vorgesehenen Änderungen an der Landesbauordnung sind unerwartet umfangreich und dürften zu vielen Diskussionen führen: Allein die vollständige Neufassung des sehr schwierigen Abstandsflächenrechts würde – sofern in Kraft – sämtliche an Bauvorhaben Beteiligte für viele Jahre intensiv beschäftigen. Hervorzuheben ist allerdings, dass der Gesetzentwurf auch Änderungen enthält, die aus kommunaler Sicht sehr zu begrüßen sind. Insbesondere die Vorschrift zur Stellplatzverpflichtung korrigiert wesentliche Fehler der Neufassung der Bauordnung aus dem Jahr 2016, deren Inkrafttreten vom zwischenzeitlich neu gewählten Landtag infolge einer entsprechenden Initiative der neuen Landesregierung zugunsten einer Überdenkungsphase unter Beteiligung aller am Planen und Bauen beteiligten Akteure ausgesetzt wurde.

Die von der neuen Landesregierung verfolgten Ziele der erneuten Überarbeitung zur Vereinfachung und Beschleunigung von Bauvorhaben im Interesse einer Förderung des Wohnungsbaus wurde in einer Reihe von Aspekten bereits gut umgesetzt. Indessen geht der Entwurf in einigen Aspekten an den selbst gesetzten Intentionen vorbei. Dies betrifft etwa die – auf den ersten Blick unscheinbare – Herausnahme des Bauordnungsrechts aus dem Prüfprogramm des vereinfachten Baugenehmigungsverfahrens. Hier wäre im Ergebnis einzig noch der Antragsteller für die Einhaltung des materiellen Baurechts – einschließlich der erwähnten sehr komplizierten neuen Abstandsflächenvorschriften – verantwortlich. Die Baugenehmigungsbehörde müsste die Genehmigung erteilen, wenn die wenigen noch zu prüfenden Anforderungen erfüllt sind. Erst nach Vollendung des Vorhabens bliebe ihr für sämtliche Verstöße gegen Bauordnungsrecht die Möglichkeit, diese nach Errichtung des Vorhabens zu bemängeln und Beseitigung zu verlangen. Dies dürfte der Bauherrin bzw. dem Bauherren nur schwer vermittelbar sein.

Ähnliche Schwierigkeiten gibt es mit der Genehmigungsfreistellung. Anders als der Name vermuten lässt, handelt es sich hier nicht um einen Schritt in Richtung Entbürokratisierung, sondern führt mittel- bis langfristig zu deutlichem Aufwand bei den Bauaufsichtsbehörden und Kosten und nicht zuletzt erheblichen Ärgernissen auf Seiten der Bauherrinnen und Bauherren. Die hiermit angestrebte Zeitersparnis von wenigen Monaten und wenigen hundert Euro Genehmigungsgebühren steht hierzu in keinem Verhältnis.

Die praktischen Erfahrungen der kommunalen Bauaufsichtsbehörden aus den letzten Jahren und Jahrzehnten haben vielmehr deutlich erwiesen, dass das bloße Weglassen von Genehmigungen und Kontrollen im Verfahren selbst am Ende zu erheblichen Komplikationen führt. Zwar entfällt damit für den Bauwilligen das lästige Warten auf eine Baugenehmigung. In den folgenden Jahrzehnten hat er jedoch nichts vorzuweisen, was die Rechtmäßigkeit seines Gebäudes attestiert. Das kann gegenüber Nachbarn, Banken, Kaufinteressenten oder auch nur im Fall von Anbauvorhaben oder sonstigen geplanten Änderungen noch nach vielen Jahren ein schwieriges Hindernis darstellen. Zudem belegen die Erfahrungen der kommunalen Praxis, dass gänzlich genehmigungsfrei gebaute Vorhaben nur in wenigen Fällen tatsächlich den materiellen Vorschriften entsprechen. Getreu dem Motto „Eile mit Weile“ wird die zunächst zu verzeichnende Beschleunigung und Vereinfachung später in aller Regel zum Problem, das leicht hätte vermieden werden können. Im Fall eines erforderlichen Rückbaus bzw. anderer baulicher Änderungen sind hiermit auch nicht zuletzt erhebliche Kosten verbunden.

Hintergrund derartig missglückter Regelungen ist häufig eine falsche Erwartungshaltung, was die Möglichkeiten der Beschleunigung des Bauens angeht: Bauen bleibt in unserem dicht besiedelten Land ein komplizierter Vorgang, der sich nicht endlos vereinfachen lässt und zumindest einer gewissen Hilfestellung und Überwachung bedarf. Die Möglichkeiten einer Beschleunigung durch weiteren Abbau der bereits reduzierten behördlichen Kontrollen sind begrenzt und gehen auf Kosten der Qualität und der Rechtssicherheit. Vielversprechender sind dagegen die Möglichkeiten der technischen Beschleunigung durch Digitalisierung. Dies hat die Landesregierung bereits erkannt: Weitere Schritte auf diesem Feld sind geplant und werden eng von den kommunalen Spitzenverbänden begleitet.

Zunächst gilt es jedoch, die Stolpersteine aus dem Gesetzentwurf zu entfernen. Beschleunigung ist und bleibt im Rahmen des Praktikablen wichtig. Grundsätzliche für das Bauen geltende Erfordernisse wie die rechtliche und wirtschaftliche Sicherheit der Bauinteressenten oder eben auch schlicht der Verbraucherschutz müssen dabei allerdings angemessen im Blick behalten werden.

Dr. Martin Klein
Hauptgeschäftsführer
des Landkreistages Nordrhein-Westfalen

EILDienst

2/2018



LANDKREISTAG
NORDRHEIN-WESTFALEN

Kavalleriestraße 8
40213 Düsseldorf
Telefon 02 11/300491-0
Telefax 02 11/300491-660
E-Mail: presse@lkt-nrw.de
Internet: www.lkt-nrw.de

Impressum

EILDienst – Monatszeitschrift
des Landkreistages
Nordrhein-Westfalen

Herausgeber:
Hauptgeschäftsführer
Dr. Martin Klein

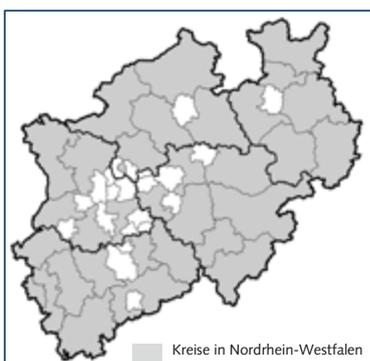
Redaktion:
Erster Beigeordneter Dr. Marco Kuhn
Hauptreferent Dr. Markus Faber
Referentin Dr. Andrea Garrelmann
Referentin Dorothee Heimann
Referent Thomas Krämer
Pressereferentin Rosa Moya
Referent Dr. André Weßling
Hauptreferent Dr. Kai Zentara

Quelle Titelbild:
Fotolia@Daniel Ernst

Redaktionsassistentz:
Gaby Drommershausen
Astrid Hälker
Heike Schützmann

Herstellung:
ALBERSDRUCK GMBH & CO KG
Leichlinger Straße 11
40591 Düsseldorf

ISSN 1860-3319



Kreise in Nordrhein-Westfalen

Auf ein Wort 41

Aus dem Landkreistag 46

Vorstandssitzung am 22./23. Januar 2018 in Velen, Kreis Borken 46

Thema Aktuell 47

Der Oberbergische Kreis hat eine „Ordnungspartnerschaft Sicherheit“
mit den kreisangehörigen Städten und Gemeinden geschlossen 47

Schwerpunkt: Kommunale Integrationszentren 50

Integrations-Staatssekretärin Serap Güler: Stellenwert und Zukunft
der Kommunalen Integrationszentren in Nordrhein-Westfalen 50

Sprache als Schlüssel zur Integration – Netzwerkstrukturen im Kreis Borken 51

Integration von Flüchtlingen als Bildungs- und Querschnittsaufgabe –
Das 50. KI landesweit entstand im Kreis Coesfeld 54

Von der Kita bis zum Berufskolleg – guter Service und gute Kooperation
als Erfolgsfaktoren im Kreis Düren 56

Der Laien-Sprachmittlerpool des Ennepe-Ruhr-Kreises 58

Bundesfreiwilligendienst mit Flüchtlingsbezug – ein Beitrag
zur Interkulturellen Öffnung im Kreis Euskirchen 61

Deutsch lernen im Kreis Heinsberg – Alle Sprach- und Integrationskurse
auf einen Blick 63

Zusammenarbeit zwischen Kreis und kreisangehörigen Kommunen
als Erfolgsfaktor für die Arbeit des Kommunalen Integrationszentrums
des Hochsauerlandkreises 64

Integration im ländlichen Raum – Chancen und Herausforderungen
im Kreis Höxter 67

Rechtsextremismus und Rassismus systematisch entgegnet: Strategische
Handlungsansätze und Angebote des Kreisintegrationszentrums Mettmann 70

„Neue Zuwanderer – neue Herausforderungen – neue Ansätze“ –
Aktuelle Entwicklungen in der Arbeit des KI im Rheinisch-Bergischen Kreis 72

„Deutschstart – gemeinsam!“ – Eine Projektfamilie für Personen, die neuzuge-
wanderte Kinder, Jugendliche und Erwachsene im Kreis Paderborn unterrichten 73

Ältere Menschen mit Migrationshintergrund – eine wichtige Aufgabe
des Kommunalen Integrationszentrums im Kreis Recklinghausen 75

EILDienst

2/2018

Projektbeispiele aus den Handlungsfeldern Bildung und Querschnitt des Kommunalen Integrationszentrums des Rhein-Erft-Kreises	78
Das Kommunale Integrationszentrum des Rhein-Sieg-Kreises – Die Spinne im Netz der Integrationsarbeit	80
„Fit für mehr“ – Zugewanderte im Kreis Steinfurt nehmen Bildungsangebot gerne an	82



Im Fokus

Mit SUSII sicher im Internet – Rhein-Erft-Kreis schaltet Plattform frei, die Verbraucher schützen soll	84
Medien-Spektrum: Aktuelle Pressemitteilungen	
Kommunen begrüßen Finanzspritze für Integration – 100 Mio. Euro vom Land zeigen Anerkennung der kommunalen Integrationsarbeit	85
Afrikanische Schweinepest: Landkreistag NRW fordert Gesetzesgrundlage für effektive Bekämpfung	85

Kurznachrichten

Allgemeines

Ein Fünftel der NRW-Bevölkerung war 2016 im Rentenalter	85
NRW-Einwohnerzahl im Jahr 2016 auf knapp 17,9 Millionen gestiegen	85

Arbeit und Soziales

2017 stieg die Zahl der Erwerbstätigen in NRW um 1,3 Prozent	86
--	----

Datenverarbeitung und Informationstechnik

Elektronische Kommunikation mit dem Kreis Coesfeld: Zugang auch per De-Mail möglich	86
---	----

Geoinformation und Vermessung

Kreis Unna baut Internetangebot weiter aus – Neue Bilder für virtuellen Rundflug	86
--	----

Gesundheit

Zweite Runde im Kampf gegen Keime – Kick-off für Hygienesiegel für Pflegeeinrichtungen 2019	87
„Jungen nutzen Medien auf ihre eigene Weise!“ – Initiative Jungengesundheit mit neuen Workshops	87

EILDienst

2/2018



Kinder, Jugend und Familie

Etwa jedes dritte Kind in NRW unter sechs Jahren in Kindertagesbetreuung hatte 2017 einen Migrationshintergrund 88

Kein Abschied von der Elternschaft trotz immer späterer Familiengründung 88

Karte mit Kitas und Co. – Standorte im Kreis Unna auf einen Blick 89

Kultur und Sport

Jahrbuch des Kreises Borken 2018 89

Jahrbuch Kreis Höxter 2018 89

Jahrbuch Kreis Unna 2018 90

Heimatbuch Kreis Viersen 2018 90

Bewerbung des Kreises Siegen-Wittgenstein ist auf dem Weg: Haubergswirtschaft soll immaterielles Kulturerbe werden 90

Landwirtschaft und Umwelt

Umweltschutzinvestitionen der NRW-Industriebetriebe waren 2015 um 7,6 Prozent höher als ein Jahr zuvor 91

Atlas Agrarstatistik wurde aktualisiert – kleinräumige Karten sind jetzt auch für 2016 verfügbar 91

Naturpark Bergisches Land als klimaschonende Tourismusdestination stärken 91

Schule und Weiterbildung

Handeln statt wegsehen: Mit Schutzkonzepten in Schulen des Kreises Paderborn Kinder vor sexuellem Missbrauch schützen 92

Bildungsmonitor für den Kreis Unna – „Stabil, inklusiv und auf hohem Niveau“ 93

Wirtschaft und Verkehr

NRW-Industrie steigerte die Süßwarenproduktion im Jahr 2016 um zwei Prozent 93

Zivilschutz

Ein Zertifikat für Qualität – TÜV Hessen bescheinigt Rettungsdienst des Kreises Paderborn Einhaltung aller Qualitätsstandards 94

EILDienst

2/2018

Persönliches

Größen aus Politik und Gesellschaft gratulieren dem Urgestein der Kreispolitik des Kreises Mettmann – Festakt zu Ehren von Klaus-Dieter Völker 95

Stichwortverzeichnis und Einbanddecken

Einbanddecken und Stichwortverzeichnis 2017 95

Hinweise auf Veröffentlichungen 95



Vorstandssitzung in Velen – Digitalisierung, Finanzen und Austausch mit Ministerin Ina Scharrenbach

Zweites Treffen der Landräte mit Kommunal-Ministerin Ina Scharrenbach – Erfahrungsaustausch über Digitalisierung in der Kreisverwaltung – gpaNRW-Bilanz zur überörtlichen Prüfung der Kreise – Treffen mit dem Intendanten des Deutschlandradios

Ein breites Spektrum am Themen füllte die Tagesordnung der Klausurtagung des LKT NRW-Vorstands im Januar in Velen (Kreis Borken). Doch eine Fragestellung stand im Mittelpunkt: die Digitalisierung der Verwaltung. Dieter Rehfeld, Vorsitzender der Geschäftsführung der Regio.IT in Aachen, stellte die Produkte des kommunalen Dienstleisters vor und regte zum Handeln und Ausprobieren an. Auch Ministerin Ina Scharrenbach betonte bei ihrem Treffen mit den NRW-Landräten in Velen, man wolle gerade bei Bauangelegenheiten auf digitale Verfahren setzen.

Zudem befassten sich die Landräte mit den Perspektiven der von Wirtschafts- und Digitalminister Prof. Dr. Andreas Pinkwart ausgewählten Digitalen Modellregionen. Denn einige Kreise werden bei diesem Vorzeigeprojekt des NRW-Ministeriums für Wirtschaft, Innovation, Digitalisierung und Energie zwar berücksichtigt, sein Schwerpunkt liegt aber bei kreisfreien Städten sowie wenigen kreisangehörigen Gemeinden. Dabei spielt gerade für Kreisverwaltungen mit Blick auf die vielfältigen Kooperationen mit den kreisangehörigen Städten und Gemeinden Digitalisierung eine zentrale Rolle.

Auch das Thema Kreisfinanzen stand auf dem Programm: Die Gemeindeprüfungsanstalt NRW (gpaNRW) zog Bilanz zur überörtlichen Prüfung der Kreise. Dabei stellten der neue Präsident Heinrich Böckelühr und seine Mitarbeiter auch die aufgabenbezogene Personal- und IT-Analyse dar. Darüber hinaus sprachen die Landräte mit dem Intendanten des Deutschlandradios, Stefan Raue, über den Stellenwert kommunaler Themen in den Medien.

Gesprächsrunde der Landräte mit Ministerin Ina Scharrenbach

Ministerin Ina Scharrenbach erläuterte bei der Klausurtagung des Vorstands des Landkreistags NRW mit den Landräten die Pläne und Vorhaben ihres Ministeriums für Heimat, Kommunales, Bau und Gleichstellung. Nach knapp sechs Monaten im Amt hatte sie einiges zu berichten:

- Die geplante Transparenzkommission solle die Soziallasten ins Auge nehmen, die für die Kreise eine wesentliche Belastung bedeuten;



Landräteklausurtagung mit Kommunalministerin Ina Scharrenbach.

Quelle: LKT NRW

- zur Umsetzung des Kommunalinvestitionsförderungsgesetzes in NRW stehe ein neuer Frage-Antwort-Katalog mit umfangreichen Änderungen bereit;
 - die Fördermittel aus dem Programm „Gute Schule 2020“ könnten nun auch für Ausstattung genutzt werden, der Verwendungszeitraum solle zudem verlängert werden;
 - zur Modernisierung des Bauordnungsrechts liege der Entwurf bereits vor;
 - eine Arbeitsgruppe beschäftige sich derzeit mit den Kritikpunkten am GFG und prüfe das umstrittene Sofia-Gutachten sowie die Altschuldenthematik;
 - und die Ausschreibung für ein Gutachten zur Überprüfung der sogenannten „Einwohnerveredelung“ laufe bereits.
- Die Ministerin drückt aufs Tempo. Das klang bereits beim ersten Treffen mit dem LKT NRW-Vorstand im September an. Und das signalisierte sie auch bei ihrem zweiten Treffen mit den Landräten im Januar. Doch immer scheint es nicht zu klappen. So musste etwa die Frist für ein Gutachten zur Überprüfung der umstrittenen „Einwohnerveredelung“ verlängert werden, weil sich kein Gutachter finden ließ, der in der vorgegebenen Zeit liefern konnte. Die Folge ist, dass für das GFG 2019 keine Änderungen möglich sein werden. Dafür setzt die Ministerin auf schnelles Han-

deln bei der Novellierung der Bauordnung NRW, die 2019 in Kraft treten soll. Im Gespräch mit den Landräten betonte sie, die neue Landesbauordnung solle noch vor der Sommerpause vom Landtag beschlossen werden, damit den Bauaufsichtsbehörden sowie weiteren mit der Umsetzung befassten Akteuren genügend Zeit verbleibe, sich auf den neuen Rechtsrahmen einzustellen. Zudem setzte sie sich für eine stärkere Digitalisierung in Bauämtern ein.

Regio.IT über die Digitalisierung der kommunalen Verwaltung

Tatsächlich ist die Digitalisierung ein Thema für die gesamte Verwaltung. Gerade für die Kreise hat Digitalisierung einen hohen Stellenwert: Zum einen haben sie eine Bindegliedfunktion zwischen zentralen Bundes- und Landes- sowie kommunalen Aufgaben, zum anderen sind die Wege im kreisangehörigen Raum oft weit und zeitintensiv für die Bürger. So debattierten die Landräte über neue Möglichkeiten und berichteten von bereits abgeschlossenen und laufenden Projekten.

Dieter Rehfeld, Vorsitzender der Geschäftsführung der Regio.it Aachen, stellte die Arbeit des kommunalen IT-Dienstleisters

und die Chancen der Digitalisierung in der Verwaltung dar. Er warb bei den Anwesenden dafür, mutiger voranzugehen und Möglichkeiten auszuschöpfen. Dabei relativierte er datenschutzrechtliche Bedenken und sah in den neuen europäischen Datenschutzbestimmungen sogar „eine Chance zur Liberalisierung“.

„Schreiben Sie Ihre Ideen auf und machen Sie es einfach!“, betonte Rehfeld immer wieder in seinem Vortrag. Digitale Veränderung könne nur gelingen, wenn man sie lebe und die Mitarbeiter dafür begeistere. Davon zeigten sich auch die Landräte überzeugt. Viele Prozesse seien heute schon in den Kreisverwaltungen digitalisiert. Und eine Reihe von Projekten liefen bereits.

Digitale Modellregionen

Auch das neue digitale Projekt der Landesregierung beschäftigte den LKT-NRW-Vorstand: Das Ministerium für Wirtschaft, Innovation, Digitalisierung und Energie hat mehrere Kommunen zu digitalen Modellregionen ausgewählt, um dort beispielhaft digitale Projekte und Angebote für Bürger und Unternehmen zu entwickeln und auszubauen. Bereits seit September sitzen der Kreis Paderborn und die Stadt Paderborn als Teil der ersten digitalen Modellregion in NRW, Ostwestfalen-Lippe, mit im Boot. Seit Januar sind auch der Kreis Soest sowie die Städteregion Aachen Teile von vier weiteren „Digitalen Modellregionen in NRW“ in den insgesamt fünf Regierungsbezirken, die Wirtschafts- und Digital-Minister Pinkwart kürzlich vorgestellt hat. Diese werden in den kommenden Jahren mit insgesamt 91 Millionen Euro vom Land gefördert. Der Landkreistag NRW begrüßte grundsätzlich die Bereitschaft der Landesregierung, die weitere Modernisierung der

Kommunalverwaltungen finanziell zu unterstützen. Der Vorstand kritisierte bei diesem Projekt aber insbesondere das Verfahren zur Auswahl der digitalen Modellregionen, bei dem ein Wettbewerb hätte vorgeschaltet werden müssen. Mit Blick in die Zukunft sprachen sich die Landräte zudem dafür aus, die Erfahrungen der Modellregionen Schritt für Schritt flächendeckend nutzbar zu machen.

gpaNRW-Bilanz zur überörtlichen Prüfung der Kreise

Über die ersten Ergebnisse der überörtlichen Prüfung der Kreise berichteten gpaNRW-Präsident Heinrich Böckelühr und seine Mitarbeiter. Dabei legten sie besonderes Augenmerk auf die Zielsetzung des aktuellen Berichts, der in diesem Jahr final abgeschlossen werden soll. Gerade die Überlegung, alle Aufgaben und Personalbestände zu 100 Prozent zu erfassen, erwies sich offenbar nicht so ertragreich wie ursprünglich projektiert. Die Ergebnisse könnten aufgrund der schieren Masse an Zahlen nur nach einer aufwändigen Aufarbeitung interpretiert und verständlich gemacht werden. Auch kritisierten die Landräte, dass die zugrundeliegenden Vergleichsdaten von 2013 zu alt seien und somit mögliche aufgedeckte Schieflagen nicht mehr aktuell oder bereits geradegerückt worden seien. Auch die gpaNRW stellte in Frage, ob der „hoch aggregierte Ansatz“ die richtige Wahl gewesen sei, um Transparenz herzustellen.

Kommunale Themen in den Medien

Um den Stellenwert kommunaler Themen in den Medien drehte sich das Gespräch

mit dem Intendanten des Deutschlandradios, Stefan Raue, am zweiten Tag der Klausurtagung in Velen. Der bundesweite Informationssender mit einer Reichweite von über zwei Millionen Zuhörern (deutschlandfunk, deutschlandradio kultur und deutschlandradio nova) bietet täglich mehr als 200 Minuten Nachrichten sowie ausführliche Sendungen mit Hintergrundinformationen zu nationalen und internationalen Themen. Auch landespolitische und kommunale Themen finden Raum im Programm des Senders – unter anderem in der „Länderzeit“.

Doch wie viel Sendezeit bekommen Kreisthemen tatsächlich? Oft fänden die Kreise in den Medien nicht so große Resonanz wie etwa kreisfreie Städte, kritisierten die Landräte. Dabei leben in NRW mit rund 11 Millionen Einwohnern die meisten Menschen im kreisangehörigen Raum. Die Landräte beklagten auch den vordergründigen Schwerpunkt auf die Bundespolitik: „Sogar die Ergebnisse von Kreistagswahlen werden in den Medien bundespolitisch hergeleitet“, hieß es.

Eine Tendenz, die auch Raue bedauerte. Hier müsse man andere Wege gehen, oft stünden aber die lokalen Akteure für die unmittelbare Berichterstattung am Wahlabend nicht zur Verfügung – etwa dem Fernsehen oder eben den Radiosendern. Als Rezept für mehr Präsenz in den Medien nannte Raue Altbewährtes: Mehr Service bieten, die Ortskenntnisse nutzen, lebensnahe, gut erzählbare Beispiele anbieten. Zudem komme es immer auf charismatische Persönlichkeiten an. „Die Menschen müssen stärker transportiert werden.“

EILDienst LKT NRW
Nr. 2/Februar 2018 00.10.10



Der Oberbergische Kreis hat eine „Ordnungspartnerschaft Sicherheit“ mit den kreisangehörigen Städten und Gemeinden geschlossen

Von Pressereferentin Iris Trespe,
Oberbergischer Kreis

Der Oberbergische Kreis zählt zu den sichersten Kreisen in Nordrhein-Westfalen. Gleichwohl sollen Prävention und Sicherheitsgefühl weiter verbessert werden. Für dieses Ziel investiert der Oberbergische Kreis rund 650.000 Euro in die Ordnungspartnerschaft Sicherheit: ein Modellprojekt in NRW.

Im Bereich der persönlichen Sicherheit im Oberbergischen Kreis gibt es unterschiedliche Wahrnehmungen. Laut Statistik ist die Region eine der Sichersten im

Land. Die Kriminalitätsrate ist in jüngster Zeit allerdings leicht angestiegen und viele Bürgerinnen und Bürger fühlen sich nicht mehr so sicher wie noch vor einigen Jahren.

„Neben der objektiven Sicherheitslage hat sich auch das subjektive Sicherheitsgefühl in der Bevölkerung verändert. Bürgerinnen und Bürger messen der Sicherheit eine

immer größere Bedeutung bei. Das Thema Sicherheit und Ordnung in einer Kommune bestimmt wesentlich die Lebens- und Wohnqualität und ist ein wichtiger Standortfaktor“, sagt der Landrat des Oberbergischen Kreises Jochen Hagt.



Einige der oberbergischen Akteure des Modellprojekt Ordnungspartnerschaft Sicherheit im Gespräch (v.l.n.r.: Kreisdirektor Klaus Grootens; Dietmar Persian, Bürgermeister der Stadt Hückeswagen; Frank Helmenstein, Bürgermeister der Stadt Gummersbach; Landrat Jochen Hagt; Polizeidirektor Rainer Gosebruch, Abteilungsleiter der Kreispolizeibehörde Oberberg).

Quelle: Oberbergischer Kreis

„Die Erhaltung und Sicherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung ist eine Aufgabe, die alle Verantwortungsträger in Staat und Gesellschaft in ihrer jeweiligen Funktion betrifft.“

Um die Zusammenarbeit in diesem Bereich zu intensivieren, hatten Landrat, Bürgermeister und Vertreter der Kreispolizeibehörde bereits im März 2017 auf Initiative der Kreisverwaltung ihre Bereitschaft zu einer Kooperation „Ordnungspartnerschaft Sicherheit“ erklärt. Auch aus allen Fraktionen gab es dafür Zustimmung, sodass nach Kreistagsbeschluss im Sommer 2017 die entsprechenden Kooperationsvereinbarungen unterzeichnet werden konnten. Diese Vereinbarungen dienen der besseren Abstimmung aller Handlungsmöglichkeiten und verbessern die Zusammenarbeit der Beteiligten für die öffentliche Sicherheit und Ordnung.

Seit Einführung des Modellprojekts erhalten Landrat, Kreisverwaltung und Polizei bereits Dankesbekundungen von Bürgermeistern der oberbergischen Kommunen. Der Bürgermeister der Kreisstadt Gummersbach Frank Helmenstein ist erfreut darüber, dass ihn positive Rückmeldungen aus der Bevölkerung erreichen. Er spricht von einem verbesserten Sicherheitsgefühl und mehr Lebensqualität in der Stadt. Die Fälle von Vanda-

lismus in der Kreisstadt sind inzwischen rückläufig. Frank Helmenstein wertet die Ordnungspartnerschaft Sicherheit als „gut investiertes Geld“, beispielsweise für rechtliche Schulungen des Ordnungs-Personals. Der Bürgermeister wünscht sich, dass dieses oberbergische Modellprojekt auf Landesebene weiterentwickelt wird.

Zustimmung erhält Frank Helmenstein auch vom Bürgermeister der Nachbarstadt Bergneustadt. Wilfried Holberg bedankt sich „für die höchst perfekte Planung und Umsetzung dieses neuen, gemeinsamen ordnungsrechtlichen Ansatzes durch die Kreisverwaltung. Ich bin überzeugt, gemeinsam mit dem Kreis auf einem sehr guten Weg zu sein.“ An der „Ordnungspartnerschaft Sicherheit“ beteiligen sich die Städte und Gemeinden Bergneustadt, Engelskirchen, Gummersbach, Lindlar, Marienheide, Morsbach, Nümbrecht, Radevormwald, Reichshof, Waldbröl, Wiehl und Wipperfürth. Mit der Stadt Hückeswagen werden weitere Gespräche zur Einbindung in die intensiviertere Zusammenarbeit geführt. Ziel ist es, die sichtbare Präsenz hoheitlicher Ordnungskräfte im öffentlichen Raum der Kommune zu steigern. Es sollen gemeinsame Schwerpunktsätze bei geeigneten Problemlagen durchgeführt werden. Der Informationsaustausch unter den Beteiligten soll verbessert werden. Um diese Ziele zu erreichen, hat der Oberbergische Kreis einen Maßnahmenkatalog erarbeitet.

Der Kreis fördert Neueinstellungen oder Stellenaufstockungen in den Kommunen durch einen Personalkostenzuschuss. Dieser wurde gut angenommen, alle beteiligten Kommunen beschäftigen ab Januar 2018 zusätzliche Mitarbeitende. Zusätzlich organisiert und finanziert der Kreis ein Fortbildungsangebot, um die kommunalen Außendienstkräfte zu qualifizieren. Zusammen mit dem Rheinischen Studieninstitut Köln, Einsatztrainern der Kreispolizeibehörde und einem erfahrenen Kommunikationstrainer wurde hierzu ein eigenes Curriculum erarbeitet. Die Lehrinhalte wurden dabei in Abstimmung mit den beteiligten Kommunen auf das konkrete Aufgabenspektrum im Kreis abgestellt. Den neuen Außendienstmitarbeitenden ohne verwaltungsfachlichen Hintergrund soll so ein ausreichendes Maß an Kompetenzen und Fähigkeiten vermittelt werden.

„Wir haben das dreimonatige Schulungs-Modul nach intensiver Vorbereitung Mitte Januar 2018 begonnen. Das ist ein einzigartiges Angebot, mit dem neue Kolleginnen und Kollegen zielgerichtet auf ihren Einsatz auf der Straße vorbereitet werden“, berichtet Kreisdirektor Klaus Grootens, Ordnungsdezernent des Oberbergischen Kreises.

In den einzelnen Modulen werden Kenntnisse zu den notwendigen Rechtsgrundlagen vermittelt. Darüber hinaus erlernen die neuen Außendienstmitarbeitenden Techniken zur Eigensicherung und Deeskalation für den Umgang mit aggressiven Personen. Als weitere Maßnahme hat der Kreis zwölf neue Dienstfahrzeuge in polizeiähnlicher Optik für alle Kommunen angeschafft. Die BMW 318 i tragen die Aufschrift „Ordnungsamt“. Sie sollen im Stadtbild erhöhte Aufmerksamkeit erzeugen. Der Kreis hat die Dienstfahrzeuge geleast. Er übernimmt die Kfz-Versicherung und die Kfz-Steuer und stellt den Kommunen die Fahrzeuge für drei Jahre kostenlos zur Verfügung.



Kreisdirektor Klaus Grootens und Landrat Jochen Hagt mit Schulungs-Teilnehmenden.

Quelle: Oberbergischer Kreis



Vorstellung des Dienstwagens der Ordnungspartnerschaft Sicherheit (mit der Stadt Bergneustadt) vor dem Bergneustädter Rathaus (v.l.n.r.: Frank Jesse; Claudia Adolfs, Fachbereichsleiterin Ordnung; Wilfried Holberg, Bürgermeister der Stadt Bergneustadt; Markus Weidenbach (Ordnungsamt) stellv. Fachbereichsleiter Gerd Zimmermann; Ute Huhn).

Quelle: Stadt Bergneustadt



Zufriedene Gesichter bei der offiziellen Fahrzeugübergabe am Notfallzentrum des Oberbergischen Kreises in Marienheide-Kotthausen.

Quelle: Oberbergischer Kreis



Landrat Jochen Hagt begrüßt die Teilnehmenden zum 1. Schulungsmodul „Ordnungspartnerschaft Sicherheit“.

Quelle: Oberbergischer Kreis

Zudem wurden die neuen Mitarbeitenden mit kreisweit einheitlichen Dienstuniformen ausgestattet. Sie zeigen vor allem Präsenz auf der Straße. Ihre Dienstkleidung ist ebenfalls polizeiähnlich, mit der Aufschrift „Ordnungsamt“.

„Das alles sind Bausteine, um die Präsenz der Ordnungskräfte in der Fläche wahrnehmbar zu steigern“, sagt Landrat Jochen Hagt. „Wir setzen auf die Wirkung von einheitlicher Dienstkleidung und Fahrzeugen. Das schafft ein Gemeinschaftsgefühl von innen und außen. Das uniforme Auftreten erleichtert die Zusammenarbeit durch die Erkennbarkeit untereinander und steigert die Präsenz in der Öffentlichkeit.“ Gemeinsame Streifengänge mit der Polizei sollen verdeutlichen, dass der Oberbergische Kreis die öffentliche Sicherheit ernst nimmt. Gemeinsam durchgeführte Kontrollen verbessern außerdem die Zusammenarbeit der kommunalen Ordnungsämter untereinander.

Die Kommunen haben sich im Gegenzug zur Ausweitung ihrer Außendiensttätigkeit verpflichtet. So sollen gemeinsame Schwerpunkteinsätze von Polizei und Ordnungsämtern, z. B. an Karneval oder Stadtfesten, durchgeführt werden. Außerdem werden die Sonderordnungsbehörden regelmäßig bei Einsätzen in besonderen Gefährdungslagen beteiligt (z.B. Kreisjugendamt, Ausländeramt, Veterinäramt). Darüber hinaus soll der Informationsaustausch verbessert und die örtlichen Gefahrenabwehrverordnungen aufeinander abgestimmt werden. Den örtlichen Ordnungsbehörden obliegt die Gefahrenabwehr als ureigene Pflichtaufgabe zur Erfüllung nach Weisung. Landrat Jochen Hagt weist darauf hin, dass die „Ordnungspartnerschaft Sicherheit“ eine Kooperation zur Zusammenarbeit ist. „Es gibt keine Aufgabenverlagerung von der Polizei auf örtliche Ordnungsbehörden, sondern wir stärken die Zusammenarbeit.“

EILDienst LKT NRW
Nr. 2/Februar 2018 31.10.02



Gemeinsamer Streifendienst von Polizei und Ordnungsamt.

Quelle: Polizeibehörde Oberberg



Stellenwert und Zukunft der Kommunalen Integrationszentren in Nordrhein-Westfalen

Von Serap Güler, Staatssekretärin für Integration im Ministerium für Kinder, Familie, Flüchtlinge und Integration des Landes Nordrhein-Westfalen

Schön, dass diese Ausgabe der Verbandszeitschrift EILDienst des Landkreistags NRW nach 2014 zum zweiten Mal mit dem Themenschwerpunkt „Kommunale Integrationszentren“ (KI) erscheint. Schon das ist ein Zeichen dafür, dass die mit dem Teilhabe- und Integrationsgesetz 2012 geschaffenen KI in den Kreisen des Landes inzwischen etabliert sind. Die Landesregierung sieht in den KI eine tragende Säule verbindlicher Integrationspolitik in Nordrhein-Westfalen – heute und in Zukunft. Ich will an dieser Stelle klar stellen, dass es uns jetzt nicht darum geht, alles anders zu machen als bisher, aber darum, manches verbindlicher und besser zu gestalten.

Was ist eigentlich ein KI?

Kann ich voraussetzen, dass alle Leserinnen und Leser dieser Zeitschrift wissen, was ein KI ist? Ich bin mir da nicht so sicher. Ein KI ist eine kommunale Einrichtung, die sich um die Teilhabe und Integration der Menschen kümmert, die eingewandert sind. KI gibt es zurzeit in 53 kreisfreien Städten und Kreisen des Landes. Jede dieser Kommunen hat selbst einen Antrag auf Einrichtung ihres KI nach § 7 des Teilhabe- und Integrationsgesetzes gestellt. Damit wollen sie im Einvernehmen mit den kreisangehörigen Städten und Gemeinden (1.) Angebote im Elementarbereich, in der Schule und beim Übergang von der Schule in den Beruf in unterstützen, um die Bildungschancen von Kindern und Jugendlichen mit Migrationsgeschichte zu verbessern. Und sie stellen sich (2.) der Aufgabe, die auf die Integration und das Zusammenleben in Vielfalt bezogenen Aktivitäten und Angebote der kommunalen Ämter und Einrichtungen sowie der freien Träger vor Ort zu koordinieren. Denn Integrationsarbeit ist Teamwork. Zu den Partnern der KI vor Ort gehören z.B. die für Integration und Teilhabe verantwortlichen Ämter der Verwaltung, u.a. die Fachbereiche Kinder und Jugend, Schule und Soziales sowie die Ausländerbehörden, genauso wie die landesgeförderten Integrationsagenturen der Freien Wohlfahrtspflege, die Migrantenorganisationen und Beratungsstellen für Flüchtlinge sowie die bundesgeförderten Jugendmigrationsdienste (JMD), die Migrationsberatung für erwachsene Zuwanderer (MBE), die Regionalkoordinatoren des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (BAMF) sowie die Integrationskursträger. Kommunale Integrationszentren sind also eine institutionelle Antwort auf zwei integrationspolitische Herausforderungen: die ungleich schlechteren Bildungschancen der zugewanderten Bevölkerung und die Tatsache, dass Integration nur gelingt,

wenn vor Ort die Bedarfe der Menschen ermittelt und die vielfältigen Angebote systematisch abgestimmt werden. Dass diese Antwort von zwei Ministerien gegeben wird, vom Ministerium für Schule und Bildung (MSB) und dem für Kinder, Familie, Flüchtlinge und Integration (MKFFI) ist eine konzeptionelle Stärke der KI, die vor Ort die Zusammenarbeit von aus dem Schuldienst abgeordneten Lehrkräften und kommunalen Fachkräften erlaubt.

Integration lässt sich in einem so großen Land wie Nordrhein-Westfalen nicht zentral von Düsseldorf aus steuern. Aber Kommunen können durchaus voneinander lernen und es ist auch ein berechtigter Anspruch der Landesregierung, die Strukturen der KI für Integrationsprojekte mit landesweiter Bedeutung zu nutzen; selbstverständlich im Einvernehmen mit den betroffenen Kommunen. Mit dem Teilhabe- und Integrationsgesetz wurde auch die gesetzliche Grundlage für die Einrichtung der Landesweiten Koordinierungsstelle Kommunale Integrationszentren (LaKI) geschaffen. Die kümmert sich um die Koordination im Verbund der KI, die Moderation des internen Austausches und der gemeinsamen Konzeptentwicklung/-erprobung, die Entwicklung von Qualitätsstandards zur kommunalen Integrations- und Bildungsarbeit und die Professionalisierung im Verbund der KI. Weiterhin geht es der LaKI um die Vernetzung der Handlungsfelder, den Auf- und Ausbau von Expertenpools, Öffentlichkeits- und Gremienarbeit und den Transfer wissenschaftlicher Expertise in die praktische Arbeit vor Ort.

Das klingt alles relativ abstrakt und muss sich in der konkreten Praxis bewähren. Genau das ist in Folge der großen Neuzuwanderung 2015 gelungen. Nordrhein-westfälische Städte und Kreise konnten (auch) auf ihr KI zurückgreifen, als es darum ging, in vorher unbekanntem Ausmaß Kita- und Schulplätze bereitzustellen, ad hoc neue Angebote und Maßnahmen

der sprachlichen und beruflichen Bildung, der Freizeitgestaltung und Begegnung umzusetzen, Nachbarschaften einzubinden, Bürgerdialoge zu führen und das überwältigende ehrenamtliche Engagement zu unterstützen.

Die Aufbauphase der KI ist fünf Jahre nach der Schaffung ihrer gesetzlichen Grundlage abgeschlossen. Ihre Einrichtung hat sich besonders bewährt, angesichts der großen Schwierigkeiten, die das Land und die Kommunen 2015 bei der Aufnahme und Integration von Flüchtlingen hatten. Jetzt steht eine Konsolidierungsphase bevor. Die KI müssen sich in ihrem Bestand festigen, als verlässliche Partner erweisen, ihr Profil weiter schärfen und noch mehr als landesweit wirksame Einheit und Dienstleistungsagenturen im Sinne der Integration vor Ort erkennbar werden.

Finanzausstattung der KI durch das Land

Die Landesregierung will der kommunalen Integrationsarbeit neue Struktur verleihen und hat in einem ersten Schritt bereits die Voraussetzung für eine auskömmliche Finanzierung der KI aus Landesmitteln bis zum Ende der Legislaturperiode 2022 gesichert. Wir sorgen damit für Verlässlichkeit der guten Integrationsarbeit in den Kommunen. Das ist ein Meilenstein und soll deutlich machen, die KI sind kein befristetes Projekt das absehbar endet. Die KI sind vielmehr der Kern des 2012 von CDU, SPD, FDP und Bündnis 90/Die Grünen verabschiedeten Teilhabe- und Integrationsgesetzes NRW. Sie sind damit Ausdruck des nordrhein-westfälischen Integrationskonsenses, zu dem sich die Landesregierung klar bekennt. Dieser integrationspolitische Konsens ist bundesweit einmalig. Er wird im Landtag unter wechselnden politischen Konstellationen und Rahmenbedingungen seit 2001 gepflegt. Nicht immer und überall erfolgreich. In der

zurückliegenden Legislaturperiode wurde er einige Male arg strapaziert. Aber dennoch sind wir uns einig, dass der Versuch der Zusammenarbeit und Verständigung in der Integrationspolitik richtig ist. Gut für unser Land und gut für alle hier lebenden Menschen. Gut für unsere Demokratie! Weil wir mit dieser gemeinsamen Haltung denen, die auf Spaltung zielen, den Konsens der Demokraten und der Verteidiger einer offenen, freiheitlichen und menschlichen Gesellschaft entgegensetzen. Den KI kommt dabei eine entscheidende Rolle zu. Mit dem jetzt vereinbarten deutlich längeren Förderzeitraum kommen wir dem Wunsch vieler Kommunen entgegen, langfristige Planungssicherheit zu schaffen und Bürokratie zu reduzieren. Wir wollen damit auch die Leistung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter würdigen, die teilweise über Jahre befristet beschäftigt sind. Denn für eine nachhaltige Qualitätsentwicklung in der Integrationsarbeit vor Ort ist auch personelle Kontinuität unerlässlich. Die ist bisher nicht überall gewährleistet. Das zeigt schon ein Blick zurück auf die o.g. Ausgabe der Verbandszeitschrift EILDienst aus dem Jahr 2014: Dreizehn KI hatten sich damals beteiligt, sechs der Autorinnen und Autoren sind heute nicht mehr mit den Aufgaben einer KI-Leitung betraut. Die Landesregierung weiß, dass sich die regionalen und örtlichen Strukturen und Herausforderungen in den verschiedenen Kommunen unterscheiden. Der Landtag hatte bereits 2016 einen deutlichen Ausbau der KI beschlossen. Dabei ist auch der besonderen Situation der Kreise Rechnung getragen worden. Für die Kreis-KI stehen aus Mitteln des MKFFI seit 2017 Zuwendungen für 6,5 Personalstellen in Höhe von bis zu 50.000 Euro je Stelle zur Verfügung. Zudem erhält jeder Kreis aus dem Zuständigkeitsbereich des MSB 3,5 abgeord-

nete Lehrkräfte. Damit stehen den Kreis-KI dauerhaft zehn landesgeförderte Vollzeitstellen zur Verfügung. Das ist mehr und nicht weniger als bei den kreisfreien Städten, denen acht ein halb landesgeförderte Vollzeitstellen zustehen. Damit erkennt das Land den Mehraufwand an, den Kreise haben, die ihre kreisangehörigen Städte und Gemeinden auch integrationspolitisch mitnehmen müssen, wenn sie erfolgreich in der Fläche wirksam werden wollen. Darüber hinaus erhalten alle KI seit 2017 Sachkosten aus Landesmitteln für niedrigschwellige Dolmetscherdienste oder Integrationslotsenangebote von bis 50.000 Euro. Und wir führen mit KOMM-AN NRW ein gutes Programm der alten Landesregierung fort. Was gut ist, kann natürlich noch besser werden: Wir erweitern die Zielgruppe. Denn auch Neuzugewanderte, die aus der EU oder im Rahmen der Familienzusammenführung oder aus anderen Gründen zu uns kommen, brauchen ehrenamtliche Unterstützung. Die ist uns nicht weniger wert und wird deshalb genauso förderfähig sein. Und wir arbeiten daran, den bürokratischen Aufwand bei der Beantragung und Abrechnung der Mittel für die Ehrenamtlichen zu verringern. Das ist im Detail nicht immer ganz einfach und muss natürlich mit der Landeshaushaltsordnung vereinbar sein. Die Programmmittel bleiben an die jährliche Haushaltsführung gebunden. Das bedeutet aber keineswegs, dass die Landesregierung davon ausgeht, KOMM-AN NRW könnte 2019 ersatzlos gestrichen werden. Entscheidend ist, dass wir die ehrenamtliche Integrationsarbeit deutlich besser unterstützen und wertschätzen als in der Vergangenheit. Denn auch heute leisten engagierte Bürgerinnen und Bürger unverzichtbare Arbeit für Integration, gerade auch als Vorbild und erste Orientierungshilfe für das Leben in

Deutschland. Die KI sollen dazu beitragen, dass Kommunen, freie Träger und Ehrenamtliche vor Ort an einem Strang ziehen.

Ausblick

Integrationspolitischer Konsens heißt nicht, dass wir in Sachfragen übereinstimmen müssen oder uns auf Formelkompromisse verständigen. Das brächte uns nicht weiter. Der Streit, auch der scharf geführte Streit, um die besten Ideen und Konzepte gehört zur parlamentarischen Demokratie. Mir ist wichtig, die Integrationsarbeit in den Kreisen und kreisfreien Städten vor Ort persönlich kennenzulernen. Daher habe ich schon im August 2017 eine Besuchsreihe in den KI gestartet. Bisher habe ich an 22 Standorten mit den politisch Verantwortlichen und Teams der KI gesprochen. Bis zum Ende dieses Jahres will ich in allen KI gewesen sein. Die Vielfalt der Schwerpunkte, die sich die Kreise und kreisfreien Städte selbst gesetzt haben, ist beeindruckend. Wir müssen diese Vielfalt auch in Zukunft möglich machen und gleichzeitig stärker darauf achten, dass ein roter Faden erkennbar bleibt. So wünsche ich mir z.B., dass wir bei aller berechtigten Aufmerksamkeit für die Neuzugewanderten nicht diejenigen aus dem Blick verlieren, die bereits dauerhaft hier leben. Mein Dank gilt allen, die den bisherigen Aufbau der KI und die Verstetigung ihrer Arbeit konstruktiv und offen mitgestaltet haben. Ich freue mich, wenn wir auch in Zukunft gemeinsam für gelingende Integration erfolgreich zusammenarbeiten. Nordrhein-Westfalen ist ein weltoffenes und vielfältiges Land. Die Landesregierung wird dafür Sorge tragen, dass dies so bleibt.

EILDienst LKT NRW
Nr. 2/Februar 2018 50.50.00



Sprache als Schlüssel zur Integration – Netzwerkstrukturen im Kreis Borken

Von Torsten Henseler, Leiter des Kommunalen Integrationszentrums und Sandra Schulz-Kügler, Stellv. Leiterin des Kommunalen Integrationszentrums, Kreis Borken



Der Kreis Borken sieht in der Entwicklung sprachlicher Kompetenzen einen wichtigen Schlüssel zur Integration. Das Kommunale Integrationszentrum (KI) übernimmt in der bereits vielfältigen Landschaft von Angeboten und Akteuren im Westmünsterland die Rolle eines Moderators, um erforderliche regionale Abstimmungsprozesse zu unterstützen, notwendige fachliche Expertise in deren Gestaltung miteinzubringen und die Akteure miteinander zu vernetzen. In diesem Kontext kann das KI des Kreises Borken, welches im Mai 2016 startete, Good-Practice Beispiele gelungener sprachlicher Integration vorweisen.

Der Kreis Borken sieht in der Zuwanderung und einer gelingenden Inte-

gration von Menschen mit Migrationshintergrund gesellschaftliche Potentiale und

Chancen. Bedingung für eine gelingende Integration ist das Entwickeln sprach-

licher Kompetenzen. In Kombination mit einer schnellstmöglichen Vermittlung in Arbeit wird auch dem weiter wachsenden Bedarf der heimischen Unternehmen nach Arbeitskräften Rechnung getragen. So kann auf lange Sicht zur Bewältigung eines drohenden Fachkräftemangels beigetragen werden. Entsprechend wurde der Schwerpunkt „Sprache und Integration“ zu einem der vorrangigen Handlungsfelder des Integrationskonzeptes des Kreises Borken. Bereits bei der Bildungskonferenz 2015, die vom Kreis Borken in Kooperation mit den regionalen Integrationsagenturen durchgeführt wurde, zeigte sich, dass bereits eine Vielzahl von guten Beispielen und Ansätzen der Integration durch Bildung in der Region existieren. Aber auch die Notwendigkeit der Stärkung des Spracherwerbs für alle Altersgruppen wurde deutlich.

Die Ergebnisse der Bildungskonferenz wurden ab 2016 vom Kommunalen Integrationszentrum genutzt, um die weiteren Prozesse mit den regionalen Akteurinnen und Akteuren abzustimmen. Das Kommunale Integrationszentrum übernimmt seit seiner Bildung in der bereits vielfältigen Landschaft von Integrationsangeboten die Rolle eines Moderators, um erforderliche regionale Abstimmungsprozesse zu unterstützen, notwendige fachliche Expertise in die Entwicklungen miteinzubringen sowie Transparenz über Akteure, Verfahren und überregionale Angebote herzustellen.

Kommunale Integrationszentrum durch die landesweite Koordinierungsstelle unterstützt und gewährt u.a. Zugriff auf das Programm „Griffbereit“.

Um einen Überblick über bereits bestehende Angebote und vorhandene Bedarfe zu gewinnen, wurde eine Befragung in den Kindertageseinrichtungen des Kreises durchgeführt. Das Ergebnis zeigt, dass es bereits einige mehrsprachige Angebote (z.B. Interkulturelles Elterncafé) gibt, allerdings existieren keine mehrsprachigen Spielgruppenangebote. Bei der Griffbereit-Auftaktveranstaltung zeigten 30 Kindertageseinrichtungen großes Interesse am Thema „Mehrsprachigkeit von Anfang an“ und am Spielgruppenprogramm „Griffbereit“. Das Kommunale Integrationszentrum ist hierbei Initiator der Umsetzung und Koordinator. Elternbegleiter/-innen werden durch das KI ausgebildet und fortlaufend geschult.

Sprachsensibler Fachunterricht: Phänomexx

„Phänomexx“ steht für „Phänomene“ und „Experimentieren“ und ist ein Schülerlabor mit wechselnden Themen. Das Angebot umfasst lehrplanbezogene Inhalte und zeitgemäße schüleraktivierende Methoden. Die Themen werden an Lernstationen präsentiert und stehen allen Schulen des Kreises Borken für ein Schulhalbjahr zur Verfügung. Leihgeber ist das Phänomexx



Beim Phänomexx-Projekt forschen alle Schülerinnen und Schüler gemeinsam. Sprachensible Forschermaterialien unterstützen sie dabei.
Quelle: Kreis Borken

Das Kommunale Integrationszentrum ermöglichte die Entwicklung eines sprachsensiblen Forscherheftes. Zusätzlich erhielten die jungen Forscherinnen und Forscher ein (Fach-) Wortschatzheft, das bei der Vor- und Nachbereitung in der Schule unterstützt und als weitere Hilfestellung wurden alle Geräte im Schülerlabor beschriftet. Lehrkräfte erhielten in einer speziellen Lehrerfortbildung die Möglichkeit zur Professionalisierung: Sie machten sich nicht nur fachlich mit den Inhalten des Schülerlabors vertraut, sondern erfuhren auch, wie sie den sprachlichen Bildungsprozess unterstützen können.

Damit das Projekt sich so entwickeln konnte, wie es jetzt den Schulen im Kreis Borken zur Verfügung steht, mussten viele Akteure miteinander vernetzt werden: die didaktische Leitung des Projekts, das Phänomexx in Ahlen (Kreis Warendorf), die Autorin der sprachsensiblen Materialien und die Lehrkräfte, die mit ihren Schülern im Labor forschen.

Im Laufe dieses Schuljahres werden ca. 800 Schülerinnen – mit und ohne Migrationshintergrund – gemeinsam forschen.

(Sprach-)Brücken in die Berufswelt – Sprachferien der Berufskollegs (BKs)

Für Lernende der Internationalen Förderklassen der Berufskollegs bedeuten besonders Sommerferien einen tiefen Einschnitt in der Entwicklung der sprachlichen Entwicklung. Oft haben sie erst wenige Wochen am Unterricht teilgenommen oder es steht nach den Ferien der Besuch der Berufsvorbereitungsklassen an. Die multiprofessionellen Teams der Berufskollegs verdeutlichten, dass hier ein Angebot für die Sommerferien hilfreich wäre, Sprache nicht zu vergessen und ausbildungsbe-



Das KI Kreis Borken stellt sich vor.

Quelle: Kreis Borken

Die nachfolgenden Beispiele geben einen Einblick in Aktivitäten, die ohne Kooperation und Bildung von Netzwerkstrukturen nicht denkbar wären:

Frühkindliche Bildung: Griffbereit

Bei der Entwicklung und Umsetzung passgenauer Sprachangebote wird das

aus Ahlen. Zielgruppe sind die Klassen 4 bis 6 aller Schulformen. Grundlage ist ein Forscherheft, das allen Schülerinnen und Schülern zur Verfügung steht.

Lehrkräfte berichteten im Netzwerk „Deutsch als Zweitsprache“ (DaZ), dass die Fachsprache in den Naturwissenschaften eine große Herausforderung für neu zugewanderte Schülerinnen und Schüler darstellt.

zogene Sprachförderung zu ermöglichen. Dabei sollte aber nicht nur Sprachenlernen im Klassenraum der BKs erfolgen. Gute Kontakte zu regionalen Firmen wurden genutzt, um ein praxisorientiertes Sprachferienkonzept zu entwickeln und im Sommer 2017 zunächst mit einem Berufskolleg zu erproben. Neben Betriebsbesichtigungen und gemeinschaftlichen Aktivitäten rundete ein ergänzendes Sprachangebot durch das DRK das Sprachferienangebot ab. Nach Auswertung der Pilotphase wird das Sprachferienkonzept weiterentwickelt. Dabei übernimmt das Kommunale Integrationszentrum koordinierende Aufgaben.

Netzwerke zur Unterstützung und Qualitätsentwicklung

Projekte, wie die Sprachferien der Berufskollegs und das sprachensible Phänomexx Schülerlabor wurden nicht auf alleinige

Nord, Süd und Borken tagen zwei bis dreimal pro Schulhalbjahr. Die Koordination des Netzwerkes liegt beim Kommunalem Integrationszentrum. Bei jedem Netzwerktreffen steht der Integrationsfachberater des Schulamtes des Kreises Borken für Fragen zur Verfügung und gibt aktuelle Entwicklungen direkt an die Lehrkräfte weiter. Die Schwerpunktthemen werden von den jeweiligen Netzwerken selbst bestimmt. Das KI vernetzt die Lehrkräfte mit den entsprechenden Personen und Institutionen: So nehmen inzwischen auch die multiprofessionellen Teams der Berufskollegs an den Treffen teil. Themen vergangener Netzwerktreffen waren aber auch Austausch über gute Praxisbeispiele, wie z.B. schulische Organisation von sprachlicher Erstförderung und Anschlussförderung. Dringender Qualifizierungsbedarf in sprachsensibler Unterrichtsgestaltung wurde in allen Netzwerken der Sekundar-

fessionelle Teams (mpT) zur Integration durch Bildung für neu zugewanderte Schülerinnen und Schüler geschaffen, die durch Personal der Kommunen ergänzt werden. An den Berufskollegs des Kreises Borken wurde an drei Standorten jeweils eine Stelle mit Sozialpädagoginnen besetzt, die den Übergangsprozess von der Sekundarstufe I in die Bildungsgänge der Berufskollegs begleiten. Hinzu kommen weitere Fachkräfte an Schulen der Städte und Gemeinden. Das Kommunale Integrationszentrum hat diese Fachkräfte in einer regelmäßig tagenden Austauschrunde miteinander vernetzt und unterstützt und begleitet ihre Arbeit.

Dolmetscherpool

Das Erlernen der Sprache gilt als Schlüssel zur Integration. Doch es gibt vielfältige Situationen, in denen die Sprachfähigkeiten (noch) nicht ausreichen. Für diese



Im Dezember 2017 informierte sich Frau Staatssekretärin Serap Güler (mit ockerfarbiger Jacke und Schal) über die Arbeit des KI im Kreis Borken, 4. v. r.: Kreisdirektor Dr. Ansgar Hörster.

Quelle: Kreis Borken

Initiative des Kommunalen Integrationszentrums angestoßen und durchgeführt. Vielmehr haben sich die Themen durch die Netzwerkarbeit des KI im Kreis Borken entwickelt und sind durch das Integrationskonzept abgesichert.

DaZ-Netzwerke

Bei der ersten Integrationskonferenz der Schulen im Kreis Borken, welche in Kooperation des Schulamtes und des KI durchgeführt wurde, formulierten die Lehrkräfte der Fördergruppen zur sprachlichen Erstförderung neu zugewandeter Schülerinnen und Schüler den Bedarf, sich miteinander zu vernetzen. Entsprechend der Struktur des Flächenkreises bestehen seit Dezember 2016 drei DaZ-Netzwerke im Sekundarstufe I-Bereich. Die Netzwerke

stufe I und auch seitens der Schulaufsichten formuliert. In 2018/19 wird die Förderung und Entwicklung des sprachsensiblen Fachunterrichts in den Schulen im Kreis Borken daher im Mittelpunkt stehen. Ausgehend von einer Workshop-Reihe im Frühjahr 2018 sollen entsprechende Entwicklungsprozesse zur Unterrichtsentwicklung bei den Schulen initiiert und begleitet werden, um hierüber die Integration in den Regelunterricht zu fördern. Hierzu werden bereits umgesetzte Formen der Netzwerkarbeit auf den Bereich der Grundschulen erweitert.

Multiprofessionelle Teams an den Berufskollegs

Das Ministerium für Schule und Bildung hat Stellen im Landesdienst für multipro-

Situationen werden Sprachmittler benötigt. Institutionen, wie z.B. Schulen, können auf den Dolmetscherpool des Kommunalen Integrationszentrums zurückgreifen, der durch Mittel des MKFFI NRW gefördert wird. Dabei werden bereits vorhandene Akteure und Strukturen beispielsweise in den Kommunen und weiterer Träger eingebunden und miteinander vernetzt. Der Prozess des Auf- und Ausbaus von Netzwerkstrukturen zur sprachlichen Bildung im Kreis Borken ist ein zentraler Aspekt der Arbeit. Nur dank des Engagements vieler im Netzwerk beteiligter Institutionen und Personen haben sich Strukturen und Angebote in dieser Form entwickelt.

EILDienst LKT NRW
Nr. 2/Februar 2018 50.50.00



Integration von Flüchtlingen als Bildungs- und Querschnittsaufgabe – Das 50. KI landesweit entstand im Kreis Coesfeld

Von Landrat Dr. Christian Schulze Pellengahr und KI-Leiter Bodo Dreier, Kreis Coesfeld

Mit der damaligen stellvertretenden Ministerpräsidentin und Ministerin für Schule und Weiterbildung NRW, Silvia Löhrmann, und dem damaligen Minister für Arbeit und Soziales NRW, Rainer Schmeltzer, kamen gleich zwei hochrangige Vertreter der Landesregierung am 12.02.2016 in den Kreis Coesfeld, um das 50. Kommunale Integrationszentrum im Land zu eröffnen.



Ministerin a.D. Silvia Löhrmann, Landrat Dr. Christian Schulze Pellengahr, Minister a.D. Rainer Schmeltzer. Quelle: Kreis Coesfeld

Die Feierlichkeiten fanden zum Teil in der „Brückeneinrichtung für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge“ in Lüdinghausen-Seppenrade statt, die selbst gerade erst konzipiert worden war. Denn wie viele andere Kommunen wurde auch der Kreis Coesfeld von der Anzahl der kurzfristig unterzubringenden und zu versorgenden Menschen herausgefordert und schuf hier – in Kooperation mit den Städten Coesfeld und Dülmen sowie dem DRK und dem Orden der Franziskanerinnen – eine auf den ersten Blick zwar ungewöhnliche, in der Praxis sich aber in jeder Hinsicht bewährende Einrichtung. Die nahezu ausschließlich männlichen Jugendlichen muslimischen Glaubens und die verschiedenen Dienste der Jugendämter nutzten einen freien Trakt im Kloster der katholischen Ordensschwwestern. Schulen, Sportvereine und ein großes ehrenamtliches Engagement unterstützten die ersten Schritte zur Integration der jungen Menschen. Dieses hier konzipierte pragmatische Vorgehen steht für die grundsätzliche Herangehensweise des Kreises Coesfeld und seines KI, was die große Aufgabe der Integration

betrifft. Genauso wichtig ist natürlich, die gleichberechtigte Einbeziehung der betroffenen Menschen und aller Akteure, unabhängig von Haupt-, Neben- oder Ehrenamt, die sich in der Arbeit mit neuzugewanderten Menschen engagieren. Dieses geschieht im Alltag regelmäßig, aber bei besonderen Veranstaltungen in den verschiedenen Netzwerken.

Das KI des Kreises Coesfeld hatte wie viele andere zu Beginn seiner Arbeitsaufnahme Schwierigkeiten, geeignetes Personal zu

finden. Der gravierende Lehrermangel, ein großes Angebot an unbefristeten freien Stellen für Sozialpädagogen und Sozialarbeiter, aber auch verschiedene Personalwechsel führten anfangs dazu, nur eine Minimalbesetzung vornehmen zu können. Erst zum Jahresbeginn 2018 werden sämtliche vom Land vorgesehenen Stellen besetzt sein.

Zur Strukturierung der Themen und der Akteure der Integration – gerade am Anfang der Tätigkeitsaufnahme unent-

behrlich – visualisierten Mitarbeiter des KI die Handlungsfelder im Diagramm auf der folgenden Seite.

Dieses Diagramm ist mittlerweile fast ein (informelles) Logo für das KI des Kreises Coesfeld geworden. Es zeigt die ganze Bandbreite der Integrationsaufgaben und verdeutlicht gleichzeitig, dass nahezu alle Themenfelder miteinander verbunden sind und sich gegenseitig bedingen. Insbesondere gilt dies natürlich für den Erwerb der deutschen Sprache. Neben den mit dem Land NRW als Förderer der KI abgestimmten beiden Schwerpunktzielen („Aufbau eines kreisweit orientierten Systems zur Beratung von zuwandernden schulpflichtigen



Erste Integrationskonferenz des Kreises Coesfeld am 30.06.2016.

Quelle: Kreis Coesfeld



Diagramm des KI Kreis Coesfeld „Handlungsfelder in der Integration“.

Quelle: Kreis Coesfeld

dass in allen Orten ehrenamtliche Helfer versuchen, diese Lücken durch eigene Initiativen zu schließen. Hier setzt das gemeinsam mit den drei Volkshochschulen im Kreis initiierte Projekt der „ehrenamtlichen Sprachpatenschulungen“ an. Das mit Landesmitteln aus dem sog. „Komm-An-Paket NRW“ finanzierte Projekt wurde vom zuständigen Ministerium (früher MAIS, jetzt MKFFI) als ein Best-Practice-Beispiel für die entsprechende Broschüre „Komm-An-NRW, Dokumentation 2016 – 2017“ ausgewählt.

Kindern und Jugendlichen“, die sog. „Seiteneinsteiger-Beratung“ und „Schaffung von Transparenz über alle Integrationsangebote im Kreis und den kreisangehörigen Kommunen und Vernetzung der relevanten Akteure, um mittel- bis langfristig Doppelstrukturen zu vermeiden, bedarfsgerechte Angebote aufzulegen, gute Praxis zu transferieren und die Öffentlichkeit zu informieren“) wurde gleichberechtigt beschlossen, alle Anstrengungen zu unternehmen, den neuzugewanderten Menschen kurzfristig und effektiv den Erwerb der deutschen Sprache zu ermöglichen.

Es lässt sich nicht verleugnen, dass die unterschiedlichen Zuständigkeiten auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene für Integrations- und Sprachkurse – bei einer hohen Konzentration auf die Vorgaben des BAMF – die Umsetzung dieses Ziels nicht unbedingt erleichtern. Um auf der örtlichen Ebene möglichst zu einer effektiven Aufgabenwahrnehmung zu gelangen, organisierte das KI kurzfristig eine Arbeitsgruppe mit dem zuständigen BAMF Regionalkoordinator, der Agentur für Arbeit, dem Jobcenter des Kreises sowie den Städten und Gemeinden, wobei alle im und für den Kreis bedeutsamen außerschulischen Bildungsträger beteiligt wurden. Hier gelang es, verbindliche Abstimmungen zu Kursangeboten und zur Teilnehmersteuerung auf den Weg zu bringen. Gleichzeitig ist natürlich auch im Kreis Coesfeld festzustellen, dass das „offizielle“ Kursangebot der anerkannten Träger den Schulungsbedarf nicht decken konnte und kann – und

Die Volkshochschulen an den Standorten in Coesfeld, Dülmen und Lüdinghausen entwickelten gemeinsam mit dem kommunalen Integrationszentrum im vergangenen Jahr ein einheitliches Schulungskonzept und prüften in einer Projektphase dessen praktische Umsetzung. Die ehrenamtlich Tätigen, die den Geflüchteten beim Erlernen der deutschen Sprache helfen wollen, werden durch diese Schulung gestärkt – und auch dabei unterstützt, mit gelegentlich schwierigen und auch frustrierenden Situationen ihrer ehrenamtlichen Tätigkeit umgehen zu können. Neben der Vermitt-

lung methodischer Grundlagen stehen insbesondere der Austausch und die Vernetzung der Ehrenamtlichen untereinander im Vordergrund. Zusätzlich zu den Netzwerktreffen mit inhaltlichen Themenschwerpunkten und Unterschieden, gibt es auch Sprechstunden zur weitergehenden Begleitung der ehrenamtlichen Sprachpaten.

Ziele des Projekts sind es auch, das gegenseitige Kennenlernen zu unterstützen und den Geflüchteten durch die persönliche Sprachförderung dabei zu helfen, sich selbst eine Stimme zu geben und an der Gesellschaft teilhaben zu können. Außerdem werden Menschen aus der Region dazu motiviert, sich aktiv und ganz praktisch für die Integration zu engagieren.

Neben dem oftmals bisher noch nicht ausreichenden Angebot der Integrations- und Sprachkurse stoßen die Neuzugewanderten auch beim Erlernen der deutschen Sprache in der Schule auf Hindernisse. Insbesondere älteren Schülerinnen und Schülern fällt dieser Lernprozess nicht immer leicht. Auch die Lehrerinnen und Lehrer stehen hier vor der großen Herausforderung, oftmals Jugendliche unterschiedlicher Herkunft, Vorbildung und „Sprachtalent“ in einer Klasse zu unterrichten. Für bisherige Analphabeten ist das Lerntempo zu hoch, bereits in anderen Sprachen alphabetisierte Schüler verlieren ihre Motivation, weil sie nicht angemessen gefordert werden. Speziell für diese Schüler entwickelte die Sprachwissenschaftlerin Dr. Dörthe Schilken ihr Konzept des „Transferlernens“, welches sie im Auftrag des KI zuerst an einer kreiseigenen Berufsschule vorstellte und erprobte. Dr. Schilken nahm mittlerweile Schulungen an allen Berufskollegs und für nahezu alle Dozenten der außerschulischen Bildungsträger vor, die Integrations- und Sprachkurse anbieten. Für diese gemeinsame Innovation wurde dem Kreis Coesfeld im November 2017 der Sonderpreis des Landes NRW als beispielhaftes Projekt zur Förderung der Integration von Flüchtlingen verliehen.



Unterzeichneten die Kooperationsvereinbarung zur Sprachpatenschulungen. Vordere Reihe, v.l.n.r.: Tanja Steinhaus (Leiterin VHS Dülmen), Dr. Christian Schulze Pellengahr (Landrat), YCheau Deng (Leiterin Sprachbereich VHS Coesfeld), Dr. Christoph Hantel (Leiter VHS Lüdinghausen); Hintere Reihe v.l.n.r.: Bodo Dreier (Leiter KI), Dr. Dörthe Schilken (Referentin der Schulungen), Marion Grams (Projektleiterin, Kreis Coesfeld), Cathy Krietemeier (VHS Lüdinghausen).

Quelle: Kreis Coesfeld

Dem Konzept des Transferlernens liegen folgende Axiome zugrunde: In der momentanen Flüchtlingssituation nimmt an den

Sprachkursangeboten eine Vielzahl an Flüchtlingen aus dem Nahen und Mittleren Osten teil, die zwar oftmals mehrere Sprachen sprechen, jedoch häufig nur über arabische Schriftkenntnisse verfügen. Die lateinische Schriftkenntnis wird in den regulären DaZ/DaF-Lehrmaterialien vorausgesetzt, anderenfalls erfolgt eine Zuteilung in die Alphakurse für Analphabeten. Beide Kursformen werden den genannten Flüchtlingen jedoch nicht gerecht, da sie zwar die lateinische Schrift nicht kennen, jedoch auch keine Analphabeten sind. Dies führt zu einem deutlich verlangsamten Erwerb der deutschen Sprache und stellt ein bedeutendes Integrationshemmnis dar. Hier setzt das Konzept des Transferlernens an. Ausgangspunkt ist die Tatsache, dass die Grundlagen der Schriftlichkeit nur einmal im Leben erlernt werden müssen und entsprechend nur ein Transfer und kein Neuerlernen erforderlich ist. Wichtige Voraussetzung für diesen Transfer sind Grundkenntnisse der Zielsprache, um es den Lehrenden zu ermöglichen, im Unterricht auf ein Basisvokabular zurückgreifen zu können. Je nach Bildungsgrad der Teilnehmer können mit diesem Ansatz zum Zweitschreiberwerb die lateinische Schrift und die Grundlagen der deutschen Rechtschreibung im Laufe weniger Wochen erworben werden.

Der Kreis Coesfeld unterstützte die Umsetzung des Konzepts mit personellen Ressourcen sowie auch finanziell (insbes. im Rahmen der Lehrer- und Dozentenschulungen) in 2016 und 2017 mit insgesamt

ca. 20.000 €. Auch in 2018 sind wiederum 10.000.– € für das Transferlernen vorgesehen. Das Konzept ist räumlich übertragbar und auch für nicht lateinische Schriften anwendbar. Insofern ist es auch nicht verwunderlich, dass inzwischen Schulaufsichtsbeamte der Bezirksregierung Münster, die Landeskoordinierungsstelle der Kommunalen Integrationszentren (LaKi) und andere KI großes Interesse an diesem Konzept äußerten und Dr. Schilken zu Vorträgen und Seminaren einluden.



Übergabe Sonderpreis Europaaktive Kommune am 09.11.2017, Europaminister Dr. Stephan Holthoff-Pförtner (links), Landrat Dr. Schulze Pellengahr (rechts) und Mathias Raabe (Kreis Coesfeld).

Quelle: Staatskanzlei NRW

Lehrerinnen und Lehrer stehen in ihrem Unterricht mit neu zugewanderten Schülerinnen und Schülern häufiger vor bisher unbekanntem Herausforderungen: Neben

den sprachlich bedingten Verständigungsproblemen kommen interkulturelle Unterschiede und auch psychische Dekompensationen durch Kriegs- und Fluchterfahrungen hinzu. Um den Schulen auch in komplizierten Einzelfällen wirksam zu helfen, bietet das KI in der Zusammenarbeit mit weiteren Fachkräften – wie der Schulpsychologischen Beratungsstelle, dem Gesundheitsamt, dem Jugendamt und bei Bedarf weiteren Fachleuten – eine regelmäßige Schulsprechstunde an. Hier werden konkrete Handlungspläne entwickelt und das konkrete weitere Vorgehen verbindlich miteinander abgestimmt. Wegen der großen Nachfrage durch die Schulen wurden die Sprechstundenzeiten inzwischen zeitlich ausgeweitet. Allein schon die Auflistungen der Beteiligten zeigen, dass die Integration von Flüchtlingen auch im Kreis Coesfeld als gemeinsame, übergreifende Bildungs- und Quer-

schnittsaufgabe begriffen wird.

EILDienst LKT NRW
Nr. 2/Februar 2018 50.50.00



Von der Kita bis zum Berufskolleg – guter Service und gute Kooperation als Erfolgsfaktoren im Kreis Düren

Von Sybille Haußmann, Leiterin des Amtes für Schule, Bildung und Integration, Kreis Düren

„Wir im Kreis Düren stehen den Menschen hilfebereit und kundenorientiert zur Seite.“ Mit diesem Leitbild, werden Sie bereits im Eingangsbereich des Kreishauses in Düren empfangen. Gemeinsam mit dem KI-Motto „Vielfalt ist unsere Stärke“ kümmert sich das Team des Kommunalen Integrationszentrums um alle Belange rund um migrationspolitische Fragen. Gerade im Bildungsbereich ist die Herausforderung groß, den Anliegen von Fachkräften, Betroffenen, Ehrenamtlichen und den vielen Engagierten gerecht zu werden. Aufbauend auf 25 Jahren Erfahrung aus der Arbeit der Regionalen Arbeitsstellen zur Förderung von Kindern und Jugendlichen aus Zuwandererfamilien (RAA) ist das KI im Kreis Düren stark im Bildungsbereich engagiert. Die Serviceleistungen reichen dabei von Frühen Hilfen über Fortbildungen für Erzieher*innen bis zu Angeboten im Übergang Schule – Beruf. Das Zusammenwirken von praktischer Unterstützung, strategischer Weiterentwicklung und multiprofessioneller Zusammenarbeit ist dabei ein wesentlicher Erfolgsmotor.

Das Angebot des KI deckt die gesamte Bildungsbiographie ab

Schon Schwangere und Neugeborene profitieren vom KI durch den Ehrenamtlichen

Dolmetscherdienst, der von den „Frühen Hilfen“ in der Jugendhilfe, der Kreishebamme, von Ehrenamtlichen Helfer*innen und Ärzt*innen intensiv genutzt wird. Die Angebotspalette des KI wird im Elementarbereich mit einer Fortbildungsreihe

in sieben Modulen „Sprachliche Bildung im Elementarbereich“, welche Erzieher*innen mit einem Zertifikat abschließen können, fortgeführt. Aus mehr als 60 % aller Kindertagesstätten im Kreisgebiet haben Erzieher*innen die Fortbildung besucht.

Ein Arbeitskreis für KiTa-Leiter*innen ermöglicht auch ihnen die Weiterentwicklung ihrer Integrationsarbeit über Träger- und kommunale Grenzen hinweg.



Verleihung der Zertifikate „Sprachliche Bildung im Elementarbereich“.

Quelle: Kreis Düren

Im Übergang Schule – Beruf werden insbesondere die Berufskollegs beraten, das vorhandene Angebot in der Schule durch zusätzliche Deutschkurse ergänzt und zukünftig auch der Übergang in den Beruf durch Ausbildermentor*innen unterstützt. Eine Vernetzung der Arbeitsmarktakteure, Integrationskursträger, kommunaler Sozialarbeiter*innen in der Flüchtlingsarbeit und vieler weiterer Fachleute im Bildungsbereich rundet das Angebot im Hinblick auf die gesamte Bildungsbiographie von Eingewanderten ab. Zusätzlich entlastet das KI Bildungseinrichtungen und Ratsuchende durch Beratungsgespräche, Newsletter, Sprachpatenschaften, Kinderdeutschkurse und natürlich überall durch den Dolmetscherdienst. Interkulturelle Trainings als Inhouse-Seminare für alle interessierten Einrichtungen und die Möglichkeit die eigenen Anstren-

gungen durch das „Interkulturelle Siegel“ sichtbar zu machen, tragen zur migrationsgesellschaftlichen Weiterentwicklung im gesamten Kreisgebiet bei.

Operativ – Strategisch Hand in Hand

Aufgabe und Anliegen aller kommunalen Integrationszentren ist die Verbesserung der Bildungschancen von Kindern und Jugendlichen in der Migrationsgesellschaft. Damit befinden sich die KI's in einem vielstimmigen Chor von Akteuren, die mit unterschiedlichen Interessen Schule, Kindertages-

und Angeboten auf stätten und andere Bildungseinrichtungen zu gehen. Angesichts der Vielfalt der Angebote ein eigenes Profil zu entwickeln und als wichtiger Partner wahrgenommen zu werden, ist eine große Herausforderung. Ein wesentlicher Erfolgsfaktor dafür ist nicht nur der Bekanntheitsgrad des KI, sondern auch Vertrauen der Kooperationspartner*innen in die Qualität der

gemeinsam mit den Akteuren zu identifizieren. Es zeigt sich, dass häufig erst über die Serviceangebote erste Kontakte entstehen. Im gemeinsamen Tun entwickelt sich gegenseitiges Vertrauen und die Möglichkeit über Veränderungsbedarfe ins Gespräch zu kommen. Die Fachkräfte im KI stehen dabei vor der Aufgabe, in der konkreten Zusammenarbeit die strategischen Ziele nicht aus den Augen zu verlieren. Beispielsweise entsteht der Kontakt zu Grundschulen häufig über das Patenschaftsprojekt „SmiLe – Sprachliche Bildung mit individuellem Lernerfolg“: das KI vermittelt Patenschaften für Grundschulkindern, die ohne Deutschkenntnisse eingeschult werden. Über das Projekt sind sehr gute Kontakte zu vielen Grundschulen entstanden, dadurch werden wiederum Beratungs- und Schulentwicklungsangebote sowie Fachtagungen des KI von Grundschullehrer*innen gern wahrgenommen und gemeinsam an der migrationsgesellschaftlichen Orientierung der Schule gearbeitet.



Das Patenschaftsprojekt „SmiLe – Sprachliche Bildung mit individuellem Lernerfolg“, an den Grundschulen.

Quelle: Kreis Düren



Einrichtungen im Kreis Düren können sich für das „interkulturelle Siegel“ bewerben. Sie müssen dafür einen vorgegebenen Mindeststandard erreichen.

Quelle: Kreis Düren

Arbeit. Am Ende wollen alle vielbeschäftigten Fachleute, ob Lehrer*innen, Erzieher*innen, Schulträgervertreter*innen oder Kommunalvertreter*innen, sicher sein, dass eine Zusammenarbeit nützlich für die eigene Arbeit ist. Das KI des Kreises Düren geht dabei traditionell den Weg, operative Serviceangebote bereit zu halten und darauf aufbauend strategische Ziele

Lehrer*innen – Sozialarbeiter*innen – Gemeinsam sind wir stark

Das multiprofessionelle Team von Verwaltungsfachkräften, Sozialarbeiter*innen und Lehrer*innen ist nur gemeinsam stark. Auch wenn spezifisches Wissen immer wieder gefragt ist, und Lehrer*innen besonders in der Beratung für Schulen wichtig sind, arbeiten die verschiedenen Professionen Hand in Hand. Dies zeigt sich beispielsweise, wenn das Wissen über gute Referent*innen ausgetauscht wird, gemeinsamer Fachaustausch im Übergang von der Kita in die Grundschule gefragt ist oder Familien schnell eine Beratung benötigen. Auch der Service für Ehrenamtliche ist nur dann umfassend möglich, wenn das Know-how über schulische

Abläufe, Ressourcen im Bildungsbereich und das Netzwerkwissen des gesamten Teams zur Verfügung stehen. Regelmäßige gemeinsame Teamsitzungen aller Mitarbeitenden schaffen Transparenz und Wissenstransfer.

Seiteneinsteigerberatung als Teil des Gesamtkonzeptes

Ein gutes Beispiel für das Zusammenspiel von strategischer und operativer Arbeit ist die Seiteneinsteigerberatung. Im KI des Kreises Düren laufen alle Fäden rund um den Seiteneinstieg von neu eingewanderten Schüler*innen zusammen.

Braucht ein Kind einen Schulplatz, bekommt die Familie einen Beratungstermin im KI. Die Familien erhalten die Information dazu in der Regel über die Kommunen, in denen sie angekommen sind, oftmals aber auch über Ehrenamtliche oder die Schulen, in denen sich die Familien von sich aus melden. Dadurch ist der Bedarf an Schulplätzen transparent und es wird frühzeitig erkannt, wann und wo zusätzliche Kapazitäten geschaffen werden müssen. Die Schulaufsicht kann gezielt auf die Schulen bzw. Kommunen zu gehen, wo der Bedarf nicht gedeckt ist. Diese Strategie war insbesondere 2015 von großem Vorteil, aber auch heute sind noch immer Engpässe zu überwinden. Den Familien wird die mühselige Suche nach einem Schulplatz abgenommen, die verbindliche Einschulungsuntersuchung durch das Gesundheitsamt wird sichergestellt und den Schulen werden mit Einverständnis der Eltern bereits die wichtigsten Daten der Kinder übermittelt. Die Eltern bekommen im Beratungsgespräch erste Orientierung und Informationen über das Schulsystem in NRW und hilfreiche Tipps zu den Erwar-

tungen, die Schulen an Kinder und Eltern stellen. Nur wenn die Einschulung in die einzige benachbarte Grundschule obligatorisch ist und dadurch die Suche nach einem Schulplatz entfällt, wird auf diese Form der Beratung verzichtet. In diesem Fall melden die Schulen nur, wenn ein neues Kind aus dem Ausland angekommen ist. So ist auch für diese Zielgruppe die Transparenz über die Einschulungszahlen weitestgehend gewährleistet.

Auf der strategischen Ebene hilft die zentrale Einschulungsberatung auch bei der Identifikation von Schulen, denen das KI besondere Unterstützungsangebote machen kann oder wo zusätzliche Förderangebote geschaffen werden sollten. Die Zusammenarbeit zwischen den aufnehmenden Schulen und dem KI ist inzwischen eine Selbstverständlichkeit.

Als besondere Ressource kann der Förderverein des KI immer dort einspringen und kurzfristig mit Honorarkräften für die Deutschförderung aushelfen, wo in Schulen zusätzliche Bedarfe auftreten. Auch dies ist ein Service, der die Zusammenarbeit mit dem KI für Schulen attraktiv macht.

Arbeitsgruppe Schulentwicklung – Vernetzung im Kreishaus

Das KI ist nur einer unter vielen Akteuren in der Kreisverwaltung, die mit Schulen kooperieren und auf schulische Entwicklungsprozesse Einfluss nehmen möchten. Hier nur eine unvollständige Aufzählung: Regionales Bildungsbüro, Kommunale Koordinierung – KAoA, Schulpsychologischer Dienst und nicht zuletzt die Untere Schulaufsicht mit Inklusionsfachberatung und Kompetenzteam. Darüber hinaus werben unzählige außerschulische Anbieter

um die Gunst der Schulen. Das heißt, es wird auch für Schulen immer schwieriger, sich auf dem Angebotsmarkt zu orientieren. Um einen besseren und vor allem transparenteren Service anbieten zu können, sollen zukünftig die verschiedenen Angebote für Schulen, die im Kreishaus vorgehalten werden, gemeinsam veröffentlicht und aufeinander abgestimmt werden. Auch hier ist die Zusammenarbeit zwischen verschiedenen Professionen, Ämtern und Teams gefragt. Regelmäßige gemeinsame Fortbildungen und die Identifikation gemeinsamer Themen sollen dazu beitragen Angebote an Schulen besser aufeinander abzustimmen. Das KI mit seiner besonderen Beratungskompetenz unterstützt diesen vom Bildungsbüro koordinierten Arbeitskreis und gewährleistet, dass die migrationsgesellschaftliche Perspektive als Querschnittsaufgabe immer mit gedacht wird.

Fazit

Das Kommunale Integrationszentrum ist fest in der bildungspolitischen Landschaft des Kreises Düren verankert und trägt mit seinen vielfältigen Leistungen zur Qualität der Bildungsangebote nicht nur für Familien mit Migrationshintergrund bei. Die Entlastung sowohl der Betroffenen als auch der Fachleute durch die verschiedenen Serviceangebote wirken sich positiv auf das Klima im gesamten Kreisgebiet aus und tragen dazu bei den Kreis Düren als weltoffene Region zu profilieren. – Ein Vorteil der in Zeiten von Fachkräftemangel und demographischem Wandel nicht zu unterschätzen ist.

EILDienst LKT NRW
Nr. 2/Februar 2018 50.50.00



Der Laien-Sprachmittlerpool des Ennepe-Ruhr-Kreises

Von Fabian Koch, Kommunales Integrationszentrum, Ennepe-Ruhr-Kreis

Der Ennepe-Ruhr-Kreis setzt mit dem Laien-Sprachmittlerpool ein wichtiges Zeichen: Mit dem Einsatz von ehrenamtlichen Laien-Sprachmittlerinnen und -mittlern soll den Migrantinnen und Migranten mit geringen Deutschkenntnissen eine effektive und schnelle Hilfestellung ermöglicht werden. So wird ihr Zugang zu Informationen erhöht und sie können sich von Beginn an am sozialen Leben zu beteiligen. Außerdem erleichtern die Sprachmittler den Austausch mit Behörden und anderen Einrichtungen. Die ehrenamtlich Tätigen unterstützen die Kommunikation zwischen den Fachkräften und Menschen mit Migrationshintergrund. Durch kultursensibles Übersetzen werden sprachliche Missverständnisse vermieden.

Seit Anfang 2015 hat der Ennepe-Ruhr-Kreis über 5.800 Geflüchtete aufgenommen. „Gerade in der ersten Zeit ist es außerordentlich wichtig, die Möglich-

keit der Verständigung zu haben. Bei vielen neuzugezogenen Migrantinnen und Migranten – insbesondere bei Geflüchteten – ist oft keine ausreichende Verständigung

in Behörden, Beratungsstellen, Schulen und Kindertageseinrichtungen möglich. Aufgrund der stark angestiegenen Zahlen von Geflüchteten hat sich diese Situation noch



Logo Laien-Sprachmittlerpool EN-Kreis.

Quelle: Ennepe-Ruhr-Kreis

verschärft.“, beschreibt Lale Arslanbenzer, Leiterin des Kommunalen Integrationszentrums im Ennepe-Ruhr-Kreis (KI), die Ausgangslage. Problematisch werde es dann, wenn Hilfesuchende ohne sprachliche Begleitung zu Behörden und Institutionen gehen oder Familienmitglieder, Nachbarinnen und Nachbarn sowie Freundinnen und Freunde als Übersetzerinnen und Übersetzer zu Rate zögen. „Hier möchten wir mit dem Einsatz geschulter Laien-Sprachmittlerinnen und Laien-Sprachmittler effektiv und schnell helfen“, so Arslanbenzer. Für ihren Einsatz erhalten die Sprachmittlerinnen und Sprachmittler eine Ehrenamts-pauschale von 15 Euro für die erste Stunde und 5 Euro für jede weitere angefangene halbe Stunde. Zudem werden Fahrtkosten erstattet. „Wichtig ist“, so Arslanbenzer, „das Modell ist keine Konkurrenz zu professionellen Dolmetscherinnen und Dolmetschern. Es geht um Hilfe in alltäglichen Situationen und bei Behördengängen, die sonst ohne sprachliche Unterstützung bewältigt werden müssten.“

Akquise der Sprachmittlerinnen und Sprachmittler

Das KI hat ein Konzept zum Aufbau eines Laien-Sprachmittlerpools erstellt, das im Oktober 2016 vom Kreistag einstimmig beschlossen wurde. Dem darauf folgenden kreisweiten Aufruf zum Engagement im Rahmen des Sprachmittlerpools folgten viele mehrsprachige Menschen. Mittlerweile kann im Kreishaushaus aus einem Pool von über 70 Personen geschöpft werden, die in über 20 Sprachen übersetzen können. Wer sich meldete, wurde zu einem persönlichen Gespräch eingeladen. „In den Kennenlerngesprächen im KI beeindruckten mich die Sprachmittlerinnen und Sprachmittler immer wieder aufs Neue“, stellt Fabian Koch, zuständig für die Akquise der Sprachmittler, fest. „Ich habe hier wirkliche Durchstarter sitzen, die in unter zwei Jahren ein unglaublich fortgeschritte-

nes Deutsch an den Tag legen und damit unser gesetztes Mindestsprachniveau von B2 locker überbieten. Aber auch die alt-ingesessenen Migrantinnen und Migranten melden sich, um neu angekommene Menschen zu unterstützen. Diese habe ganz andere Erfahrungen, gerade im Spracherwerb, gemacht. Viele haben sich komplett ohne staatliche Unterstützung durchkämpfen müssen, was meiner Meinung nach noch beeindruckender ist.“ Neben der Einschätzung der Sprachkenntnisse werden die angehenden Teilnehmer über rechtliche Aspekte ihres Engagements aufgeklärt sowie die gesetzliche Schweigepflicht und die Bereitschaft zur Teilnahme an einer Grundlagenschulung vertraglich vereinbart.

Schulung

Eine Teilnahme an einer Schulung ist für die Sprachmittlerinnen und Sprachmittler verpflichtend. In Kooperation mit zwei Volkshochschulen aus dem Ennepe-Ruhr-Kreis fand im Januar 2018 schon die fünfte Schulung statt.



5. Schulung für Laien-Sprachmittler in der VHS Gevelsberg, Teilnehmer und Dozentin Claudia Held (2. v.l.).

Quelle: KI/EN-Kreis

Neben einer ausgiebigen Information über öffentliche Einrichtungen und Behörden in Deutschland und rechtliche Rahmenbedingungen des ehrenamtlichen Engagements reflektieren die Teilnehmerinnen und Teilnehmer über eigene Migrationserfahrungen und Einstellungen zur Interkulturalität. Zentraler Bestandteil der Schulung ist jedoch der theoretische und praktische Input zum Thema „richtiges Dolmetschen“. Das Thema Datenschutz genießt dabei höchste Priorität, ebenso wie das korrekte Verhalten vor, während und nach dem Gespräch. Dolmetschetechniken werden ebenfalls in Gruppenübungen praktisch einstudiert, um so dem Eins-zu-Eins-Übertrag des Gesagten möglichst nahe zu kommen. Auch das Thema „Grenzen einer ehrenamtlichen

Übersetzung“ wird eingehend besprochen. Das KI vermittelt zwar nur niedrigschwellige Einsätze an die Sprachmittler und schließt Einsätze mit rechtsverbindlichen oder schwerwiegenden Sachverhalten, wie z.B. vor Gericht oder bei der Polizei, vorab aus. „Trotzdem kann es passieren, dass Ehrenamtliche mit der Situation oder dem Gesprächsinhalt überfordert sind. Hier ist es wichtig zu vermitteln, wie man eine solche Situation handhabt“, betont Fabian Koch.

Neben der Schulung der Sprachmittler bestehen die Hauptaufgaben des KI in der inhaltlichen Abstimmung der Einsatzbereiche, der Vermittlung und der Evaluation der Einsätze sowie der Organisation von Reflexionstagen und Austauschrunden zur Weiterbildung der Ehrenamtlichen.

Einsatzbereiche und Erfahrungen

Die Behörden und öffentlichen Einrichtungen im Ennepe-Ruhr-Kreis empfinden den Laien-Sprachmittlerpool als große Unterstützung und geben durchweg positives

Feedback zu den gelaufenen Einsätzen. Insbesondere Schulen nehmen das Angebot dankend an. In einzelnen Elterngesprächen, bei Elternsprechtagen aber auch eigens organisierten Informationsveranstaltungen zum deutschen Bildungssystem sorgen die Laien-Sprachmittlerinnen und Laien-Sprachmittler für eine verbesserte Kommunikation. Die Unterschiede zum Bildungssystem in den Herkunftsländern werden nicht nur durch eine Vielzahl von Abschlüssen, Rechten und Pflichten deutlich. „Die aktive Rolle der Eltern sowohl vor, in, als auch nach der Schule ist vielen nicht klar“ stellt Fabian Koch auf Grund des Feedbacks aus Schulen im Ennepe-Ruhr-Kreis fest. „Hier können Sprachmittler helfen, einen besseren und direkteren Zugang zu den Eltern zu finden. Gerade

die Übernahme der Kosten durch das KI erlaubt es uns jetzt auch, Sprachmittler häufiger einzusetzen.“

Landesbudget zur Sprachvermittlung

Die Kostenübernahme ist aber erst möglich, seit das Ministerium für Kinder, Familie, Flüchtlinge und Integration des Landes NRW in 2017 allen Kommunalen Integrationszentren jeweils 50.000 Euro für den Aufbau und Betrieb von Sprachvermittlung zur Verfügung gestellt hat. Diese Förderung wird zur Freude aller Beteiligten auch in 2018 fortgesetzt. „Auch wenn die Aufwandsentschädigung für die ehrenamtlichen Laien-Sprachmittler mit 15 Euro für die erste und fünf für jede weitere halbe Stunde, zzgl. der Erstattung der Fahrkosten deutlich unter dem Stundensatz eines professionellen Übersetzungsbüros liegt, hielt sich die Nachfrage durch bei allgemeinen klammen Kassen zunächst in Grenzen“, so Fabian Koch. Dies änderte sich mit dem vorhandenen Budget. Insgesamt wurden seit 2017 rund 400 Einsätze vermittelt, allein 200 davon mit Hilfe des Budgets seit Ende August.

Vernetzung zu anderen Bereichen

Auch in KI-eigenen Projekten und Dienstleistungen werden die Laien-Sprachmittler eingesetzt. Die Beratung von sogenannten Seiteneinsteigerinnen und Seiteneinsteigern, also schulpflichtigen Kindern, die noch nie eine deutsche Schule besucht haben, profitiert von dem Projekt enorm. „Wir können genauere Informationen über bisherige Leistungen, Noten, Vorlieben und Interessen des Kindes erfragen. Eine Information der Eltern über das deutsche Schulsystem in ihrer Landessprache kann gleichzeitig einige Stolpersteine aus dem Weg räumen.“ stellt die KI-Lehrkraft Anke Goerdel-Leich fest.

Auf der diesjährigen Ausbildungsmesse konnten Schülerinnen und Schüler der Internationalen Förderklassen der Berufskollegs im Ennepe-Ruhr-Kreis passgenauer informiert werden. „In diesem Jahr konnte separat und in Landessprache über das deutsche Ausbildungssystem im Vorfeld der Messe aufgeklärt werden. Mögliche Kontaktpathungen auf der Messe wurden ebenfalls durch den Einsatz der Sprachmittler für die Schülerinnen und Schüler mit Fluchthintergrund ermöglicht“, so Armin Suceska, zuständig für die Koordination der Sprachmittlerinnen und Sprachmittler auf der Ausbildungsmesse. Das KI plant, die Sprachmittler sukzessive in weitere Projekte des KI zu integrieren.

„Für uns sind sie nicht nur Übersetzerinnen und Übersetzer, sondern auch wertvolle Multiplikatorinnen und Multiplikatoren und ein direkter Kontakt zu den Menschen mit Migrationshintergrund im Ennepe-Ruhr-Kreis“, betont Lale Arslanbenzer. Auch die Verwaltungsspitze des Ennepe-Ruhr-Kreises empfindet das Projekt als äußerst wertvoll. Kreisdirektorin Iris Pott lobte die Engagierten bei einem Empfang im Schwelmer Kreishaus: „Der Bedarf an sprachlicher Unterstützung in alltäglichen Situationen ist hoch. Viele der von Ihnen Begleiteten würden sich bei ihren Terminen ohne Sie nur unzureichend verständigen können. Sie verhindern Missverständnisse und sorgen für notwendige Klarheit und Sicherheit.“

Auf einem für die Sprachmittlerinnen und Sprachmittler organisierten Grillabend

betonte Landrat Olaf Schade die Wichtigkeit ihrer Übersetzungstätigkeit und lobte ihre herausragenden Leistungen „Ihre Arbeit ist ungeheuer wertvoll und trägt wesentlich zu einer gelungenen Integration bei. Ohne Ihren ehrenamtlichen Einsatz wären wir im Ennepe-Ruhr-Kreis noch lange nicht so weit, wie wir es jetzt sind.“

Ausblick

Mit der Sicherung des Budgets für Sprachvermittlung für das Jahr 2018 steht einer weiteren Ausweitung der Einsätze nichts mehr im Wege. Das KI freut sich nun darüber, von Anfang des Jahres an Aufwandsentschädigungen aus dem Budget bezahlen zu können. „Nun gilt es das Projekt zu verstetigen, Verwaltungsabläufe zu optimieren und sukzessive sinnvoll zu erwei-



Empfang der Laien-Sprachmittler im Kreishaus Schwelm am 27. März 2017, v.r. Kreisdirektorin Iris Pott und KI-Leitung Lale Arslan-Benzer.

Quelle: KI/EN-Kreis



Grillfest mit Laien-Sprachmittlern im „Zentrum für bürgerschaftliches Engagement“ am 6. September 2017, Holschendorf Hattingen, v.l. Landrat Herr Olaf Schade, KI-Leitung Lale Arslan-Benzer und KI-Mitarbeiter Fabian Koch

Quelle: KI/EN-Kreis

tern. Nachdem der Einsatz von Sprachmittlerinnen und Sprachmittlern in den Schulen so funktioniert, wollen wir in 2018 auch in den Kindertageseinrichtungen voll mit unserem Angebot ankommen“, betont Fabian Koch.

Das zeitlich begrenzte Engagement der Ehrenamtlichen sowie die sprachliche Vielfalt im Ennepe-Ruhr-Kreis werden aber weiter dafür sorgen, dass kontinuierlich neue Sprachmittlerinnen und Sprachmittler in das Kreishaus in Schwelm eingeladen werden. „In einigen Sprachen haben wir noch Lücken. Wir freuen uns alle darauf, in den nächsten Jahren die unterschiedlichsten engagierten Menschen kennen zu lernen und dafür zu sorgen, dass die Bürgerinnen und Bürger und Behörden im Kreis besser miteinander ins Gespräch kommen können“, stellt Lale Arslan-Benzer abschließend fest.

EILDienst LKT NRW
Nr. 2/Februar 2018 50.50.00



Bundesfreiwilligendienst mit Flüchtlingsbezug - ein Beitrag zur Interkulturellen Öffnung im Kreis Euskirchen

Von Vera Secker, Kommunales Bildungs- und Integrationszentrum Kreis Euskirchen

Seit 2016 arbeiten in der Abteilung 49 – Kommunales Bildungs- und Integrationszentrum (Ko-BIZ) des Kreises Euskirchen – Bundesfreiwilligendienstler/innen und unterstützen dort aktiv die interkulturelle Arbeit mit Menschen mit Migrationshintergrund. Der Einsatz in der Kreisverwaltung kommt nicht nur den verbesserten Deutschkenntnissen der jungen Freiwilligen zu Gute, sondern fördert auch den interkulturellen Öffnungsprozess bei den Mitarbeitenden der Kreisverwaltung.

Am 10.12.2015 hat der Kreistag die Einrichtung von fünf Stellen im Bereich Bundesfreiwilligendienst (BFD) mit Flüchtlingsbezug zur Unterstützung der Arbeit in der Kreisverwaltung einstimmig beschlossen. Dem entsprechend wurden innerhalb der Verwaltung mögliche Einsatzbereiche für Menschen im BFD mit Flüchtlingsbezug ermittelt.

Als Einsatzstellen wurden zunächst das KoBIZ sowie das Jobcenter mit dem eigens für die Integrationsarbeit mit Neuzugewanderten eingerichteten Integration Point (IP) des Kreises Euskirchen ausgewählt, da hier die Bedarfe an Unterstützung durch Übersetzungshilfe sehr groß waren. Der IP wurde im Rahmen der Trägergemeinschaft als gemeinsame Einrichtung aufgrund des hohen Arbeitsaufkommens im Bereich Flüchtlingswesen bewusst in den Prozess eingebunden.

Im Folgenden werden die Erfahrungen, die mit dem Einsatz von Bundesfreiwilligendienstler/innen im KoBIZ gemacht werden konnten, näher beschrieben.

Orientierung in komplexen Verwaltungsstrukturen

Im Juli sowie im Dezember 2016 nahmen zwei junge Männer, die beide im Jahr 2015 aus Syrien nach Deutschland geflohen waren, ihre Tätigkeit in der Kreisverwaltung Euskirchen auf. Die Bundesfreiwilligendienstler mit eigener Fluchterfahrung standen in den ersten Wochen vor einer großen Aufgabe: die Strukturen, Zuständigkeiten und Abläufe in einer öffentlichen Verwaltung zu verstehen, was zum Teil selbst für hier lebende Bürger/innen eine große Herausforderung ist.

Darüber hinaus erforderte der Einsatz in der Abteilung KoBIZ, bestehend aus den Handlungsfeldern Regionales Bildungsbüro, Kommunale Koordinierungsstelle „Kein Abschluss ohne Anschluss“, Kommunales Integrationszentrum, Sozialplanung und Koordination des Inklusionsprozesses des Kreises eine hohe Bereitschaft, sich mit diesen komplexen Themen und Projekten

auseinander zu setzen. Dank ihrer aufgeschlossenen Art und ihrer Vorerfahrungen gelang die Einarbeitung gut.

Der erste Bundesfreiwilligendienstler im KoBIZ war in seinem Heimatland Syrien Student für das Grundschullehramt und unterstützte ein Jahr lang schwerpunktmäßig die Arbeit im Kommunalen Integrationszentrum aber auch immer wieder im Querschnitt zu den übrigen Handlungsfeldern des KoBIZ.

So konnte er nur wenige Wochen nach Aufnahme seiner Tätigkeit z.B. als Übersetzungshelfer bei der Ausbildungs- und Studienbörse für den Standort Kreis Euskirchen im Berufsbildungszentrum Euskirchen (BZE) unterstützen. Er stellte den neuzugewanderten Schüler/innen in den Sprachen Arabisch und Englisch die vielfältigen beruflichen Möglichkeiten sowie die Besonderheit der Dualen Ausbildung in einem Kurzvortrag vor.

Der weitere Bundesfreiwilligendienstler hatte in Syrien Wirtschaftswissenschaften studiert und arbeitete neben seinem Integrationskurs halbtags in der Kommunalen Koordinierungsstelle „Kein Abschluss ohne Anschluss.“

Seit September 2017 unterstützt nun eine syrische Bundesfreiwilligendienstlerin das KoBIZ.

Alle Bewerber/innen wurden dem KoBIZ aus dem engen Netzwerk mit den kreisangehörigen Kommunen, Träger und Flüchtlingsinitiativen vermittelt.

Vielfältige Einsatzbereiche

Zunächst bestanden die Arbeitseinsätze der beiden syrischen Bundesfreiwilligendienstlern überwiegend aus mündlichen und schriftlichen Übersetzungen. Zu dieser Zeit befand sich der Übersetzungshilfepool für den Kreis Euskirchen gerade im Aufbau. In dem Übersetzungshilfepool sind Ehrenamtliche verzeichnet, die Kindertagesstätten, Schulen, verschiedene Institutionen und Vereinen bei der Kommunikation mit Neuzugewanderten und Flüchtlingen mit

ihren Sprachkenntnissen zur Verfügung stehen. Es handelt sich nicht um professionelle Dolmetscher, sondern um Menschen – überwiegend mit eigenem Migrationshintergrund – die ihre Muttersprachenkenntnisse einsetzen, um Verständigung zwischen Flüchtlingen/Neuzugewanderten und Mitarbeitenden der Institutionen zu ermöglichen.

Die Kenntnisse der seit September im KoBIZ tätigen Bundesfreiwilligendienstlerin in den Sprachen Arabisch, Kurdisch, Englisch, Französisch und Deutsch sind von Beginn an eine wertvolle Hilfe innerhalb der Abteilungen der Kreisverwaltung. Neben Einsätzen im Jugendamt, im Gesundheitsamt und im Straßenverkehrsamt, nehmen Geflüchtete, die einen Termin beim Ausländeramt haben, die meist spontan mögliche Übersetzungshilfe im Haus dankbar in Anspruch.

Die mitgebrachten Sprachkenntnisse sind darüber hinaus in der Seiteneinstiegsberatung für neuzugewanderte Schüler/innen unentbehrlich. Insbesondere die meist fremdsprachigen Eltern haben so die Gelegenheit, den möglichen Weg ihrer Kinder im deutschen Bildungssystem von Beginn an besser zu verstehen.

Weiterhin sind die Übersetzungen von Informationsmaterialien für Schüler/innen, Eltern, Lehrkräfte, für ehrenamtlich und hauptamtlich Beschäftigte in der Flüchtlingshilfe und in der Migrationsberatung wichtige Unterstützungsmaßnahmen der Bundesfreiwilligendienstler/in.

Das Aufgabenspektrum der neuen Kolleginnen und Kollegen hat sich im Laufe weniger Monate immer mehr ausgeweitet. Neben allgemeinen Bürotätigkeiten (z. B. Kopierarbeiten, Infomaterialauffüllung, Terminverwaltung) konnten bald auch komplexere Aufgaben übernommen werden. So half ein Bundesfreiwilligendienstler bei der Auswertung einer Fragebogenaktion, bei der Bearbeitung der Statistik „Schüler-online“ sowie bei der Pflege des online-Portals für die Akquise und Vermittlung von Berufsfelderkundungstagen (BFE-Portal) für Schüler/innen.

Runde Tische

Aufgabe der Kreisverwaltung ist es, die kreisangehörigen Städte und Gemeinden bei der Integration von Neuzugewanderten bestmöglich zu unterstützen. Um dieses Unterstützungsangebot transparent und greifbar zu machen, führt der Kreis Euskirchen seit Mitte 2016 bis heute in allen Kommunen mit dem KoBIZ, der Ausländerbehörde und dem Jobcenter EU-aktiv Runde Tische durch, zu denen auch die Ehrenamtsinitiativen eingeladen werden. Diese Termine sind äußerst gewinnbringend für beide Seiten, so dass dieses Format in einigen Kommunen bereits wiederholt wurde. Dem Ziel, nicht nur über, sondern mit den Geflüchteten zu reden, ist die Verwaltung durch die Beteiligung der Bundesfreiwilligen näher gekommen. Ihre eigenen Erfahrungen im Umgang mit Behörden, im Positiven wie im Negativen, tragen dazu bei, dass alle Akteure in der Integrationsarbeit dazu lernen können.

Seminare und Praktika

Neben dem Besuch von Deutsch- bzw. Integrationskursen soll den Bundesfreiwilligendienstler/innen die Teilnahme an weiterbildenden Seminaren ermöglicht werden. Eine Gesamtstundenzahl von 120 Einheiten à 45 Minuten besondere pädagogische Begleitung, die auf ganz unterschiedliche Weise gewährleistet werden kann (z.B. in Form von Seminarstunden) muss im Rahmen des BFD nachgewiesen werden. Je nach Interessenschwerpunkt wurden bisher Software-Kurse oder Fachveranstaltungen zu den Themen Gesundheit, Arbeit- und Ausbildung oder Kultur besucht sowie Erste-Hilfe-Kurse absolviert. Durch Praktika im Jugendamt und in einer Grundschule konnte ein Bundesfreiwilligendienstler wichtige Erfahrungen für seinen späteren Berufswunsch im pädagogischen Bereich sammeln.

Auch hier ist die breite Vernetzung des KoBIZ mit unterschiedlichen Partner/innen für die Vermittlung von Einsätzen der neuen Mitarbeiter/innen von Vorteil.

Eigene Projekte

Neben der vielfältigen Unterstützung und Zuarbeit für das KoBIZ und andere Abteilungen, hat die Bundesfreiwilligendienstlerin und haben die Bundesfreiwilligendienstler eigene Projektideen entwickelt und umgesetzt.

Sie führten in Kooperation mit dem Jugendamt Informations- und Austauschrunden für Eltern von Kindergartenkindern auf Arabisch durch, wodurch ein direkter Zugang zu dieser Zielgruppe ermöglicht wurde. Diese Mitwirkung bei der Installation von Brückenlösungen an Kindertagesstätten war für die migrationssensible Elternarbeit ein großer Gewinn.

Gemeinsam mit Bundesfreiwilligendienstler/innen von kreisangehörigen Kommunen und vom Jobcenter EU-aktiv wird zur Zeit eine Vortragsreihe entwickelt, um Geflüchtete zu den Themen Sprachkurse, Arbeitsmarktzugang und lebenspraktischen Dingen in ihrer Muttersprache und auf Augenhöhe zu informieren und um gezielte Fragen zu beantworten.

Das in einer Inforeihe für Ehrenamtler/innen und im Rahmen der bundesweiten Interkulturellen Wochen vorgeführte Filmdrama „Meine Heimat“ beschreibt die Flucht einer Gruppe Syrer/innen von der Türkei über das Mittelmeer und beruht auf wahren Begebenheiten. 2016 lief der Film im syrischen Fernsehen. Herr Ahmad Almohamad, Bundesfreiwilligendienstler beim KoBIZ und Herr Hasan Dakkak, Bundesfreiwilligendienstler beim IP Euskirchen, haben den arabischsprachigen Film eigenständig mit deutschen Untertiteln versehen.

Den Übersetzern war es wichtig zu zeigen, welche schlimmen Situationen die Geflüchteten erlebt haben und wie wichtig es ist, in Frieden und in Freiheit zu leben. Die Teilnahme von ca. 200 Personen an zwei Filmabenden war überwältigend.

InteGreat-App

Die App „InteGreat“ fasst alle wichtigen Informationen für Geflüchtete und ehren-

amtlich Helfende im Kreis Euskirchen in sechs Sprachen zusammen. Die App ist kostenfrei, deren Inhalte sind auch offline jederzeit auf dem Smartphone verfügbar. Darüber hinaus können die Informationen auch über eine Webseite im Internet aufgerufen werden (<https://web.integreat-app.de>). Die Bundesfreiwilligendienstler/in sind beim Befüllen der App eine wichtige Hilfe, da sie die aus deren Sicht wichtigen Informationen einbringen und kleinere Aktualisierungen in der jeweiligen Sprache vornehmen können.

Ausblick und Fazit

Die ersten beiden Bundesfreiwilligendienstler und die erste Bundesfreiwilligendienstlerin mit Flüchtlingsbezug im Kreis Euskirchen konnten durch das gute Zusammenwirken mit den Fachabteilungen im Haus, den Kommunen, Trägern und Flüchtlingsinitiativen wichtige Erfahrungen und Kenntnisse für ihren weiteren Lebensweg sammeln. Nach dem ersten Jahr BFD besuchen die beiden ersten Bundesfreiwilligendienstler des KoBIZ aktuell einen Intensivsprachkurs zur Vorbereitung auf das angestrebte Studium in Deutschland.

Für die längerfristige Unterstützung von Neuzugewanderten werden weitere Anstrengungen erforderlich sein, etwa beim Übergang in Arbeit und Ausbildung, oder bei dem niedrigschwelligen, kultursensiblen Zugang zu Jugendlichen und Familien mit Fluchtgeschichte, die einen Unterstützungsbedarf haben. Bundesfreiwilligendienstler/innen mit Flüchtlingsbezug können hierbei in unterschiedlichen Einsatzbereichen wertvolle Arbeit leisten. Daneben trägt die Begegnung mit den neuen Kolleginnen und Kollegen in der Kreisverwaltung – auf dem Flur, in der Poststelle oder in der Kantine – dazu bei, den interkulturellen Öffnungsprozess in der Kreisverwaltung positiv zu befördern.

EILDienst LKT NRW
Nr. 2/Februar 2018 50.50.00



Deutsch lernen im Kreis Heinsberg – Alle Sprach- und Integrationskurse auf einen Blick

Von Teresa Garschagen, Bildungs-Koordinatorin im Kommunalen Integrationszentrum Kreis Heinsberg

Unumstritten ist Sprache der Schlüssel für Integration. Etabliert sind seit über zehn Jahren Integrationskurse für teilnahmeberechtigte und -verpflichtete Zugewanderte. Darüber hinaus werden weiterführende Sprachförderkurse, wie beispielsweise Deutsch für den Beruf oder allgemeine Deutschkurse zur Verbesserung der Sprachkenntnisse, angeboten. In Kreisen gibt es meist eine Vielfalt an Sprachkursangeboten und eine Vielzahl an durchführenden Organisationen. Es ist kompliziert, den passenden Kurs für sich möglichst zeit- und ortsnahe herauszufinden. Insbesondere, wenn weder die Strukturen und Abläufe, noch die Sprache vor Ort vertraut sind. Im Kreis Heinsberg unterstützt eine Internetseite mit einer Übersicht über alle Sprachbildungsangebote im Kreis die potenziellen Teilnehmer/innen. Das Sprachportal „Deutsch lernen im Kreis Heinsberg“ funktioniert gut, weil die Anbieter hier an einem Strang ziehen.

Die Basis für Integration ist Bildung. Grundlegend für den Zugang zu Bildung sind hierzulande Deutschkenntnisse. Das individuelle Sprachniveau entscheidet oft über den Bildungserfolg und damit über die Chance auf eine qualifizierte Ausbildung und nachhaltige Beschäftigung. Sprachkurse sollten daher einfach, orts- und zeitnah zugänglich sein.

Diese Überzeugung führte im westlichsten Kreis Deutschlands letztendlich zu dem Sprachportal „Deutsch lernen im Kreis Heinsberg“. Eine allumfassende und transparente Sprachkursübersicht sollte das Ziel verwirklichen, einen schnelleren Zugang zu Deutschkursen und eine bessere Erreichbarkeit von Lernorten zu schaffen. In dem Sprachportal sind alle Integrations-, Alphabetisierungs- und weitere Sprachkurse gesammelt, die von den zugelassenen Trägern von Deutschförderkursen im Kreis angeboten werden. Bei der Suche eines passenden Kurses bieten Inhaltsbeschreibungen, Kontaktdaten der Anbieter und die Angabe von Plätzen die nötige Orien-

tierung. Die Sprachkursträger selbst stellen ihre Angebote in das Portal ein und sorgen laufend für die Aktualität der Datenbank. Seit dem 1. Juli 2017 steht das Portal allen Interessenten offen. Ende Juni 2017 präsentierte Landrat Stephan Pusch gemeinsam mit den Initiatoren, dem Kommunalen Integrationszentrum (KI), dem Jobcenter Kreis Heinsberg, dem Geodatenmanagement des Kreises Heinsberg und den kreisweiten Sprachkursanbietern, das Portal der Öffentlichkeit.

Herausforderung: Den passenden Sprachkurs finden

Im Kreis Heinsberg bieten derzeit vier Bildungswerke Deutschkurse an: die Anton-Heinen-Volkshochschule des Kreises Heinsberg, die TERTIA Berufsförderung GmbH & Co. KG, der Ortsverein Lernen-Fördern Hückelhoven und das Margarete-Klug-Bildungswerk der AWO service gGmbH. Dementsprechend existiert im Kreis eine breite Angebotspalette an Deutschförder-

kursen. Einen auf den individuellen Lernbedarf zugeschnittenen Deutsch- oder Integrationskurs zu finden, war daher vor Zeiten des Sprachportals eine zeitintensive Herausforderung für alle Beteiligten. Einzelnen mussten die genauen Angebote der verschiedenen Träger erfragt werden. Das Kommunale Integrationszentrum und das Jobcenter sahen Handlungsbedarf.

Den Initiatoren war es dabei wichtig, dass eine umfassende Kursübersicht entsteht, die allen zugänglich ist. Darauf basiert die Idee, alle Kursangebote auf einer Internetseite sichtbar zu machen. Das hat nicht nur den Vorteil, dass es den Interessierten jederzeit möglich ist, das gesammelte Kursangebot im Kreis anzusehen. Auch die Bildungsträger können anhand des Online-Zugangs ihre Integrations- und Sprachkurse stets auf dem aktuellen Stand halten. Eine Kooperation mit dem Geodatenmanagement des Kreises war somit Voraussetzung, um das Vorhaben umzusetzen. Die Mitarbeiter achteten dabei verstärkt auf eine intuitive Bedienung und leichte Verständlichkeit des Portals. Die technische Betreuung bleibt auch weiterhin in den Händen des Geodatenmanagements. Große Unterstützung für das Integrationsprojekt erfuhren die Initiatoren von Beginn an von Landrat Stephan Pusch. „Mit dem Sprachportal stärken wir einen zentralen Bestandteil der Integrationsarbeit im Kreis Heinsberg“, erklärt er. „Die umfassende Kursübersicht unterstützt Menschen mit Zuwanderungsgeschichte sowie professionelle oder ehrenamtliche Vermittler dabei, schnell und einfach einen passenden Kurs zu finden.“

Integrationsarbeit Hand in Hand

Im Kreis beruht das Netzwerk der Träger von Deutschförderkursen bereits seit langem auf guter Zusammenarbeit. Das Kom-



Am 27. Juni 2017 präsentierten Landrat Stephan Pusch (3. von rechts) und Franz-Josef Dahlmanns (7. von rechts), Leiter der Anton-Heinen-Volkshochschule und Dezernent des Kreises Heinsberg, gemeinsam mit den Initiatoren und Mitwirkenden das Sprachportal „Deutsch lernen im Kreis Heinsberg“ der Öffentlichkeit. Quelle: Kreis Heinsberg

munale Integrationszentrum unterstützt die Netzwerkarbeit und realisiert mit den Trägern gemeinsame Projekte. Die Akteure wissen: Das gemeinsame Arbeiten setzt einerseits Synergien frei, zum anderen können entlarvte Doppelstrukturen neue Ressourcen schaffen.

bereit, das Sprachportal eigenständig mit ihren Angeboten zu füllen und stets zu aktualisieren. Neue Kurse oder Änderungen werden so aus erster Hand in die Datenbank eingefügt. „Mit dem Portal haben wir es geschafft, dass die unterschiedlichen Integrations- und Sprachkursanbieter im

kurse und weitere geförderte Spezialkurse. Erreichbar ist das Sprachportal unter www.integration.kreis-heinsberg.de.

Vielfältige Verwendungsmöglichkeiten des Sprachportals

Die Mitarbeiter des Jobcenters Kreis Heinsberg sehen auch für ihre Arbeit einen Vorteil im neuen Sprachportal. Sie können die Sprachbildungskurse stets aktuell und gesammelt abrufen und auch einsehen, in welchen Integrationskursen noch Plätze frei sind. So bietet das Portal auch für die Vermittlungsarbeit des Jobcenters eine Zeitersparnis und ist damit eine Verbesserung der Grundlage für sowohl berufliche, als auch gesellschaftliche Integration. Das Sprachportal wirkt sich auch positiv auf die Arbeit im Sprachkursanbieter-Netzwerk aus. Die Kurszusammenstellung im Netz nützt den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Bildungswerke und des Jobcenters dabei, notwendige Änderungen in der Kursstruktur, auch trägerübergreifend, zu erkennen. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Kommunalen Integrationszentrum überschauen durch ihre Netzwerkarbeit die Bildungsträgerlandschaft, ihre Akteure und Projekte. Sie haben daher die offizielle Trägerschaft von „Deutsch lernen im Kreis Heinsberg“ übernommen und fungieren als zentrale Ansprechpartner/innen.



Die Startseite des Sprachportals „Deutsch lernen im Kreis Heinsberg“.

Quelle: Kreis Heinsberg

Auch das Portal „Deutsch lernen im Kreis Heinsberg“ ist das Ergebnis von Austausch und Arbeitsteilung. Wissend um die Notwendigkeit eines besseren und vereinfachten Zugangs zu Sprachförderprogrammen unterstützten die Bildungsträger die Umsetzung des Portals. Und damit nicht genug. Sie erklärten sich darüber hinaus

fördern. Alle Teilnehmer von Integrationskursen legen ihre Prüfungen bei der VHS ab. Neben Integrationskursen sind in dem Portal „Deutsch lernen im Kreis Heinsberg“ diverse Kurse gelistet, die weiterführende Deutschkenntnisse vermitteln. Dazu gehören das offene Deutschkurs-Angebot der Volkshochschule, berufliche Sprach-

EILDienst LKT NRW
Nr. 2/Februar 2018 50.50.00



Zusammenarbeit zwischen Kreis und kreisangehörigen Kommunen als Erfolgsfaktor für die Arbeit des Kommunalen Integrationszentrums des Hochsauerlandkreises

Von Eva Keiter, Leiterin des Kommunalen Integrationszentrums Hochsauerlandkreis

Kommunale Integrationszentren (KI) agieren nicht im luftleeren Raum: Integration kann nur funktionieren, wenn sie vor Ort – also auf lokaler Ebene – umgesetzt wird. „Hierbei nehmen die Kommunalen Integrationszentren (KI) eine Schlüsselfunktion ein. Grundlage der Arbeit der KI ist das vom Rat der Stadt bzw. Kreistag beschlossene Integrationskonzept.“¹ Bereits in dieser ersten Aufgabendefinition für die KI in NRW wird deutlich: Es existieren Unterschiede zwischen Kreisen und kreisfreien Städten, wenn es um die Arbeit der KI geht. Diese Unterschiede gehen weit über die Tatsache, dass es in Städten einen Stadtrat und in Kreisen einen Kreistag gibt, hinaus.

Kreis und kreisangehörige Städte und Gemeinden – Rahmenbedingungen für die Arbeit von KI im Kreis

Ein Kreis und dessen kreisangehörige Städte und Gemeinden teilen sich die Erledi-

gung derjenigen Aufgaben, die von einer kreisfreien Stadt allein wahrgenommen werden. Das Zusammenwirken von Kreis und Kommunen richtet sich u.a. nach dem Subsidiaritätsprinzip. Ansonsten arbeiten Kreise und ihre Kommunen partnerschaftlich zusammen, um ihren Bürgern und Bür-

¹ Land NRW (Hrsg.): Flyer Kommunale Integrationszentren, einsehbar unter http://www.kommunale-integrationszentren-nrw.de/sites/default/files/public/system/downloads/laki_allgemein_flyer_8seiten_420x210_0.pdf, eingesehen am 27.12.2017.

gerinnen eine vergleichbare Infrastruktur zur Verfügung zu stellen.

Für KI in Kreisen besteht also die Notwendigkeit, nicht nur auf Kreisebene mit dem politischen Entscheidungsgremium des Kreistags und dem Landrat als Dienstherren zusammenzuarbeiten, sondern auch die jeweiligen kreisangehörigen Städte und Gemeinden in ihre Entscheidungsprozesse mit einzubeziehen, um die Integrationsarbeit vor Ort durch die Gestaltung von förderliche Rahmenbedingungen möglichst gewinnbringend zu gestalten.

Das KI HSK und die Kooperation mit 12 Städten und Gemeinden

Der Hochsauerlandkreis ist der größte Flächenkreis NRW: Die Gesamtfläche von 1.958,93 km² verteilt sich auf 12 kreisangehörige Städte und Gemeinden, in denen insgesamt 263.394 Einwohner leben.

Bereits in der Phase des Aufbaus des KI HSK wurden die Städte und Gemeinden in die konzeptionelle Ausrichtung mit einbezogen. Der Kreis beschloss einen Prozess der Bürgerbeteiligung zu initiieren, der alle Akteure der Integrationsarbeit einbindet und die Ergebnisse in Form des Integrationskonzeptes vorlegt. Vor diesem Hintergrund fand am 28. Mai 2013 die Integrationskonferenz unter dem Motto: „Zusammenwachsen im Hochsauerlandkreis“ statt, die den Auftakt der Überarbeitung und Anpassung des bestehenden Integrationskonzeptes an aktuelle Gegebenheiten und Herausforderungen im Hochsauerlandkreis bildete. Eingeladen waren kreisweit Akteure z.B. aus Schulen, Kindertageseinrichtungen, Migrantenselbstorganisationen, freien Trägern, und insbesondere auch aus den Verwaltungen der 12 Städte und Gemeinden des HSK. Bei diesem Prozess waren die Erfahrungen und das Wissen über die Integration vor Ort gefragt. Mit den vorgenannten Akteursgruppen aus den kreisangehörigen Städten und Gemeinden des HSK wurden im weiteren Verlauf folgende Fragen beantwortet:

1. In welchen Bereichen der Integrationsarbeit sind die Kommunen schon gut aufgestellt und woran machen Sie das fest?
2. Welche Maßnahmen sind für eine erfolgreiche Integrationsarbeit im HSK erforderlich?
3. Welche Hemmnisse bestehen aus Ihrer Sicht, sich ehrenamtlich zu engagieren?
4. Wie kann die Zusammenarbeit von Migrantenselbstorganisationen und Regel-/Beratungseinrichtungen gestärkt werden?

So konnte die derzeitige und lokal unterschiedliche Ist-Situation im Hochsauer-

landkreis erfasst werden. Deutlich wurde in jedem Fall: Der Prozess der Integration hängt von etlichen und lokal sehr unterschiedlichen Faktoren ab, auf die ein KI innerhalb eines Kreises eingehen muss, wenn es nicht am Bedarf vorbei arbeiten will. Das gemeinsam erstellte Integrationskonzept stellt aber vor dem Hintergrund der Unterschiedlichkeit eine gemeinsame Orientierung zum Thema Integration dar. Beispiele gelungener Zusammenarbeit zwischen dem Hochsauerlandkreis und seinen kreisangehörigen Städten und Gemeinden Auch wenn in den letzten Jahren die sogenannten best-practice-Beispiele in Broschüren, Forschungsberichten, Zeitungen und Fachzeitschriften zu festen, wiederkehrenden, und bisweilen sich wiederholenden Bestandteilen wurden, erkennen wir in der Arbeit eines KIs in Kreisen doch Besonderheiten, die bislang noch nicht in der folgenden Art und Weise dargestellt wurden. Was macht die Arbeit eines KIs in einem Kreis zu einer gelungenen Integrationsarbeit? Auch dafür gibt es keine festgelegten Parameter, zumindest wird dies im wissenschaftlichen Kontext kontrovers diskutiert³.

Folgende Beispiele verdeutlichen jedoch, dass die Kooperation mit den Städten und Gemeinden in einem Kreis von zentraler Bedeutung für eine erfolgreiche Arbeit eines KI ist und auch zukünftig sein wird.

Koordinierungsgruppe als Lenkungsgremium des KI HSK

Das KI HSK lädt mindestens zwei Mal im Jahr die Koordinierungsgruppe ein, um über strategische Fragen zu beraten. Mitglieder dieses Steuerungsgremiums sind unter anderem die von den HVB berufenen Dezernenten und Dezernentinnen aus den Städten und Gemeinden, denen das Thema Integration in der jeweiligen Stadt oder Gemeinde zugeordnet wird. Die Entwicklung dieser Treffen zeigt: War es zu Beginn der KI-Arbeit eher ein Gremium, in welchem das KI über seine Arbeit berichtete und durch das die Beteiligung der kreisangehörigen Städte und Gemeinden sichergestellt werden sollte, ist es heute eine Runde, in der – auch gern kontrovers – über die Praxis der Integration vor Ort und

die Unterstützungsmöglichkeiten durch das KI HSK diskutiert wird. Beispielsweise wurde der Abruf von weiteren Stellen und deren Arbeitsschwerpunkte in diesem Gremium mitentwickelt und entschieden, mit einer entsprechenden Anfrage in die Kreispolitik zu gehen. Durch die Einbindung der Kommunen in dieses Steuerungsgremium werden deren Bedarfe in die strategische Ausrichtung des KI HSK eingewoben. Diese Art der Steuerung hat sich auch für die operative Arbeit des KI als Gewinn erwiesen: In diesem Gremium wurde auf den Bedarf von Seiten der Arbeitgeber und neuzugewanderten Arbeitnehmer im HSK hinsichtlich berufsbegleitender Sprachkurse oder Informationen zum Arbeitsmarktzugang für Neuzugewanderte hingewiesen. Auf kurzem Dienstweg konnte das KI HSK gemeinsam mit dem Sprachkursträger Kolping innerhalb von vier Wochen erste



Podiumsdiskussion im Rahmen der Informations- und Austauschveranstaltung für Haupt- und Ehrenamt zum Thema Arbeitsmarktzugang für Neuzugewanderte.

Quelle: Hochsauerlandkreis

Kurse in drei kreisangehörigen Städten und Gemeinden implementieren. Weitere Kurse werden auf Anfrage eingerichtet, und die Nachfrage steigt derzeit.

Des Weiteren wurde eine gut besuchte Informations- und Austauschveranstaltung für Arbeitgeber und Ehrenamtliche, die sich im Bereich Arbeitsmarktzugang engagieren, durchgeführt und beide Gruppen mit Informationen aus den zuständigen Fachdiensten versorgt.

Deutlich wird in dieser Runde aber auch, dass Integration in einem Kreis lokal gedacht werden muss. Die Voraussetzungen bezüglich vorhandener Infrastruktur, Personalkapazitäten, Trägerlandschaft,

² https://www.it.nrw.de/statistik/a/daten/bevoelkerungszahlen_zensus/index.html, eingesehen am 28.12.2017.

³ Jelic, M. (2017): Anwerbung, Abschottung, Akzeptanz – Zeithistorische Erfahrungen deutscher Integrationspolitik. In: Becker, M. et al. (Hrsg.): Fluchtpunkt Integration. Panorama eines Problemfeldes. Weinheim: Springer, S. 149-169.

Verteilung der Zuständigkeiten etc. sind in den einzelnen Städten und Gemeinden erheblich unterschiedlich. Dazu ein Beispiel: Während in Arnsberg, der größten kreisangehörigen Stadt, eine Integrationsbeauftragte mit voller Stelle für dieses Thema eingesetzt wird, wird in kleineren Städten und Gemeinden diese Zuständigkeit oft „on top“ vergeben; d.h. die Mitarbeiter oder Mitarbeiterinnen bearbeiten Fragen zum Thema Integration zusätzlich zu ihrem ursprünglichen Aufgabengebiet. Für die Arbeit des KI HSK bedeutet das ein Sich-Einstellen auf eine heterogene Sozialraum- und Strukturlandschaft, bei denen nicht von ähnlichen oder gar gleichen Bedingungen ausgegangen werden kann.

KOMM AN-NRW – Türöffner für das KI in der Fläche des HSK

KOMM AN-NRW wird in den KI in den Kreisen NRW auf unterschiedliche Weise in die Fläche gebracht: Die gesamte Bandbreite lässt sich abbilden zwischen der Herangehensweise „das KI eines Kreises vergibt die Fördersumme ausschließlich an die kreisangehörigen Städte und Gemeinden zur Finanzierung ehrenamtlicher Projekte“ und der Herangehensweise „das KI eines Kreises vergibt die Fördergelder an Ehrenamtsinitiativen in den Kommunen“.

Das KI HSK hat sich ausdrücklich für die zweite Strategie entschieden, diese jedoch um den Punkt „... und bezieht die Verwaltungen der Städte und Gemeinden mit ein“ erweitert. Somit unterstützt das KI HSK die ehrenamtlichen Projekte in der Flüchtlingsarbeit durch die Beratung in der Projekt-konzeption und -umsetzung, aber auch und insbesondere den Austausch zwischen Kommunalverwaltung und Ehrenamt. Seit KOMM AN-NRW ist das KI zunehmend fester Bestandteil an runden Tischen und Diskussionsrunden von Haupt- und Ehren-

amt und Vermittler bei Konflikten, die im Rahmen von Integrationsarbeit auftreten können. Durch die enge Kooperation mit den ehrenamtlichen Initiativen vor Ort kann das KI Bedarfe erkennen und decken, wie beispielsweise durch eine Seminarreihe für Ehrenamtliche in der Flüchtlingshilfe im Osten des HSK (durchgeführt in Kooperation mit der Caritas Brilon) zu Themen wie „Interkulturelle Kompetenz“, „Meine Rolle im Ehrenamt“ oder „Abschied im Rahmen ehrenamtlicher Flüchtlingsarbeit“.

Bündelung von Schulungsangeboten zum Thema Integration

Schulungsangebote richten sich häufig an Gruppen ab einer Größe von zehn Personen. Für kleinere Kommunalverwaltungen ist es daher häufig schwierig, entsprechende Angebote für das eigene Personal zur Verfügung zu stellen, so dass z.T. Schulungen in Kommunen nicht oder nur vereinzelt wahrgenommen werden können.

Das KI HSK hat zum ersten Mal in Kooperation mit der G.I.B. NRW Fortbildungen zum Thema „Förderung interkultureller Kompetenz in Kommunen“ im gesamten HSK angeboten. Dabei fungierte das KI als Veranstalter der Fortbildung, um durch die Bündelung von Teilnehmenden die erforderliche Gruppengröße zu generieren und damit Bildungsangebote im interkulturellen Bereich im HSK zu ermöglichen. Ein Effekt, der so nicht bedacht war, aber dennoch eintrat, war die Wertschätzung des interkommunalen Austauschs zum Thema Integration.

Hürden gibt es auch

Welche Hürden hat ein KI in einem Kreis zu meistern? Denn dass es zum Thema Integration welche gibt, stellt wohl niemand in Frage. Pauschal lässt sich an dieser Stelle weder eine Antwort geben noch ein Patentrezept für deren Überwindung liefern – zu unterschiedlich ist die Situation in jedem einzelnen Kreis.

Kommunale Besonderheiten

Die Arbeit mit 12 kreisangehörigen Städten und Gemeinden im HSK ist zu einem

eher unstrukturierten Thema wie dem der Integration genau so individuell wie die Arbeit mit Menschen im Allgemeinen: Jede Kommune hat ihre Besonderheiten, die in der Historie, der eigenen Verwaltungsstruktur, der wirtschaftlichen Lage, der vorhandenen Infrastruktur, und letztendlich in den handelnden Personen begründet liegt. Bevor also in der Fläche des HSK Angebote gemacht werden können, muss die Frage gestellt werden: Ist das Angebot für jede Stadt oder Gemeinde nutzbar? Schafft man durch Angebote in einzelnen Städten Ungleichheiten, die dem Ausgleichsauftrag eines Kreises widersprechen? Und – last but not least – wie ist der politische Wille in den einzelnen Kommunen?

Eine Hürde liegt also darin, die Angebote derart abzustimmen, dass sie einerseits kreisweit implementiert werden können, aber dennoch die Individualität der einzelnen Stadt oder Gemeinde berücksichtigen. Diese Abstimmungsprozesse brauchen in erster Linie Zeit – die aber aufgrund der eigenwilligen Dynamik im Rahmen von Migration nicht immer ausreichend gegeben ist.

Personalsituation im Themenfeld Integration

Eine weitere Hürde liegt in der Kontinuität in der Personalsituation:

Abstimmungsprozesse mit unterschiedlichen Akteursgruppen und Netzwerken brauchen Personen, die langfristig verantwortlich sind, die sich in der lokalen Akteurslandschaft auskennen und die als Ansprechpartner oder Ansprechpartnerin in dieser Landschaft bekannt sind. Inwieweit diese förderliche Bedingung gegeben ist oder auch nicht, hängt von vielen Faktoren in der jeweiligen Kommune ab. Die Erfahrung zeigt jedoch, dass die Integrationsarbeit im Allgemeinen von einer hohen Personalfuktuation gekennzeichnet ist. Somit muss auch das KI HSK zum einen intern mit Personalfuktuation, aber auch extern mit wechselnden Ansprechpartnern und –partnerinnen umgehen.

Informationsfluss

Zuletzt liegt eine Hürde auch darin, dass Informationen aus dem Themenfeld der Integration z.T. nicht oder nur in geringem Maße an alle Beteiligten gelangen. Hier geht es zum einen um Informationen über Menschen, die in den HSK zugewandert sind, aber auch um Informationen zu Angeboten, welche die Integration fördern. Diese Tatsache liegt nicht in der fehlenden Bereitschaft zur Weitergabe begründet (die Erfahrung zeigt: Wer fragt, bekommt auch Antworten!). Sowohl für



Der Austausch zwischen haupt- und ehrenamtlichen Akteuren aus den 12 Kommunen stand bei der Veranstaltung im Rahmen von KOMM AN NRW im Vordergrund.

Quelle: Hochsauerlandkreis

die eigene Zuständigkeit bis zur Stadt- oder Kreisgrenze als auch für die Netzwerke zu denken, in denen die beteiligten Personen sich bewegen, scheint ursächlich hierfür zu sein; ebenso eine hohe Arbeitsbelastung in Verbindung mit Zeitdruck. Also braucht es neben Netzwerktreffen auch konkrete Stellen, die aktiv nachfragen, die für die Weitergabe von Informationen verantwortlich sind und derartige Netzwerktreffen ermöglichen. Im Zeitalter der Digitalisierung kommen manche Informationen zum Teil auf Knopfdruck, zum Teil auch ohne jede Form von Eigenaktivität an unsere Schreibtische. Bisweilen muss man sich aber buchstäblich auf den Weg machen: ins Nachbarbüro, in die Kommune, zu Netzwerktreffen, um sich über das

vorhandene Wissen und die Erfahrungen untereinander auszutauschen. Oft sind es gerade Informationen aus Nebensätzen, im Gespräch zufällig gesagt, die den Bedarf aufzeigen oder Ideen zur Deckung dessen beisteuern.

Fazit

Es gibt Erfolgsfaktoren für die Arbeit eines KI in einem Kreis: Die Beteiligung der kreisangehörigen Städte und Gemeinden an der strategischen Ausrichtung des KI, damit nicht am Bedarf und an den kommunalen Besonderheiten vorbei gearbeitet wird, eine Arbeit nah an den Bürgerinnen und Bürgern unter Einbezug der zuständigen kommunalen Stellen, die Ermögli-

chung von Maßnahmen in Kommunen durch Bündelung der Angebote, welche ansonsten nicht stattfinden könnten.

Unter Berücksichtigung der vorhandenen Hürden hat sich das KI in den Städten und Gemeinden des HSK zunehmend als kompetenter Ansprechpartner etabliert, da es Bedarfe erkennt, aufgreift und immer in Kooperation mit der jeweiligen Kommune oder auch kreisweit agiert. Auch wenn Prozesse aufgrund der besonderen kommunalen Situation in Kreisen mehr Zeit benötigen: Wenn sie von den Beteiligten mitgetragen werden, führen sie in der Regel zum Ziel.

EILDienst LKT NRW
Nr. 2/Februar 2018 50.50.00



Integration im ländlichen Raum - Chancen und Herausforderungen im Kreis Höxter

Von Filiz Elüstü, Leiterin des Kommunalen Integrationszentrums des Kreises Höxter

Im ländlichen Kreis Höxter mit seiner mittelständisch geprägten Wirtschaftsstruktur leben rund 144.000 Einwohner – davon etwa 25.000 Menschen mit Einwanderungsgeschichte. Der ländliche Raum kann vor dem Hintergrund des demografischen Wandels von der Zuwanderung profitieren, sofern die soziale und berufliche Integration gelingt. Günstig wirken sich die Überschaubarkeit des lokalen Raumes, die menschliche Nähe, das ausgeprägte ehrenamtliche Engagement und der zunehmende Fachkräftebedarf aus. Bei dieser für die Gesellschaft so wichtigen Aufgabe leistet das Kommunale Integrationszentrum des Kreises Höxter (KI) vielfältige Unterstützung.



Team des Kommunalen Integrationszentrums des Kreises Höxter: (v. l.) Elif Bozkurt, Agnieszka Weisser, Tuija Niederheide, Rüdiger Gleisberg, Filiz Elüstü, Lisa Specht, Jochen Behrens, Anne Lödige, Dr. Sandra Legge und Verena Weber. Quelle: Kreis Höxter

Die größte Gruppe der im Kreis Höxter lebenden Menschen mit Einwanderungsgeschichte ist die der Spätaussiedler, die aus der ehemaligen UdSSR und ande-

ren ehemaligen Ostblockstaaten stammen, die zweitgrößte Gruppe von Zugewanderten stammt aus der Türkei. Den größten Zustrom von Zugewanderten in jüngster

Zeit verzeichnete der Kreis Höxter im Jahr 2015. Seitdem sind fast 3.000 Menschen, die aufgrund von Bürgerkrieg, politischer Verfolgung oder wirtschaftlichen Notsituationen aus ihren Heimatländern geflüchtet waren, in den Kreis Höxter gekommen. Mittlerweile leben hier Menschen aus 128 verschiedenen Nationen. Durch sie ist die Gesellschaft noch vielfältiger geworden. Während es bis Anfang 2016 vorrangig darum ging, die Geflüchteten unterzubringen und zu versorgen, steht jetzt die langfristige Aufgabe der beruflichen und sozialen Integration im Mittelpunkt. Die Erfahrung zeigt, dass insbesondere das außerordentliche zivilgesellschaftliche Engagement, ein reges und ausgeprägtes Vereinsleben und überschaubare Dorfgemeinschaften eine gute Basis zur Integration sind. Zu den großen Stärken des ländlich geprägten Kreises gehören traditionelle Tugenden wie Nachbarschaftshilfe, Gastfreundschaft, Verlässlichkeit und soziales Engagement.

Zuwanderung bietet insbesondere für ländliche Regionen die Chance, dem demographischen Wandel entgegenzuwirken. Bei gelungener beruflicher Integration

trägt die Zuwanderung zur Sicherung des Fachkräftebedarfs und des Wirtschaftsstandortes bei.

Die Einbeziehung von Menschen mit Einwanderungsgeschichte und Geflüchteten als Akteure bei der Steuerung der Integration ist enorm wichtig – sie bringen sprachliche, persönliche und andere Ressourcen mit, die die Integration ermöglichen oder erleichtern und so auch zum gesellschaftlichen Zusammenhalt beitragen.

Langfristig geht es darum, die Integration in all ihren Bereichen – angefangen von der Elementarerziehung bis hin zur Altenpflege erfolgreich im Kreis Höxter voran zu treiben. Die Gestaltung des Zusammenlebens aller im Kreis Höxter lebenden Menschen und die Realisierung eines hohen Maßes an gesellschaftlicher und politischer Teilhabe – für Einheimische, für Menschen mit Wurzeln in anderen Ländern und für die Neuzugewanderten – ist eine Herausforderung und zugleich eine Chance.

Anpassung des Integrationskonzeptes des KIs an neue Herausforderungen

Mit breiter Beteiligung hatte das KI 2013 ein Integrationskonzept erarbeitet. Die

darin vereinbarten und umgesetzten Maßnahmen richteten sich vor allem an die bereits länger im Kreis Höxter lebenden Menschen mit Einwanderungsgeschichte. Seit 2015 stellten sich mit dem starken Zustrom von Geflüchteten jedoch ganz neue Herausforderungen.

Um dem Rechnung zu tragen, wurde das Integrationskonzept erneut mit breiter Beteiligung zahlreicher Akteure in der Integrations- und Bildungsarbeit aktualisiert. Einbezogen wurden die in den Bildungskonferenzen und der Integrationskonferenz 2017 erarbeiteten Ziele und Maßnahmen für alle fünf Handlungsfelder, die das KI für die erfolgreiche Integrationsarbeit im Kreis Höxter festgelegt hat:

- „Bildung und Erziehung“ mit den Teilbereichen „Sprachförderung/Sprachbildung“ und „Integration durch Bildung“
- „Arbeit und Wirtschaft“
- „Bürgerschaftliches Engagement und politische Partizipation“
- „Integration durch Kultur, Sport und Freizeit“
- „Interkommunales Kommunikations- und Steuerungskonzept“

Zu den Arbeitsschwerpunkten des Kommunalen Integrationszentrums für die Jahre 2018 und 2019 gehören vor allem-

zusätzliche Angebote zur Sprachförderung und Sprachbildung auf allen Stufen der Bildungsbiografie, weil Sprache die Grundvoraussetzung für Bildungserfolg und Teilhabe ist. Darüber hinaus gilt es, die interkulturelle Öffnung des Gemeinwesens zu fördern, um die Chancen zur Integration in den Ausbildungs- und Arbeitsmarkt zu optimieren.

Wachsende Bedeutung gewinnt das Thema „Migration und Gesundheit“. Mit Blick auf die zunehmende Zahl alternder Migranten ist geplant, das Aufgabenfeld „Pflege und Alter“ demnächst auf die Agenda zu nehmen.

Aktivitäten des kommunalen Integrationszentrums Kreis Höxter

Mit einem ehrenamtlichen Sprachlotsen-Pool, der 40 Sprachen abdeckt, kann das KI den Integrationsprozess auf verschiedenen Ebenen effizient begleiten. Zur ersten Orientierung für alle Beteiligten hat das KI einen Wegweiser herausgegeben, der rund um das Thema Integration kompakt über die Aufgaben, Zuständigkeiten und Ansprechpartner*innen der verschiedenen Institutionen informiert.



Kreisdirektor Klaus Schumacher beteiligt sich am bundesweiten Vorlesetag.

Quelle: Kreis Höxter



Musikworkshop „Let's sing – Songs of the world“.

Quelle: Kreis Höxter



Interkulturelles Sport- und Spielfest in Warburg.

Quelle: Kreis Höxter



Schüler mit und ohne Einwanderungsgeschichte nehmen an einem Workshop beim Unternehmen Möbelwerke A. Decker in Borgentreich-Borgholz teil.

Quelle: Kreis Höxter

Um das außerordentliche bürgerschaftliche Engagement nachhaltig zu fördern, organisierte das KI Fortbildungen, Informations- und Unterstützungsangebote zur Arbeit mit den Geflüchteten und ihren Familien. Beispiele sind die Ausbildung zum Integrationslotsen*innen sowie Informationsveranstaltungen für Ehrenamtliche zu Flüchtlingsfragen, zum Asylverfahren und zur Arbeitsmarktintegration sowie eine modulbasierte Qualifizierungsreihe für ehrenamtliche Sprachlehrer.

Als wichtigen Schritt in den Integrationsprozess sieht das KI den Eintritt der geflüchteten Kinder und Jugendlichen in das deutsche Schulsystem. In enger Zusammenarbeit mit den Kommunen, den Schulaufsichten und dem Gesundheitsdienst werden die Kinder und Jugendlichen nach entsprechender Beratung geeigneten Schulen zugewiesen.

Durch spezielle und individuelle Förderung werden sie dort auf die vollständige Teilnahme am Regelunterricht vorbereitet. Für Lehrer*innen, die in den Fördergruppen unterrichten, organisiert das KI Qualifizierungsangebote im Bereich „interkulturelle Kommunikation“.

Die Geflüchteten und ihre Familien werden seit 2016 zu allen Begegnungs- und Austausch- sowie Vernetzungsveranstaltungen eingeladen und involviert. Einige Aktionen sind im Folgenden beispielhaft aufgeführt: „Kreisfamilien-, Sport- und Spielfeste“, Aktionstag „Bürgerschaftliches Engagement“, Projekt „Ehrenamt-Galerie Kreis Höxter“, kreisweit durchgeführte Veranstaltungen im Rahmen des „VielfaltForums“ für interkulturelle und interreligiöse Begegnung und Austausch sowie Musik- und Kunstprojekte. Im Jahr 2017 organisierte das KI Kreis Höxter rund 40 verschiedene Projekte, Veranstaltungen und Aktionen zu unterschiedlichen Themen.

Drei neue Projekte des KI Kreis Höxter werden im Folgenden kurz vorgestellt.

Integrationspreis Kreis Höxter als Zeichen der Wertschätzung

„Sie alle sind erstklassige Vorbilder, weil sie sich ehrenamtlich engagieren. Sie zögern keinen Moment, zu tun, was getan werden muss. Sie haben keine Ausreden, sondern sie sind einfach da, wenn sie gebraucht werden. Das ist großartig!“, betonte Landrat Friedhelm Spieker bei der Preisverleihung des ersten Integrationspreises Kreis Höxter.

Die Idee, interkulturelles Engagement mit einem Preis öffentlich auszuzeichnen und so ein deutliches Zeichen der Wertschätzung zu setzen, entstand in den Integra-



Landrat Friedhelm Spieker (r.) zeichnet gemeinsam mit Filiz Elüstü (l.) und Dr. Sandra Legge (3. v. l.), Leiterin der Abteilung Bildung und Integration des Kreises Höxter, die Siegerinnen und Sieger des ersten Integrationspreises des Kreises Höxter aus.

Quelle: Kreis Höxter

tionskonferenzen, die das KI jedes Jahr veranstaltet. Zugleich sollen damit vorbildliche Initiativen und Projekte engagierter Menschen als Beispiele zum Nachmachen hervorgehoben werden. Nach einer Vorauswahl durch eine Jury konnten sich die Bürgerinnen und Bürger via Online-Voting an der Auswahl der Gewinner beteiligen.

Die Integreat-App im Kreis Höxter

Sehr hilfreich in allen Lebenslagen ist die kostenlose, mehrsprachige Integreat App, die lokale Informationen, Termine und Tipps für (Neu-)Zugewanderte und ehrenamtlich Aktive bündelt. Dieses aktuelle und dynamische Informationssystem informiert über Veranstaltungen, Beratungs- und Bildungsangebote, hilft bei der Wohnungs-, Ausbildungs- und Arbeitsplatzsuche. Gleichzeitig kann die App von haupt- und ehrenamtliche Aktiven als Informationsquelle sowie als Kommunikations- und Übersetzungshilfe genutzt werden. Die Erarbeitung der Inhalte erfolgte mit breiter Beteiligung von Akteuren der Integrationsarbeit.

Koordinierungsstelle für die Integration in den Arbeits- und Ausbildungsmarkt

Die Arbeitsmarktintegration ist für gesellschaftliche Teilhabe sowie die Integration ein ganz wesentlicher Aspekt. Als Wirtschaftsstandort wird der ländliche Kreis Höxter von kleinen und mittelstän-

dischen Unternehmen geprägt. Daraus ergeben sich gute Arbeitsmarktchancen auch für Zugewanderte. Dies zeigt sich auch an der niedrigen Arbeitslosenquote, die mit 4,1 Prozent unter dem landesweiten Durchschnitt liegt. Zur Unterstützung von Geflüchteten, Unternehmen sowie weiteren Akteuren aus dem Bereich der Arbeits- und Ausbildungsmarktintegration soll zeitnah eine Koordinierungsstelle beim KI eingerichtet werden.

Ziele der Koordinierungsstelle sind:

- die Vernetzung der relevanten Akteure im Bereich der Arbeitsmarktintegration von Geflüchteten,
- die Koordinierung zentraler Einstufungstests für Integrations- und Sprachkurseangebote für Neuzugewanderte,
- Informationsveranstaltungen und Schulungsangebote für Unternehmen,
- die interkulturelle Öffnung im Arbeitsmarktbereich.

Das Streben nach Integration und einem friedlichen, nachbarschaftlichen Miteinander ist eine Triebfeder für das ehren- und hauptamtliche Engagement im Kreis Höxter. Als ländlicher Raum mit einer großen Vielzahl von Akteuren wie Vereinen, Initiativen, Migrantenselbstorganisationen, Kirchengemeinden, Schulen und ehrenamtlich Aktiven wird Integration hier als wechselseitiger und dynamischer Prozess umgesetzt, an dem Zugewanderte und Mehrheitsbevölkerung gleichermaßen gestaltend mitwirken.



Rechtsextremismus und Rassismus systematisch entgegentreten: Strategische Handlungsansätze und Angebote des Kreisintegrationszentrums Mettmann

Von Sandra Hecker, Kreisintegrationszentrum, Projektleitung „Handlungskonzept gegen Rechtsextremismus und Rassismus“

In den vergangenen Jahren sind viele Menschen neu zu uns in die Bundesrepublik Deutschland, nach Nordrhein-Westfalen und auch in den Kreis Mettmann gekommen. Sie haben hier nicht nur Sicherheit, sondern auch eine neue Heimat gefunden. Für den Kreis Mettmann ist ein von Vielfalt geprägtes und tolerantes Miteinander Grundvoraussetzung einer positiven gesellschaftlichen Entwicklung. Rechtsextremismus und Rassismus gefährden das gesellschaftliche Zusammenleben und folglich jegliche Bemühungen der Integrationsarbeit. Das Kreisintegrationszentrum geht entschieden und systematisch gegen rechtsextremistische und rassistische Orientierungen vor und hat hierzu ein umfassendes Maßnahmenpaket entwickelt.

Ausgangssituation

Verschiedene Formen der Rechtsextremismus- und Rassismusprävention finden im Kreis Mettmann seit vielen Jahren statt. Die Angebote sind von einer großen Trägervielfalt gekennzeichnet. In allen zehn kreisangehörigen Städten werden Aktivitäten durchgeführt, die im weitesten Sinne zur Rassismusprävention gezählt werden können. Allerdings liegt für den Kreis Mettmann kein transparentes und einheitliches, konsistentes Konzept zur Präventionsarbeit vor und es gibt bisher kein gemeinschaftliches Handeln. Diese Lücke soll durch das Projekt „Handlungskonzept gegen Rechtsextremismus und Rassismus“ geschlossen werden. Im Oktober 2016 beauftragte der Kreistag die Verwaltung, ein Handlungskonzept gegen Rechtsextremismus und Rassismus für den Kreis Mettmann zu erstellen und an dem Förderaufruf ‚NRWeltoffen‘ der Landeszentrale für politische Bildung teilzunehmen. Der politische Rückhalt und die Unterstützung für die Beschäftigung mit den Herausforderungen, die sich durch Rassismus und neue Formen des Rechtsextremismus in unserer Gesellschaft ergeben, war und ist im Kreis Mettmann von Beginn an außerordentlich hoch.

Konzeption

Gerade aufgrund der dargestellten Charakteristik im Kreis Mettmann mit einer Vielzahl handelnder Akteure in zehn kreisangehörigen Städten ist es von besonderer Bedeutung, dass die Planung und Umsetzung der operationalisierten Handlungsziele in einem breiten Dialog abgestimmt werden. Hierzu bedarf es eines gemeinsam erarbeiteten, integrierten Handlungskonzeptes gegen Rechtsextremismus und

Rassismus. Dieses wird in einem strukturierten Entwicklungsprozess erstellt, der bereits als Start einer gesteuerten Rechtsextremismus- und Rassismusprävention verstanden wird. Die Entwicklung erfolgt partizipativ. Gemeinsam mit einer beratenden und steuernden Expertengruppe, bestehend aus zentralen Vertretungen der zehn kreisangehörigen Städte (Integrationsbeauftragte, Jugendamtsmitarbeiter*innen), des Kreises (Vertretungen des Amtes für Schule und Bildung, des Rechts- und Ordnungsamtes), der Kreispolizeibehörde sowie der Liga der Wohlfahrtsverbände wurden folgenden Schritte konzipiert:

Flächendeckende Planung und Umsetzung von Regionalkonferenzen

Um einen möglichst realistischen Einblick in die vorhandenen Strukturen der Rassismusprävention im Kreis Mettmann zu erlangen und umfassendes Wissen über die öffentliche Meinung zu generieren, wird das Thema methodisch von verschiedenen Seiten erarbeitet. Die Beteiligung der Bürger*innen der Städte ist eines der zentralen Bestandteile. Um dies zu gewährleisten, sollen in allen kreisangehörigen Städten Regionalkonferenzen

durchgeführt werden. Zu diesen Veranstaltungen laden die Bürgermeister*innen alle Bürger*innen ein und eröffnen die Veranstaltung. Die Diskussionen werden entlang zentraler gesellschaftlicher Handlungsfelder, wie beispielsweise Bildung und Kultur, geführt.

Ziel ist es, Ergebnisse zu vorhandenen Maßnahmen, wahrnehmbaren Herausforderungen und Ideen für Handlungsansätze



Teilnehmende der Ratinger Regionalkonferenz in regem Austausch.

Quelle: Leonie Athanasiadis, IMAP Institut

ze zu generieren. In 2017 wurden bereits drei Regionalkonferenzen umgesetzt, die Weiteren sind für 2018 in der konkreten Planung.

Flächendeckende Qualifizierungsangebote und Sensibilisierung

Einrichtung einer kreisweiten Expertengruppe

Das Thema „Rassismus und Rechtsextremismus“ ist kein originäres Aufgabengebiet der klassischen Integrationsarbeit. Aus diesem Grunde wird das Expertenteam durch Impulsvorträge und Materialien für das Themenfeld qualifiziert und weiter ausgebildet. Im Jahr 2017 haben Claudio Guerra (Ministerium des Inneren des Landes Nordrhein-Westfalen; Neue Formen des Rechtsextremismus) und Prof. Paul Mecheril (Uni Oldenburg – Pädagogische Fakultät; Migration und Bildung; Rassismuskritische Ansätze) intensive Inputvorträge gehalten. Die Steuerungsfunktion für das zu erstellende Handlungskonzept übernimmt die Expertengruppe, darüber hinaus werden gemeinsame Aktionen geplant (Internationale Wochen gegen Rassismus, Aktionsfonds s.w.u.) und Strategien für eine wirksame Öffentlichkeitsarbeit ausgearbeitet.

Qualifizierung von hauptamtlichen Akteuren und der Zivilgesellschaft

Der Kreis Mettmann eröffnet hauptamtlichen und bürgerschaftlich engagierten Kräften sowie seinen Mitarbeitenden und Nachwuchskräften die Möglichkeit, in einem ganztägigen Seminar Kenntnisse und Fertigkeiten für die Arbeit gegen Rechtsextremismus und Rassismus zu erlangen. Zusätzlich wird eine im zeitlichen Umfang angepasste Form dieser Veranstaltung flächendeckend für bürgerschaftlich Engagierte angeboten. Hierdurch erfährt das zivilgesellschaftliche Engagement eine Wertschätzung und das erworbene Wissen führt zu einer weiteren Stärkung der Beteiligten.

Wirksame Öffentlichkeitsarbeit

Ein wichtiger Bestandteil im Prozess der Erstellung des Handlungskonzeptes ist es, eine öffentliche Diskussion über Rassismus und Rechtsextremismus in unserer Gesellschaft anzuregen. Die Öffentlichkeitsarbeit des Projektes geht dabei weit über die regelmäßige Information der Presse hinaus und wird durch weitere öffentlichkeitswirksame Aktionen und Maßnahmen ergänzt bzw. flankiert. So wurde unter anderem ein Aktionsfonds eingerichtet, um Initiativen,

Bündnisse, Schulen etc. in ihrem Engagement gegen Rassismus zu fördern. Der Aktionsfonds soll insbesondere engagierte Jugendliche bei der Umsetzung ihrer Projekt- oder Veranstaltungsidee unterstützen und somit deren wichtigen zivilgesellschaftlichen Einsatz gegen Vorurteile und Diskriminierung fördern. Des Weiteren hat Landrat Thomas Hendele Ende 2017 unter dem Motto „Kreativ gegen Rassismus“ weiterführende Schulen und öffentliche Jugendeinrichtungen im Kreis Mettmann aufgerufen, sich an einem Kreativwettbewerb gegen Rassismus zu beteiligen.

Durch die Teilnahme am Wettbewerb beschäftigen sich kreisweit Jugendliche umfassend mit den Erscheinungsformen von Fremdenfeindlichkeit und bringen dies künstlerisch zum Ausdruck. Insgesamt wurden bis Ende 2017 135 Bilder, Collagen, Videos, Rapsongs u.v.m. eingereicht. Ausgewählte Werke werden während der Internationalen Wochen gegen Rassismus (März 2018) an öffentlichen Gebäuden des Kreises und der kreisangehörigen Städte großflächig ausgestellt. Eigens für die Öffentlichkeitsarbeit im Rahmen des Handlungskonzeptes wurden zwei Logos entwickelt, die bereits vielfältig Anwendung finden.



Logo „Mein Kreis für Vielfalt und Toleranz“.

Quelle: Kreis Mettmann



Öffentlichkeitswirksames Logo für die rassismuskritische Arbeit des Kreises Mettmann.

Quelle: Kreis Mettmann

Anfang 2018 werden ca. 15.000 Aufkleber des Kennzeichenlogos kostenfrei an die Bürger*innen des Kreises ausgegeben.

Ausblick

Die Durchführung der bisherigen Regionalkonferenzen hat in den kreisangehörigen Städten einen wichtigen Anstoß zur gemeinsamen Diskussion gegeben. Diese



Plakate und Postkarten bewarben den Wettbewerb kreisweit in allen Schulen und öffentlichen Einrichtungen.

Quelle: Kreis Mettmann

bildet zugleich den Auftakt, das Thema vor Ort weiter aufzugreifen und die dargestellten Angebote des Kreisintegrationszentrums mit den Kooperationspartnern vor Ort umzusetzen.

Die in den Regionalkonferenzen bekundeten Bedarfe werden vom Projekt- und Expertenteam aufgegriffen, indem z.B. Ansätze für die weitere Arbeit und Vernetzung vor Ort entwickelt werden. Auch die während des Projektes aufgebaute landesweite Vernetzung durch die Landeszentrale für politische Bildung ermöglicht einen Transfer von erprobten Maßnahmen in den Kreis sowie aus dem Kreis Mettmann heraus.

Nach Abschluss der Durchführung der Regionalkonferenzen Ende 2018 werden alle Ergebnisse zusammengeführt und für die Veröffentlichung eines Handlungskonzeptes gegen Rechtsextremismus und Rassismus systematisiert. Das Konzept dient als wichtige Grundlage für eine strategisch ausgerichtete Arbeit des Kreises Mettmann mit seinen Kooperationspartnern gegen Rassismus und Rechtsextremismus.

Aber bereits der Weg dahin zeigt: Der Prozess um die Erarbeitung eines Handlungskonzeptes löst Handeln aus! Jetzt schon erfährt das Kreisintegrationszentrum für die Arbeit gegen Rechtsextremismus und Rassismus eine breite Unterstützung der Bevölkerung und der Fachkräfte vor Ort.



„Neue Zuwanderer – neue Herausforderungen – neue Ansätze“ – Aktuelle Entwicklungen in der Arbeit des KI im Rheinisch-Bergischen Kreis

Von Nurhan Dogruer-Rütten,
Leiterin des Kommunalen Integrationszentrums
im Rheinisch-Bergischen Kreis

In den letzten drei Jahren sind viele Menschen aus den Krisenregionen der Welt in den Rheinisch-Bergischen Kreis zugereist. Mit ihnen ist auch die kulturelle und sprachliche Vielfalt in unseren Städten und Gemeinden größer geworden. Ob als Geflüchtete, als Angehörige der EU oder als Arbeitsmigranten: Die Menschen, die in den Rheinisch-Bergischen Kreis gekommen sind und weiterhin kommen, verfügen über sehr unterschiedliche Biografien, Bildungskarrieren, Sorgen und Ängste, Wünsche und Träume. Gekommen sind viele Menschen mit einem Bruch in ihrer Lebensbiografie, die sich hier Orientierung und Unterstützung erhoffen und neue Perspektiven für sich und ihre Familien erschließen wollen. Diese Menschen haben sehr unterschiedliche Anforderungen an Behörden und an die praktische Integrationsarbeit. Für die Integrationsarbeit vor Ort bringt die neue Einwanderung auch neue Herausforderungen mit sich.

Mit möglichst passgenauen Angeboten unterstützt das KI die Integration von Menschen aus Einwandererfamilien. Aus der Vielfalt der – auf unterschiedliche Einwanderungsphasen, Altersgruppen, Geschlechter und Herkunft abgestimmten – Angebote werden im Folgenden vier bewährte bzw. im Aufbau befindliche Angebote vorgestellt.

Die Auswahl dieser vier Ansätze/Projekte erfolgt unter dem Gesichtspunkt, unterschiedliche Phasen des Seiteneinstiegs in schulische und berufliche Bildung einerseits zu betrachten und andererseits Maßnahmen zur Unterstützung der Behörden im Kreis und in den ihm angehörigen Gemeinden darzustellen. Um zu zeigen, dass sich die Vielzahl der neuen Herausforderungen nicht alle auf einmal fachlich beantworten lassen, wird auf bereits realisierte und auf noch im Aufbau befindliche Projekte eingegangen.

Folgende bereits realisierte Projekte sind im Rheinisch-Bergischen Kreis schon etabliert:

„Materialkoffer“ für den Unterricht mit neuzugewanderten Schülerinnen und Schülern in den ersten Wochen des Schulbesuchs

Das KI im Rheinisch-Bergischen Kreis führt seit seiner Gründung regelmäßig Netzwerktreffen mit Lehrkräften durch. Im Rahmen eines dieser Treffen wurde von Seiten vieler Lehrkräfte erheblicher Bedarf an geeignetem Arbeitsmaterial, insbesondere für die ersten Unterrichtswochen mit Schülerinnen und Schülern ohne Deutschkenntnisse, bekundet.

Um diese Nachfrage bedienen zu können, hat das KI in Zusammenarbeit mit der Fachberaterin „Migration“ im Schulamt

Unterrichtsmaterial für die Deutschförderung von neuzugewanderten Schülerinnen und Schülern zusammengestellt und entwickelt. Dabei konnte zu einem großen Teil auf autorisiertes didaktisches Material zurückgegriffen werden, weil verschiedene Verlage der Nutzung von Auszügen der von ihnen vertriebenen Unterrichtsmaterialien zu dem konkreten pädagogischen Zweck der Erstförderung junger Geflüchteter zustimmten. Dabei kam dem KI auch seine bereits bestehende Zusammenarbeit mit Schulverlagen zu Gute, die sich zum Beispiel in Materialmessen für ehrenamtliche Flüchtlingshelferinnen und -helfer sowie für professionelle Lehrkräfte bewährt hatte.

Das gesamte Unterrichtsmaterial wurde als „Materialkoffer“ gebündelt, zur Ansicht in der Mediathek des KI bereitgestellt und zusätzlich über Lehrkräfte mit Multiplikatorenfunktion auf einem USB-Stick an die Schulen verteilt.

Der „Materialkoffer“ kam bereits in zahlreichen Schulen zum Einsatz. Die Rückmeldungen der Lehrkräfte sind durchweg positiv, sodass ein hoher Nutzen bei relativ geringen Kosten festgestellt werden kann.

Dolmetschpool

Mit der Flüchtlingswanderung aber auch mit der Einwanderung aus Osteuropa geht eine deutliche Verschiebung innerhalb der im Kreis anzutreffenden Sprachenvielfalt einher. Im November hat das KI deshalb mit Mitteln des Landesministeriums für Kinder, Familie, Flüchtlinge und Integration einen niedrigschwelligen Dolmetschdienst eingerichtet. Mit diesem Dienst unterstützt das KI Einrichtungen und Behörden – allerdings nicht Einzelpersonen – bei sprachlichen und soziokulturellen Verständigungs-

schwierigkeiten. Sprach- und Integrationsmittler werden über den Sprachmittlerpool „bikup“ – Bildung, Kultur, Partizipation und der Servicestelle Sprach- und Integrationsmittlung „Sprint“ gewonnen, qualifiziert und eingesetzt. Von Beginn an ist der Service rege in Anspruch genommen worden. Die hier angebotenen Dienstleistungen liegen unterhalb des Niveaus diplomierter Dolmetscher. Dennoch sind die vom Sprachmittler-Pool angebotenen Dienste für die Klärung und Bewältigung von Alltagssituationen vollkommen ausreichend. Das KI achtet sehr darauf, dass für z. B. therapeutische Gespräche und komplizierte Rechtsfälle eine dafür angemessene Lösung außerhalb des Pools gefunden wird.

Ergänzend dazu können aus den Landesmitteln auch Ehrenamtsinitiativen, in denen Personen die sprachliche Begleitung von Geflüchteten oder anderen Eingewanderten übernehmen, eine Aufwandsentschädigung erhalten.

Diese Projekte sind inzwischen im Kreis im Aufbau begriffen:

„Alphapaten – Studierende unterstützen bei der Alphabetisierung

Kinder und Jugendliche an weiterführenden Schulen, die geringfügig oder gar nicht in der lateinischen Schrift alphabetisiert sind, sollen mit dem im Aufbau befindlichen Projekt „Alphapate“ Unterstützung bei ihrem Alphabetisierungsprozess durch Studierende aus den umliegenden Universitäten erhalten. Zu diesem Zweck hat das KI gezielt Studierende entsprechender Fachrichtungen angeworben. Die Studierenden sollen von Lehrkräften des KI auf ihre Aufgabe als Alphabetisierungspaten

vorbereitet werden. Während der auf zunächst zwei Jahre projektierten Einsatzphase soll das KI qualifizierend und beratend (z.B. zu vorhandenem Unterrichtsmaterial) zur Verfügung stehen. Der Einsatz der Studierenden soll gegen Honorar erfolgen. Für die Förderung werden Mittel aus dem Bildungs- und Teilhabepaket sowie Eigenmittel des KI genutzt.

Das nach den Osterferien 2018 startende Projekt knüpft an eine erfolgreiche Kooperation mit dem Zentrum für LehrerInnenbildung (ZfL) der Universität Köln an. Seitens des ZfL werden ehemalige Teilnehmende aus dem Projekt „Prompt!“, die im Rheinisch-Bergischen Kreis wohnen, für das Alpha-Projekt angeworben. Beim Projekt „Prompt“ haben Lehramtsstudierende geflüchtete Kinder und Jugendliche in Notunterkünften in Deutsch gefördert.

Der Einsatz der Studierenden wird ein- bis zweimal in der Woche im Tandem in einer kleinen Gruppe von max. 4 Kindern oder in einem Betreuungsverhältnis 1:1 erfolgen. Zahlreiche Schulen haben bereits ihr Interesse an der Mitwirkung bekundet. Das endgültige Projektnetzwerk wird im ersten Quartal 2018 abgestimmt. Von diesem Projekt versprechen sich KI, das ZfL und die interessierten Schulen eine spürbare Entlastung des regulären Lehrpersonals, ein rascheres Sprachenlernen der jungen Geflüchteten und nicht zuletzt eine an Praxisanforderungen ausgerichtete Qualifizierung künftiger Lehrerinnen und Lehrer.

Jobpate im Übergang von der Schule in den Beruf

„Jobpate“ lautet der Titel eines für das Schuljahr 2018/2019 in Angriff genommenen Projekts, das auf folgenden bereits existierenden Angeboten des KIs im Übergang von der Schule in den Beruf aufbaut:

- Seiteneinsteigerberatung des KI,
- Informationsveranstaltungen für Jugendliche zum Ausbildungssystem, an denen Lehrkräfte, Eltern, ehrenamtliche Helfer teilnehmen,
- jährliche Info-Messe „Mein Beruf, meine Zukunft – mit Ausbildung zum Erfolg“ in Kooperation mit dem Koordinierungsbüro „Übergang Schule-Beruf“.

Zielgruppe dieser Veranstaltung sind neu zugewanderte Jugendliche, die von Experten z. B. den Wirtschaftskammern, von Ausbildungsbetrieben und Berufsberatungen sowie Bildungs- und Beschäftigungseinrichtungen über das duale Ausbildungssystem, Berufe, Förderangebote und Maßnahmen informiert werden. An dieser Veranstaltung nehmen jeweils über 100 Schülerinnen und Schüler teil.

Seit Ende 2017 unterstützen auf Initiative des KI sogenannte Lernbegleiter intensiv und kontinuierlich Auszubildende mit Ausbildungsduldung, um deren Start in das Berufsleben zu fördern. Das KI hat Gruppen bis zu max. 6 Auszubildenden aus den Bereichen KFZ Mechatronik / Metallbau und Friseur eingerichtet, in denen einmal wöchentlich im Rahmen einer Doppelstun-

de Ehrenamtler den theoretischen Teil der Ausbildung aufarbeiten. Die Ehrenamtler werden in ihrer Aufgabe als Lernbegleiter durch das KI begleitet. Dazu gehört die Bereitstellung von Fördermaterialien, pädagogische Beratung sowie das Angebot von Fortbildungen

In Ergänzung der o.g. Angebote sollen demnächst „Jobpaten“ helfen, die vielen Hürden, die Jugendliche mit Migrationshintergrund beim Übergang in betriebliche bzw. duale Berufsausbildung zu überwinden haben, erfolgreich nehmen zu können. Die Jobpatin bzw. der Jobpate sollen als unabhängige Helfer mit guten Kontakten zu ansässigen kleinen und mittleren Betrieben den erfolgreichen Einstieg in eine Ausbildung unterstützen und in der ersten Phase des Jobeinstiegs begleiten. Die konkreten Aufgaben sind auf die individuellen Bedürfnisse der oder des Jugendlichen abgestimmt. Der Motivationserhalt bei auftretenden Schwierigkeiten ist die wichtigste Aufgabe, die dem Jobpaten zukommt und seine Funktion als „Fürsprecher“. Das KI ist dabei, einen Zirkel an ehrenamtlichen „Jobpaten“ aufzubauen, die im Betreuungsverhältnis 1:1 eingesetzt werden sollen. Gefunden werden diese Paten über den eigenen KI-Ehrenamtsnewsletter und über den direkten Kontakt zu zahlreichen Ehrenamtsinitiativen im Rheinisch-Bergischen Kreis.

EILDienst LKT NRW
Nr. 2/Februar 2018 50.50.00



„Deutschstart – gemeinsam!“ – Eine Projektfamilie für Personen, die neuzugewanderte Kinder, Jugendliche und Erwachsene im Kreis Paderborn unterrichten

Von Konstanze Allwardt, Projektleiterin im Handlungsfeld Durchgängige Sprachbildung des Kommunalen Integrationszentrums Paderborn¹

Klasse 5 Biologieunterricht. 28 Schülerinnen und Schüler mikroskopieren eine Zwiebelhaut – aber mit verschiedenen Herangehensweisen. Die Lehrkraft bietet unterschiedliche Lernmaterialien, die den jeweiligen Sprachkompetenzniveaus angepasst sind. Einige Schüler arbeiten mit geringen Sprachhilfen, andere mit einem sprachsensibel gestaltetem Arbeitsblatt. Umgesetzt wird hier das Prinzip des sprachsensiblen Fachunterrichts.

Passgenau setzen hier die Projekte von „Deutschstart – gemeinsam!“ an und unterstützen Schulen im Primar- und Sekundarbereich, Lehrkräfte bzw. jugendliche Sprachbegleiter und Ehrenamtliche beim Umsetzen der durchgängigen Sprachbildung. Nicht erst durch erhöhte

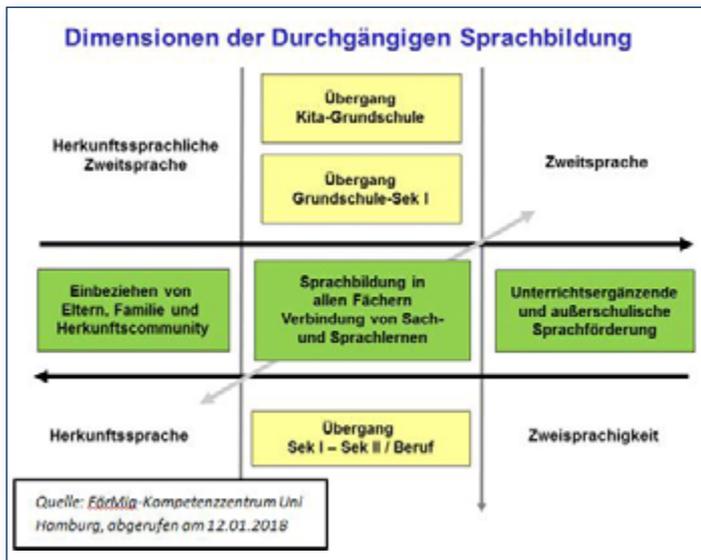
Anforderungen durch Neuzugewanderte stellt sich gesellschaftspolitisch ein Bedarf an sprachsensibler Unterrichtsgestaltung, vielmehr muss dieses Konzept im Hinblick auf alle Schülerinnen und Schüler jeglicher sozialer Herkunft mitgedacht werden. Beim Prinzip der durchgängigen Sprachbildung

geht es vor allem darum, Schülerinnen und Schüler sprachsensibel in allen Fächern zu unterrichten. Besonders mit Blick auf Kinder und Jugendliche mit Migrationshinter-

¹ Unter Mitwirkung von Lukas Mukadi (Praktikant)

grund wurde an den Universitäten Hamburg und Berlin (FörMig²) das Modell der durchgängigen Sprachbildung etabliert.

der durchgängigen Sprachbildung. Initiiert wurde das Projekt vom kommunalen Integrationszentrum in Kooperation mit dem Kompetenz-

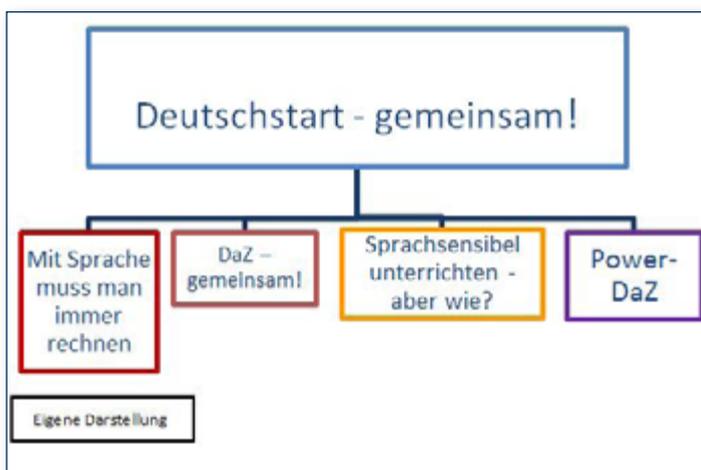


Dimensionen der durchgängigen Sprachbildung. Quelle: FörMig

Ziel ist es, entlang der Bildungsbiografie des Kindes (vertikale Dimension) und in allen Bereichen schulischen- und außerschulischen Lebens (horizontale Dimension) Mehrsprachigkeit zu berücksichtigen und alle Kinder und Jugendliche zur Bildungssprache zu befähigen. Für das Bildungs- und Integrationszentrum Kreis Paderborn ergibt sich aus diesem Grundgedanken heraus eine Vielzahl an Projekten, die unmittelbar den Bildungseinrichtungen der Region zugute kommen sollen. Vorgestellt werden hier vier Projekte, die unter dem Dachprojekt „Deutschstart – gemeinsam!“ zusammengefasst sind.

lungsprozess. In einem ersten Schritt wird dazu eine Ist-Zustand-Analyse durchgeführt, wobei ressourcenorientiert und nicht defizitär geblickt wird. Dabei ist der momentane Umsetzungsstand zur Etablierung der durchgängigen Sprachbildung von Schule zu Schule unterschiedlich. Der Prozess orientiert sich an den individuellen Bedarfen der jeweiligen Schule. Die durchgängige Sprachbildung soll als Gesamtkonzept für Schule und Unterricht im Schulkonzept verankert werden. Dabei führt der sprachförderliche Unterricht alle Schülerinnen und Schüler von der Umgangssprache zur Bildungssprache. Methodisch bedient sich das

Projekt der systematischen Organisationsentwicklung und dem agilen Projektmanagement. So werden Leitziele formuliert und selbst definierte Maßnahmen umgesetzt, um das Sprachbildungskonzept langfristig in den Unterricht zu integrieren. Im neuen Schuljahr soll eine neue Fortbildungsreihe starten.



Deutschstart – gemeinsam! Quelle: Kreis Paderborn

„Mit Sprache muss man immer rechnen“

Seit Oktober 2017 richtet sich das Projekt an Schulleitende und Ansprechpartner

„DaZ-gemeinsam!“

„DAZ gemeinsam“ ist eine Fachbibliothek im Rahmen der Lern- und Forschungswerkstatt „Deutsch-Treff“ der Uni Pader-

born. „DaZ-gemeinsam!“ stellt eine große Auswahl an aktuellen Lehrwerken und Unterrichtsmaterialien aus dem Bereich „Deutsch als Zweitsprache“ und „Deutsch als Fremdsprache“ bereit. Das Lehr- und Unterrichtsmaterial kann von allen Personen eingesehen und ausgeliehen werden, die neu zugewanderte Kinder, Jugendliche und Erwachsene unterrichten. Zugänglich ist die Fachbibliothek während der regulären Öffnungszeiten des Deutsch-Treffs. Darüber hinaus werden verlagsgebundene Workshops und Beratung angeboten.

Themenbezogene Workshops „Sprachsensibel unterrichten – aber wie?“

Ein weiteres Angebot des kommunalen Integrationszentrums in Kooperation mit dem Kompetenzteam für den Kreis Paderborn sind einzelne themenbezogene Workshops. Dort kann sich jede interessierte Lehrkraft der Sekundarstufe I, ein für sich relevantes Themengebiet herausuchen, ohne an eine gesamte Reihe von Veranstaltungen gebunden zu sein. Es bietet Qualifizierungen zu Lernmodellen wie zum Beispiel „Scaffolding“.

Power DAZ

Bei „Power DAZ“ handelt es sich um ein Angebot für jugendliche Sprachbegleiter der Sekundarstufen I und II. Sie betreuen Mitschüler mit Zuwanderungsgeschichte der Klassen 5-7 beim Erwerb der deutschen Sprache. Die Schüler gewinnen Handlungssicherheit bei den Hausaufgaben, um diesen Mitschülern gezielt dabei zu helfen, die großen Anforderungen der Hausaufgaben in der für sie noch ungewohnten Sprache zu bewältigen. Die Sprachbegleiter bekommen Grundlagen des DaZ Unterrichts vermittelt, Rüstzeug, um eventuell auftretende Konflikte zu lösen und erhalten zudem die Möglichkeit, sich ehrenamtlich zu engagieren. Die Schülerinnen und Schüler mit Zuwanderungsgeschichte mit ihren Sprachbegleitern können sich zudem über alle Fragen rund um Schule austauschen. Das Projekt wird in Kooperation mit einer Realschule und einem Gymnasium seit Februar 2018 durchgeführt und soll als fester Bestandteil an den Schulen etabliert werden.

EILDienst LKT NRW Nr. 2/Februar 2018 50.50.00

² Kompetenzzentrum Förderung von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund



Ältere Menschen mit Migrationshintergrund – eine wichtige Aufgabe des Kommunalen Integrationszentrums im Kreis Recklinghausen

Von Sabine Fischer, Fachdienstleiterin Kommunales Integrationszentrum, Kreis Recklinghausen

Im Kreis Recklinghausen leben rund 120.000 Menschen mit Zuwanderungs-/Migrationsgeschichte. Mit Beschluss des Kreistags vom 11.03.2013 wurde im Kreis ein Kommunales Integrationszentrum (KI) eingerichtet. Es ist eine Einrichtung in alleiniger Trägerschaft des Kreises, die organisatorisch dem Fachbereich Soziales zugeordnet ist. Das KI ist zuständig für interkulturelle Arbeit mit den Schwerpunkten Integration durch Bildung und Integration als kommunale Querschnittsaufgabe. Vernetzung/Austausch/Zusammenarbeit der Akteure und Koordinierung der Aktivitäten im Bereich der Integration von zugewanderten Menschen sind ebenfalls Aufgaben des KI. In den Jahren 2015-2017 hat das KI die Flüchtlingshilfe unterstützt und das Ehrenamt mit unterschiedlichen Maßnahmen gestärkt.



Die Handlungsfelder des Kommunalen Integrationszentrums im Kreis Recklinghausen.

Quelle: KI Kreis Recklinghausen

Das Kommunale Integrationszentrums im Kreis Recklinghausen nimmt folgende Aufgaben wahr:

Frühe Bildung

Das KI engagiert sich mit dem Ziel, die Bildungschancen und Teilhabemöglichkeiten der Kinder und Jugendlichen zu verbessern und die Chancengleichheit im Hinblick auf Schule und Ausbildung zu erhöhen. Es steht den Einrichtungen zur Beratung und Qualifizierung von Fachkräften und Multiplikatoren/-innen zur Verfügung und begleitet sie bei der interkulturellen Öffnung im Elementar- und Primarbereich. Einen besonderen Stellenwert nehmen die Themen „Durchgängige sprachliche Bildung“ und „Zusammenarbeit mit Eltern“ ein. Das KI unterstützt bei der Einführung und Weiterführung der Elternbildungsprogramme Griffbereit, Rucksack KiTa und Rucksack Schule, die bundesweit und in

europäischen Ländern erfolgreich umgesetzt werden und Mehrsprachigkeit als Chance und Ressource begreifen.

- Austauschtreffen zu den Anschlussperspektiven von Abgängern aus den IFK

Senior/-innen

Das Thema „Senioren/-innen mit Zuwanderungsgeschichte“ bleibt nicht zuletzt



Elternbildungs-Programme.

Quelle: LaKi KI

Seiteneinsteiger/-innen

Das KI hat hier folgende Aufgaben übernommen bzw. ist maßgeblich daran beteiligt:

- Stärkung des Netzwerkes der Berater/-innen für Seiteneinsteiger/-innen in den Städten
- Erhebung von Zahlen zur Vermittlung von neu zugewanderten Kindern und Jugendlichen an die Schulen
- Austausch und Kooperation mit verschiedenen Akteuren/-innen, z.B. Schulen, Lehrer/-innen, Schulaufsicht, Kein Abschluss ohne Anschluss, Schulverwaltungsämter, Flüchtlingsberater/-innen
- Vermittlung von neu zugewanderten Jugendlichen an Berufskollegs in die Internationalen Förderklassen (IFK)
- Vermittlung von neu zugewanderten Jugendlichen der Altersgruppe 18-25 an Berufskollegs in die Fit für mehr-Klassen (FFM)

aufgrund des weiter fortschreitenden demografischen Wandels ein Schwerpunkt der Arbeit des KI Kreis RE. Einige beispielhafte Themen für die weitere Arbeit des KI:

- Familie und soziales Netz (Sprache, Mobilität, Infos zur Gesundheit, bestehende Angebote, Förderung und Ausbildung von Lotsen/-innen)
- Ruhestand und soziale Einbindung (Übergang von der Berufstätigkeit in den Ruhestand, Kontakte und Treffpunkte, Bildung, bestehende Angebote)
- Alter und Pflege (praktische Unterstützung im Alter, Vorbeugungsmaßnahmen und bestehende Angebote, Zusammenarbeit mit Pflegefachschulen zum Thema kultursensible Pflege),
- Berufsfeld „Gesundheit und Pflege“ näher bringen (in Zusammenarbeit mit dem Jobcenter, Beratungsstellen, Wohlfahrtsverbänden, weiteren Akteuren)

Interkulturelle Öffnung

Eine gute Grundlage für die interkulturelle Öffnung der Kreis- und Stadtverwaltungen hat der Kreis RE bereits durch das von 2012-2014 durchgeführte Bundesförderprojekt Option Kultur geschaffen. Im Rahmen des Projekts wurden Arbeitskreise gebildet, interkulturelle Schulungen für Beschäftigte und ehrenamtlich Tätige mit unterschiedlichen auf die jeweilige Aufgabenstellung zugeschnittenen Inhalten angeboten, Kompetenzen der Beschäftigten erweitert und Zugangsbarrieren sowie Abgrenzungsmechanismen abgebaut. Da interkulturelle Öffnung ein fortwährender Prozess sein muss, hat sich das KI zur Aufgabe gemacht, die mit Option Kultur und der Arbeit des KI in den Jahren 2016 und 2017 angestoßenen Prozesse fortzuführen und neu anzulegen.

Arbeitsmarktlotsen/-innen

Hauptziel des Einsatzes von Arbeitsmarktlotsen/-innen ist die Unterstützung von Menschen mit ausländischen Berufsabschlüssen bei der Integration in den Ausbildungs- und Arbeitsmarkt. Sie beraten und begleiten bei Behördengängen und vielen anderen Situationen des Alltags. Der gemeinnützige Verein Interkulturelle Arbeitsmarktlotsinnen und -lotsen in der Emscher-Lippe-Region e.V. wird durch das KI unterstützt und begleitet.

Datenbank für Integrationsangebote

Das KI startete nach umfangreicher Rechercharbeit im Februar 2017 mit seiner Datenbank mit ca. 300 Angeboten, die inzwischen über 600 Angebote enthält und viele Zugriffe verzeichnet. 2018 sollen

Good Practice Beispiele aus der Integrationsarbeit und ein Institutionenhandbuch das Angebot erweitern.

Projekte & Fördermittel

Das KI hat von Beginn an Projekte beantragt und umgesetzt, was anhand der unten stehenden Grafik dargestellt wird.

KOMM-AN NRW im Kreis RE

Zur Wertschätzung und Anerkennung der Arbeit der vielen Ehrenamtlichen hat das Land NRW für die Jahre 2016/2017 das Programm KOMM-AN NRW entwickelt, mit dem konkrete Maßnahmen zur Integration von Neuzugewanderten unterstützt werden.

In 2016 konnten darüber 604 Maßnahmen kreisweit gefördert und erfolgreich umgesetzt werden. Für das Jahr 2017 sind 580 Maßnahmen beantragt worden. Durch die KOMM-AN Förderung und eine enge Begleitung und Netzwerkarbeit des KI konnte die Bedeutung des KIs und der Kontakt zu den haupt- und ehrenamtlichen Akteuren intensiviert werden. Ein weiterer wichtiger Baustein im Rahmen des KOMM-AN-Förderprogramms ist im Kreis RE die Umsetzung von Fortbildungen für ehrenamtliche Helfer/-innen. Bis Ende 2017 liefen bereits drei halbjährliche Fortbildungsreihen zu Themen, wie z.B.

- Integration ins Bildungssystem/in den Ausbildungs- und Arbeitsmarkt
- Rechtsextremismus und Diskriminierung
- Verkehrserziehung
- Umgang mit traumatisierten Geflüchteten
- Interkulturelle Kompetenz

Der enge Kontakt zu den ehrenamtlich Tätigen ist sehr wichtig für das KI. Bisher wurden ca. 280 Teilnehmer/-innen

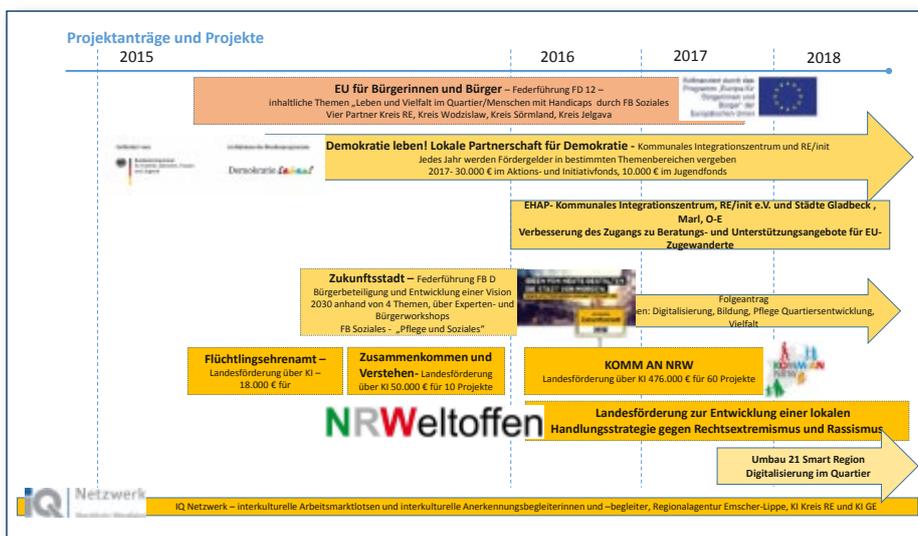
geschult. Durch den aktiven Austausch in den Fortbildungen können Bedarfe und Wünsche für die Arbeit vor Ort aufgenommen und im besten Fall direkt in Maßnahmen umgesetzt werden.

Kreisweites gemeinsames Integrationskonzept

In den Jahren 2015 und 2016 war auch im Kreis RE die „Versorgung“ der Menschen, die in den Kreis gekommen sind, vorrangig. Sehr schnell zeigten sich unterschiedliche Vorgehensweisen und Strukturen in den Städten. Akteure wussten nicht voneinander, Angebote endeten an den Stadtgrenzen und ehrenamtliche Akteure organisierten sich selbständig bzw. waren nicht in städtische Strukturen einbezogen. Hier setzte das KI mit seiner gesetzlich vorgesehenen koordinierenden Arbeit an. Es entstand die Idee, den Akteuren eine Möglichkeit zu bieten, sich auszutauschen, zu vernetzen und ihre Probleme in der täglichen Arbeit zu benennen. Wo können wir kreisweite Prozesse und Aufgaben darstellen und wo müssen individuelle städtische Lösungen gefunden, aber transparent dargestellt werden? Wie können wir voneinander lernen? Unter Einbezug aller Akteure, Kommunen, Wirtschaft und Zivilgesellschaft sollen grundsätzliche und langfristige Festlegungen zu lfd. Handlungen erfolgen und so aufeinander abgestimmt werden, dass das Gemeinsame im Vordergrund steht und Einzelinteressen in den Hintergrund rücken.

Das KI und die Städte arbeiten an einem gemeinsamen Konzept. Darunter ist nicht ein Integrationskonzept wie in anderen Kommunen zu verstehen, sondern vielmehr eine Handlungsstrategie, die die Individualität der Integrationsarbeit in den Städten aufnimmt. Denn, was sich in einer Stadt bewährt hat, soll dort auch fortgeführt werden, auch wenn die Vorgehensweise in anderen Städten nicht umsetzbar wäre. In diesem Arbeitsprozess mit allen Akteuren zeigten sich deutliche Unterschiede, die hier einmal anhand des Handlungsfelds Wohnen beispielhaft aufgezeigt werden sollen:

Eine der zentralen Fragen bei der Unterbringung von Neuzugewanderten ist die Prioritätensetzung entweder für zentrale Unterkünfte oder für dezentrales Wohnen. In fast allen Städten des Kreises Recklinghausen gilt der Grundsatz, möglichst viele Flüchtlinge in Wohnungen unterzubringen und die zentralen Unterkünfte nur als notwendige Übergangslösungen anzusehen. In einzelnen Städten wird aber die zentrale Unterbringung priorisiert, weil es an Wohnraum insbesondere für 1-2 Personenhaushalte fehlt und die Unterbringung



Laufende Projektanträge und Projekte.

Quelle: KI Kreis Recklinghausen



Dezernenten/-innen und Fachbereichsleitungen des Bereichs Soziales des Kreises und der Städte und Frau Hanke von Willkommen bei Freunden. Quelle: Kreis Recklinghausen



Fachbereichsleiterin Soziales des Kreises Frau Eckhorst und Frau Hanke von Willkommen bei Freunden bei der Unterzeichnung der Vereinbarung. Quelle: Kreis Recklinghausen

in Sammelunterkünften kostengünstiger ist. In diesen Städten wird nur bei großen Familien Wohnen außerhalb der Unterkünfte befördert. Vor- und Nachteile einer zentralen oder dezentralen Unterbringung von Neuzugewanderte wurden intensiv diskutiert. Ähnliche Diskussionen wurden in weiteren Handlungsfeldern geführt.

Für die Arbeit an der gemeinsamen Handlungsstrategie für die Integrationsarbeit wurde über das Bundesförderprogramm Willkommen bei Freunden-Bündnisse für junge Geflüchtete eine Prozessbegleitung gestellt. Mit der Unterzeichnung einer gemeinsamen Erklärung durch Städte, Kreis und Willkommen bei Freunden startete der Prozess. Die folgenden Ziele wurden vereinbart:

- Erarbeitung eines kreisweiten Integrationskonzeptes für Neuzugewanderte
- Schaffung von Transparenz in der Flüchtlingsarbeit

- kreisweite Zusammenführung der Integrationsarbeit

In einer Workshop-Reihe mit Akteuren in der Integrationsarbeit (Verwaltungen, Wohlfahrtsverbände, Vereine, Kirchen, Ehrenamtliche, Institutionen, Bildungssträger, Schule, KiTa) wurde zu verschiedenen Themen die aktuelle Situation in allen Städten analysiert, Stärken herausgearbeitet und Bedarfe festgestellt.

Insgesamt sieben Handlungsfelder wurden für den gemeinsamen Prozess identifiziert. Zu allen Workshops wurde jeweils eine „Klimakonferenz“ durchgeführt und ent-

lang der Wettersymbole die Situation in den Städten/im jeweiligen Handlungsfeld diskutiert. Die Wetterstationen wurden nacheinander von den Teilnehmenden besucht, die Situation diskutiert und abschließend bepunktet. Das Ergebnis ist eine Ist-Analyse der Situation zum Zeitpunkt des jeweiligen Workshops. Durch die unterschiedlichen Funktionen der Teilnehmenden konnte die Situation aus verschiedenen Perspektiven (z.B. Verwaltung, Ehrenamt, Lehrer/-innen etc.) beleuchtet werden. Unterschiedliche Ansichten zur Problemlage wurden sehr lösungsorientiert und mit großem Engagement diskutiert. Der letzte Workshop dieser Reihe wurde mit rund 60 Geflüchteten und den Akteuren durchgeführt. Die Geflüchteten selbst konnten sich zu den Handlungsfeldern Bildung, Integration in Arbeit, Wohnen und Sport&Freizeit äußern und ihre Aussagen wurden mit aufgenommen.

Das KI hat die Ergebnisse und Informationen aus den Workshops aufgearbeitet und in einer 80-seitigen Broschüre veröffentlicht. Auf einem gemeinsamen Fachtag wurden sie allen Akteuren zur Verfügung gestellt. Das kreisweite Integrationskonzept ist „work in progress“. Es ist kein fertiges Dokument, denn es muss sich immer wieder an die veränderte Situation anpassen. Jede Stadt kann Ideen und Anregungen aus dem Konzept verwenden und diese an die spezifische Situation vor Ort anpassen. Je nach Handlungsfeld kann geschaut werden, ob eine städteübergreifende Zusammenarbeit sinnvoll ist und wie ein weiterer Austausch, Zusammenarbeit

Städteübergreifende Workshops in 7 Handlungsfeldern

Methode Klimakonferenz:

Sonne: Was läuft gut?
Wolken/Nebel: Was ist unklar?

Gewitter: Was muss sich ändern?
Wind: Was sind gute Ideen?

Handlungsfeld	Workshop	Tagungsort
Bildung / Sprachförderung	Bildung/ Sprachförderung für die Altersgruppe von 0-14 Jahren Bildung/Sprachförderung für die Altersgruppe ab 15 Jahren	13.10.2016 Marl 21.11.2016 Dorsten
Familie, Frauen, Kinder und Jugendliche	Familie, Frauen, Kinder und Jugendliche	03.02.2017 Recklinghausen
Integration in Ausbildung und Arbeit	Integration in Arbeit	13.10.2016 Kreis Recklinghausen/Jobcenter
Bürgerschaftliches Engagement	Bürgerschaftliches Engagement	17.11.2016 Datteln
Sport, Kultur, Religion, Freizeit	Sport	23.01.2017 Dorsten
Wohnen	Wohnen	10.01.2017 Haltern am See
Sicherheit und Rassismus	Sicherheit und Rassismus	30.01.2017 Oer-Erkenschwick
	Abschlussworkshop	10.02.2017 Kreis Recklinghausen

Städteübergreifende Workshops in sieben Handlungsfeldern. Quelle: KI Kreis Recklinghausen



Äußerungen der Geflüchteten selbst.

Quelle: KI Kreis Recklinghausen

und Umsetzung von Handlungsschritten erfolgen kann. Am Fachtag ging es darum, zu den Handlungsfeldern Ziele zu formulieren, Handlungsempfehlungen zu erarbeiten und sich auf die Akteure und Kooperationspartner im jeweiligen Handlungsfeld zu verständigen, bzw. wer mit wem an der Umsetzung arbeiten muss. Die Ergebnisse des Fachtags werden ausgewertet und fließen in die Arbeit des KIs als Aufgabenschwerpunkte ein. Das Gesamtkonzept soll den Städten als Grundlage für ein Integrationskonzept vor Ort dienen. Wie alle anderen KIs auch, greift das KI Kreis RE aktuelle Herausforderungen auf und versucht den Akteuren der Integrationsarbeit Unterstützung zu bieten. Dabei ist das KI immer auf das Mitwirken und die Zusammenarbeit mit den Akteuren in den Städten angewiesen. Für die bisherige intensive Zusammenarbeit möchte sich das KI-Team an dieser Stelle ganz herzlich bei allen Partnern bedanken.

EILDienst LKT NRW
Nr. 2/Februar 2018 50.50.00

Projektbeispiele aus den Handlungsfeldern Bildung und Querschnitt des Kommunalen Integrationszentrums des Rhein-Erft-Kreises

Von Marion Groß, Leiterin des Kommunalen Integrationszentrums, und Yvonne Rogoll und Kathrin Simon, Lehrkräfte beim Kommunalen Integrationszentrum, Rhein-Erft-Kreis

Seit der Einrichtung des kommunalen Integrationszentrums Rhein-Erft-Kreis (KI REK) im Jahr 2013 entwickelt sich das Themenfeld Integration kontinuierlich hin zu einem Querschnittsthema, das im Zentrum des Verwaltungshandelns steht. Dabei ist ressortübergreifendes, verwaltungsinternes Arbeiten ebenso notwendig wie die systematische, bedarfsorientierte Planung und Umsetzung von Angeboten. Die im Folgenden vorgestellten Projekte zeigen die erfolgreiche Vernetzung des KI REK mit lokalen Integrationsakteuren, um die initiierten Maßnahmen nachhaltig in einer kreisweiten Gesamtstrategie zu verankern.



V.l.n.r. Yvonne Rogoll, Kathrin Simon und Marion Groß.

Quelle: Rhein-Erft-Kreis

Förderung der Mehrsprachigkeit zur Unterstützung niedrigschwelliger Stadtteilarbeit

Das Erlernen der deutschen Sprache ist ein wesentlicher Indikator für gelingende Integration. Die Vermittlung des Deutschen als Zweit- und Bildungssprache ist

dabei eine besonders wichtige Aufgabe von Kitas, Schulen und anderen Einrichtungen. Das KI REK hat sich deshalb am MIKS-Projekt des Bundes beteiligt. MIKS steht für „Mehrsprachigkeit als Handlungsfeld Interkultureller Schulentwicklung“ und hat zum Ziel, die Mehrsprachigkeit von Kindern und deren Familien als Ressource zu nutzen und ein umfassendes Konzept sprachlicher Bildung zu entwickeln. Es handelt sich um ein vom BMBF (Bundesministerium für Bildung und Forschung) gefördertes Forschungsprojekt, das von der Universität Hamburg wissenschaftlich durchgeführt und evaluiert wird. Denn in einem sind sich die Forscher, Lehrkräfte und viele weitere Beteiligte einig: Wenn Kinder angeregt werden, ihre Familiensprachen in Schule und Unterricht einzubringen, ist das für alle eine wertvol-

le Bereicherung. Dabei wird die Vermittlung und Förderung der Bildungssprache Deutsch durch die Berücksichtigung der mehrsprachigen Erfahrungen der Kinder und ihrer Familien sinnvoll ergänzt. Um diesen Ansatz den beteiligten Schulen nahe zu bringen, werden OGS-Mitarbeiter und Kollegien während eines zweijährigen Professionalisierungsprozesses von einer abgeordneten Lehrkraft des KI REK begleitet. Während dieser Zeit gibt es wechselnde Phasen der Qualifizierung, der Konzeption und Erprobung von praxisnahen Vorhaben sowie deren regelmäßige Reflexion.



OGS-Mitarbeiter und Kollegien werden während des Professionalisierungsprozesses vom KI begleitet.

Quelle: Rhein-Erft-Kreis

Neben der Auseinandersetzung u.a. mit Aspekten zur Bildungssprache und lebensweltlichen Mehrsprachigkeit steht auch die Konfrontation mit der eigenen Haltung im Mittelpunkt des Projekts. So werden langfristig nicht nur die Vielfalt an Sprachen in der Schule sichtbar, sondern auch passende Unterrichtsvorhaben unter dem Einbezug von Mehrsprachigkeit evaluiert und im Regelunterricht implementiert. Nach Abschluss des Projektes können die gesammelten Erfahrungen für eine weitere interkulturelle Schulentwicklung unter besonderer Berücksichtigung der Mehrsprachigkeit von Eltern und Kindern kreisweit genutzt werden.

Im Rhein-Erft-Kreis nehmen zwei Schulen aus zwei Städten am MIKS-Projekt teil. Beide Schulen zeichnen sich durch eine Vielzahl an Sprachen und durch ansteigende Zuwanderung aus Ländern Süd-Mittel-Osteuropas aus. Die Heimatkommunen der Schulen sind auch Empfänger von Fördermaßnahmen zur Gesellschaftlichen Teilhabe und Integration Zugewandelter im Landesprojekt „Gewährung von Zuwendungen an die zehn Kreise und kreisfreien Städte in NRW, die viel Zuwanderung aus Südosteuropa erfahren“. Die Synergieeffekte, die wechselseitig sichtbar

werden bzw. sind, greift das KI REK auf, um einen Austausch unter den Beteiligten vor Ort zu moderieren und dadurch neue Maßnahmen anzulegen.

Beispielsweise hat die Stadt Wesseling im Oktober 2017 ein Stadtteilbüro eingerichtet, welches als zentrale Anlaufstelle von Bürgern dieser Staaten genutzt wird. Neben Beratung und Unterstützung bieten Fachkräfte dort u.a. eine interdisziplinäre Familienhilfe an. So soll ein niederschwelliger Zugang zu Eltern durch das MIKS-Projekt eröffnet werden, der es ermöglicht, diesen speziellen Personenkreis an

die Beratungsstelle zu vermitteln. Die positiven Erfahrungen der Familien

me Erleben im Team. Ebenso geht es um eine stärkere Anerkennung von Mädchen mit Migrationshintergrund im Sport, deren nachhaltige Etablierung im Fußball, sowie um eine gelingende Integration aller Beteiligter durch den Sport.

Das Konzept basiert auf dem vom Verein für Integration durch Sport und Bildung entwickelten Format „Kicking Girls“ und fußt auf den vier Bausteinen Partizipation, Aktivität in Vereinen, Ausbildung zum Coach und Leitung als Coach. Es richtet sich an Mädchen mit unterschiedlicher Herkunft und sozialem Hintergrund. Das KI REK hat dieses Konzept aufgegriffen und an die Bedarfe der Akteure und die Rahmenbedingungen im Rhein-Erft-Kreis angepasst.



Projekt „Mädchen am Ball - Coaches“.

Quelle: Rhein-Erft-Kreis

aus dem Schulkontext unterstützen eine Offenheit gegenüber weiteren kommunalen Integrationsangeboten.

Auch die Stadt Bergheim arbeitet schon lange mit zugewanderten entsprechenden Familien. Für einen von der genannten Personengruppe stark frequentierten Stadtteil wurde ein Konzept erarbeitet, welches Quartiersarbeit mit Schulsozialarbeit verbindet.

Die Beteiligung einer MIKS-Schule zieht die Sensibilisierung aller Mitwirkenden im Umgang mit interkulturellem Zusammenleben und Mehrsprachigkeit nach sich und besitzt somit eine Strahlkraft in den ganzen Stadtteil hinein.

Migrations sensibles Handeln im und durch Sport – „Mädchen am Ball“

Die Überzeugung, dass Sport ein wichtiger Integrationsmotor ist, veranlasste das KI REK, das Projekt „Mädchen am Ball“ zu initiieren. Ziel des Projekts ist neben der Vermittlung von Werten wie Respekt, Toleranz und Fairplay, die Förderung der Eigenverantwortung und das gemeinsa-

Mit dem Titel „Mädchen am Ball“ startete 2016 das Projekt zunächst mit der Ausbildung von 18 Schülerinnen zu „Mädchen am Ball – Coaches“ an der Deutschherrenschule in Hürth. Während eines zweitägigen Trainings wurden den Mädchen Grundlagen zur Sicherheit, zur Ersten Hilfe, zum Aufbau einer Übungsstunde und die Goldenen Regeln für das Training vermittelt. Außerdem wurde in dieser Qualifizierung vermittelt, was es heißt, ein guter Coach zu sein. Zum Abschluss der Ausbildung erarbeiteten die Mädchen einen Praxisparcours für Grundschüler. Gemeinsam mit den Ansprechpersonen an den Schulen erörterten die Mädchen anschließend, in welcher Form sie vor Ort eingebunden werden könnten. Die meisten Angebote der Coaches waren bzw. sind in den Mittagspausen der Unter- oder Mittelstufe eingebunden. Teilweise werden aber auch bereits existierende Arbeitsgemeinschaften in der eigenen Schule genutzt oder neue aufgebaut. Oft betreuen die Mädchen gemeinsam mit professionellen Trainern ein Angebot in einer Kita, Schule, bei Sportcamps oder Turnieren. Sie handeln

dabei als Vorbilder für jüngere Mädchen und werden als solche wahrgenommen. Darüber hinaus erhalten die Kinder und Jugendlichen mit ihren Familien die Möglichkeit zur Teilnahme am Vereinsleben und an Turnieren. Damit leistet das Projekt einen niedrigschwelligen Beitrag zu einer gesellschaftlichen Teilhabe. Durch die aktive Öffentlichkeitsarbeit seitens des KI REK konnte bereits im Februar 2017 das Projekt um drei weiterführende Schulen und eine Grundschule im Kreis erweitert werden. Ein erster Erfolg, welcher

nicht zuletzt durch die Einbindung von verschiedenen Kooperationspartnern ermöglicht wurde. Neben dem KI REK sind der KreisSportBund Rhein-Erft e.V. sowie der Fußballkreis Rhein-Erft zentrale Akteure. In einer neuen Auflage wurden Ende des Jahres 2017 14 weitere Mädchen zu Coaches ausgebildet. Im Februar 2018 steigen zwei weitere Grundschulen und vier weiterführende Schulen mit Angeboten im Bereich des Fußballs ein. Dann werden zwölf Schulen des Rhein-Erft-Kreises am Projekt „Mädchen am Ball“ teilnehmen.

Dieses System der Einbindung von Mädchen in den Sport zeigt, wie Integration und Teilhabe nicht nur in den Sport, sondern vor allem durch den Sport wirkt. Der Erfolg des Projektes liegt neben dem zugrundeliegenden Konzept auch an einer kontinuierlichen Begleitung durch das KI REK, an einem vielfältigen Kooperationsnetz sowie in der flexiblen Umsetzung an jeder einzelnen Schule begründet.

EILDienst LKT NRW
Nr. 2/Februar 2018 50.50.00



Das Kommunale Integrationszentrum des Rhein-Sieg-Kreises - Die Spinne im Netz der Integrationsarbeit

Von Dipl. Sozialpädagogin Antje Dinstühler,
Leiterin des Kommunalen Integrationszentrums
des Rhein-Sieg-Kreises

Auf Grund des Kreistagsbeschlusses von März 2014 wurde das Kommunale Integrationszentrum des Rhein-Sieg-Kreises (KI) am 06.11.2014 eingerichtet. Seit Beginn versteht sich das KI in der Ausrichtung seiner Tätigkeiten und Unterstützungsangebote als Dienstleister für die neunzehn kreisangehörigen Städte und Gemeinden sowie die haupt- und ehrenamtlich Tätigen in der Integrationsarbeit. Angegliedert als Stabstelle bei der Kreisdirektorin sind die ersten Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner die jeweiligen Bürgermeisterinnen und Bürgermeister der kreisangehörigen Städte und Gemeinden sowie die Führungsspitzen der freien Träger und somit ist die Integrationsarbeit im Rhein-Sieg-Kreis auf allen Ebenen zu Hause.



Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des KI mit Kreisdirektorin Anne-rose Heinze (1. v. links).

Quelle: Rhein-Sieg-Kreis

„Einer allein kann kein Dach tragen“

Dieses afrikanische Sprichwort hat sich das Kommunale Integrationszentrum des Rhein-Sieg-Kreises direkt zu Beginn seiner Einrichtung im November 2014, auch auf Bitten der bereits langjährig im Bereich Integration tätigen Akteure, zu einer seiner Maximen festgelegt. Der Wunsch nach Vernetzung, Koordination und Transparenz der bestehenden Angebote

unterstrich zudem dieses Vorhaben. Weit über 300 Kooperationspartnerinnen und Kooperationspartner zählen mittlerweile zum Netzwerk des KI und arbeiten regelmäßig oder punktuell in der gemeinsamen Struktur mit. Dabei laufen die Fäden der Kooperation bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des KI zusammen, so dass das Bild „Das KI als Spinne im Netz“ entstanden ist und sich über die Jahre etabliert hat. Wichtig ist es den – mit der Integrationsarbeit befassten – Fachbereichen der Kreis-

verwaltung in der Zusammenarbeit als Einheit nach außen aufzutreten und den Teilnehmenden den größtmöglichen Nutzen zu bieten und den Kontakt gleichzeitig unkompliziert zu gestalten. So besteht z.B. im Bereich der Bildung seit Einrichtung des KI eine Kooperation mit der Unteren Schulaufsicht und dem Schulpsychologischen Dienst. Gemeinsam werden Arbeitskreise, aber auch Fachveranstaltungen für die Lehrkräfte und das pädagogische Personal in den Sprachfördergruppen und den



„Einer allein kann kein Dach tragen“
(afrikanisches Sprichwort)

Quelle: Fotolia

Internationalen Förderklassen organisiert und durchgeführt sowie über die einzelnen Tätigkeitsbereiche Transparenz hergestellt. Gleichzeitig können sich die Teilnehmenden im Kontakt mit den drei Fachbereichen sicher sein, dass ihre Anliegen immer der richtigen Stelle zugeleitet werden, auch wenn sie von sich aus zunächst die Stelle angesprochen haben, die nicht die fachliche Ausrichtung zur Bearbeitung des Anliegens innehat.

Daneben bietet diese Kooperation noch einen weiteren Mehrwert für die praktische Arbeit am Lernort Schule. Denn jede thematische Ausrichtung der Fachveranstaltungen entsteht durch die Anregungen und Wünsche der Teilnehmenden aus den vorherigen Arbeitskreisen und Veranstaltungen. So wurde im Jahr 2015 das Thema „Umgang mit Flucht und Trauma“ behandelt, aus dem heraus in 2016 das Thema „Resilienz“ entstand, welches in 2017 in dem Thema der Veranstaltung „Umgang mit dem sozialen Umfeld von Kindern und Jugendlichen nach Flucht und Zuwanderung“ mündete. Aktuell laufen die Planungen für die Fachveranstaltung „Extremismusprävention“ für das Frühjahr 2018.

Aber nicht nur im schulischen Kontext trifft man im KI des Rhein-Sieg-Kreises Kooperationen an. Betrachtet man z.B. die letztgenannte Fachveranstaltung, so konnte dieses Format in kürzester Zeit gemeinsam mit den Kooperationspartnern von Hayat Bonn, dem Projekt 180Grad-Wende und den Kontaktbeamten Muslimische Institutionen der Kreispolizeibehörde entwickelt werden. Im Themenbereich „Integration in Ausbildung“ organisierte das KI zudem gemeinsam mit der Handwerkskammer zu Köln, der KAUSA Servicestelle Bonn/Rhein-Sieg in Trägerschaft der Otto-Benecke-Stiftung sowie dem Regionalen Bildungsbüro des Rhein-Sieg-Kreises im Herbst eine mehrsprachige Ausbildungsbörse.

Daneben werden die hauptamtlichen Ehrenamtskoordinatorinnen und -koordinatoren sowie die ehrenamtlich Tätigen von der Steuerungsgruppe Ehrenamt bestehend aus den Trägern der freien Wohlfahrtspflege und dem KI in Arbeitskreisen, Netzwerktreffen und Fachveranstaltungen in ihrer praktischen Arbeit vor Ort unterstützt und begleitet.

Dieses in alle Themenbereiche noch weiter verzweigte Netzwerk der Kooperationen des KI trägt neben der fachlichen Unterstützung wesentlich dazu bei, dass in kürzester Zeit auf die verschiedensten Anfragen aus den Kommunen oder von haupt- und ehrenamtlichen Akteuren reagiert werden kann. Gerade während der erhöhten Zuwanderung in 2015 konnten damit eine Vielzahl von kurzfristigen Unterstützungsmaßnahmen umgesetzt werden.

„Zwei Melonen kann man nicht mit einer Hand tragen“



„Zwei Melonen kann man nicht mit einer Hand tragen.“ (kurdisches Sprichwort)

Quelle: Fotolia

Das KI führt jedoch nicht nur kreisweite, sondern auch eine Vielzahl von kleineren Veranstaltungen vor Ort durch. Für diese

treten die Hauptkooperationspartner – die neunzehn kreisangehörigen Städte und Gemeinden – mit auf den Plan. Als bewährtes System werden von Seiten der Stadt oder Gemeinde in diesen Formaten die Rahmenbedingungen (wie z.B. Räumlichkeiten und Technik) gestellt, während das KI die Referentinnen und Referenten organisiert und das Anmeldeverfahren übernimmt. Thema und Ablauf der Veranstaltung werden dafür im Vorfeld gemeinsam abgestimmt. Mit diesem Verfahren können die individuell unterschiedlichen Unterstützungswünsche vor Ort erfüllt und die Nachfragen der Teilnehmenden fachlich, kommunen-spezifisch sowie kreisweit von den Referenten, der Kommune und dem KI beantwortet werden.

Im Querschnittsbereich ist das KI neben der Zusammenarbeit bei Veranstaltungen noch einen Schritt weiter gegangen, um mit seinen Partnern einen größtmöglichen Mehrwert für die Kommunen oder laut dem kurdischen Sprichwort „mehrere Hände zum Tragen der Melonen“ zu bieten. Gemeinsam mit den drei Integrationsagenturen vom Caritasverband Rhein-Sieg e.V., der Diakonie An Sieg und Rhein sowie der Kurdischen Gemeinschaft

Rhein-Sieg/Bonn e.V. wurde das Konzept zum Siegel „Interkulturell orientiert“ entwickelt. Dabei handelt es sich um eine indi-

viduelle Prozessbegleitung der Interkulturellen Öffnung von Verwaltungen, Einrichtungen und Organisationen, die gemeinsam von den vier Partnern übernommen wird, so dass die Fachexpertise der vier Institutionen zusammenfließen kann. Dieses Projekt ist im Oktober 2017 gestartet und bislang auf viel Interesse gestoßen.

„Die Europäer haben die Uhr, wir haben die Zeit“



„Die Europäer haben die Uhr, wir haben die Zeit.“ (afrikanisches Sprichwort)

Quelle: Fotolia

Zu oft wird in Europa mit den Worten „Zeit ist Geld“ auf die Uhr geachtet. Sich Zeit zu nehmen, bedeutet Luxus, den man im Alltag nicht hat. Aber ist das wirklich so? Oder spart man an anderer Stelle nicht vielleicht sogar wieder Zeit ein, wenn man eine Aufgabe mit Ruhe erledigt und dafür sicher gehen kann, dass diese zur Zufriedenheit aller umgesetzt wurde? Man könnte dem afrikanischen Sprichwort „Die Europäer haben die Uhr, wir haben die Zeit“ noch das afrikanische Sprichwort „Das Gras wächst nicht schneller, wenn man daran zieht“ folgen lassen, um es zu verdeutlichen: Integrationsarbeit benötigt von allen Beteiligten Zeit und Geduld, damit sie zum Erfolg wird.

Aus diesem Grund haben sich die Kreisdirektorin und gleichzeitige Dezernentin des KI Annerose Heinze und die Autorin im Jahr 2017 die Zeit genommen, um mit



„Das Gras wächst nicht schneller, wenn man daran zieht.“ (afrikanisches Sprichwort)



Quelle: Fotolia **Die Kommunen des Rhein-Sieg-Kreises.**

Quelle: Rhein-Sieg-Kreis

allen 19 Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern der kreisangehörigen Städte und Gemeinden persönlich vor Ort noch intensiver ins Gespräch zu kommen. Das Ziel dieser Gespräche war es, die seit Beginn der Einrichtung des KI entstandene Zusammenarbeit zu verstärken, die Ziele der gemeinsamen Integrationsmaßnahmen zu reflektieren und daran anknüpfend individuelle aber auch kommunenübergreifende Unterstützungsmaßnahmen und Kooperationen in die Wege zu leiten. Und das Ergebnis zeigte deutlich, dass zwar gerade in den Jahren 2015 und 2016 nicht mit Ruhe und einer Fülle von zeitlichen Ressourcen gearbeitet werden konnte, dass es aber sinnvoll war das ruhigere Fahrwasser im Jahr 2017 zu nutzen, um die entstandenen Strukturen nochmal auf ihre Ausrichtung hin zu überprüfen und zu stärken, wie z.B. durch die kreisweite Vernetzung der

ehrenamtlichen Strukturen. Gerade dieser Kontakt auf Ebene der Hauptverwaltungsbeamtinnen und -beamten beeindruckte Frau Staatssekretärin Güler bei ihrem Besuch des KI im Rahmen ihrer Sommertour am 11.08.17: Dass im Rhein-Sieg-Kreis die Integration auf der Ebene der Behördenleitungen angesiedelt wird, sei „ein starkes Zeichen“.

„Der kürzeste Weg zwischen zwei Menschen ist ein Lächeln“ – Das Resümee

Eine Umfrage im März 2017 hat gezeigt, dass sich sowohl die Arbeit als auch das KI als Institution als wichtiger Kooperationspartner in der Integrationsarbeit bewährt hat. Das KI hat die ihm zugeschriebene Funktion als Spinne im Netz der Integrationsarbeit übernommen und füllt diese

aus. Dabei werden die Fäden immer enger geknüpft und der Rhein-Sieg-Kreis wächst in der Integrationsarbeit zusammen. In den letzten drei Jahren wurde eine Vielzahl an Kooperationen aufgebaut, vertieft und neue in die Wege geleitet. Bis heute war und ist es dabei das Bestreben des KI die Akteure sowie die Integrationsmaßnahmen enger zu verzahnen und dabei auf den vielen guten bereits bestehenden Projekten aufzubauen, um Synergieeffekte herzustellen und Doppelstrukturen zu vermeiden. So kann auf fast jede Frage eine Antwort oder ein Lösungsweg gefunden werden. Ein erster Schritt für den Rhein-Sieg-Kreis ist damit getan, doch die Integrationsarbeit nach der Zuwanderung 2015 fängt jetzt erst an.

EILDienst LKT NRW
Nr. 2/Februar 2018 50.50.00



„Fit für mehr“ – Zugewanderte im Kreis Steinfurt nehmen Bildungsangebot gerne an

Von Simone Cool, Stabsstelle Landrat, Kreis Steinfurt

„Ich will Deutsch lernen.“ Ein klares Ziel, das Zenan Awadi formuliert. Er ist einer von 20 jungen Zugewanderten, die sich seit den Sommerferien in den Kaufmännischen Schulen Tecklenburger Land in Ibbenbüren auf ihren weiteren Bildungsweg vorbereiten. Das Bildungsangebot „Fit für mehr“, welches die Landesregierung im Jahr 2016 auf den Weg gebracht hat, ermöglicht ihm und den 19 anderen Zugewanderten den Schulbesuch.

Unabhängig von der Bleibeperspektive und Schulpflicht können sich die Jugendlichen und jungen Erwachsenen aus unterschiedlichen Herkunftsländern für die Zukunft fit machen. In der Regel werden sie ein Schuljahr sprachlich, mathematisch,

kulturell und politisch-gesellschaftlich unterrichtet. „Schule ist gut“, antwortet Parween Barakat aus Syrien auf die Frage wie ihm das Angebot gefällt. Lilli Schmidt, Leiterin des Kommunalen Integrationszentrums des Kreises (KI), freut sich beim

Besuch der Klasse über die positive Rückmeldung: „Es ist schön zu sehen, dass das Bildungsangebot so gut angenommen wird. Die Schülerinnen und Schüler haben sich in der ersten Phase gut im schulischen Umfeld eingelebt.“ Das Kommunale Inte-

grationszentrum koordiniert „Fit für mehr“ und ist dabei auch auf Unterstützung angewiesen erklärt Schmidt: „Nur durch das hohe Engagement der Schulen, des jobcenters Kreis Steinfurt und der Agentur für Arbeit in Rheine war es uns möglich, das Bildungsangebot erstmals nach den Sommerferien zu starten.“ Auch Ute Berkemeier, Schulleiterin der Kaufmännischen Schulen, zieht nach den ersten Monaten ein positives Fazit: „Die Lehrkräfte unterrichten sehr gerne in dieser Klasse, da die

zuvor im Rahmen der Informationsveranstaltungen.

„Das Interesse an ‚Fit für mehr‘ ist bei den Zugewanderten groß“, sagt Lilli Schmidt. „Sie wissen um ihre Chance auf weitere Bildung. Auf unserer Warteliste stehen Interessentinnen und Interessenten aus Guinea, dem Irak und Afghanistan.“ Ob ein weiterer Kurs im Mai startet, hängt von verschiedenen Faktoren ab, u.a. von der Anzahl alphabetisierter Teilnehmerinnen und Teilnehmer.



Schulleiterin Ute Berkemeier (hintere Reihe 7. v. l.) und Lilli Schmidt, Leiterin des Kommunalen Integrationszentrums Kreis Steinfurt (8. v. l.), besuchten die „Fit für mehr“-Klasse in den Kaufmännischen Schulen Tecklenburger Land gemeinsam mit den Bildungskoordinatorinnen Mirjam Willige (hintere Reihe 4. v. r.) und Juliane Melchers-Huerkamp (3. v. r.).

Quelle: Dorothea Böing, Kreis Steinfurt

Schülerinnen und Schüler sehr motiviert, engagiert und freundlich sind. Es ist deutlich zu merken, dass sich diese jungen Erwachsenen in Deutschland eine Zukunft aufbauen möchten. Neben dem Erlernen der Sprache setzen sie sich auch sehr aktiv mit ihrer beruflichen Perspektive auseinander.“

Mit dem Schulhalbjahr Anfang Februar ist eine zweite Klasse mit 20 Teilnehmerinnen und Teilnehmern an den kaufmännischen Schulen Tecklenburger Land gestartet. Die Jugendlichen und jungen Erwachsenen kommen alle aus dem Bereich des Asylbewerberleistungsgesetzes. Eine wesentliche Voraussetzung für die Teilnahme am Bildungsangebot „Fit für mehr“ ist die Beherrschung des lateinischen Alphabets, das heißt die Interessentinnen und Interessenten müssen lesen und schreiben können. Die Lehrerinnen des Kommunalen Integrationszentrums überprüfen das

Außer an den Kaufmännischen Schulen in Ibbenbüren gibt es bisher auch an den ebenfalls kreiseigenen Technischen Schulen in Steinfurt eine „Fit für mehr“-Klasse. Die Bezirksregierung Münster hatte diese genau wie in Ibbenbüren zum Schuljahr 2017/2018 zugelassen.

Erstberatung von Seiteneinsteigern und Lernförderung im Aufbau

Eine weitere Aufgabe des Kommunalen Integrationszentrums Kreis Steinfurt ist es, die Erstberatung von Seiteneinsteigern zu koordinieren. Das Pilotprojekt für die zugewanderten, schulpflichtigen Kinder und Jugendlichen, die während des laufenden Schuljahres erstmals ins deutsche Schulsystem integriert werden müssen, ist aktuell in verschiedenen Kommunen im Kreis gestartet. „In dem Beratungsgespräch

geht es darum, die Schülerinnen und Schüler sowie deren Eltern unter anderem über das Schulsystem, die lokale Bildungslandschaft und mögliche Freizeitangebote zu informieren. Die Gespräche führen die Mitarbeiterinnen des KI, die auch das Konzept für die Erstberatung erstellt haben“, beschreibt die Leiterin des KI das Vorgehen. Weiter erklärt Lilli Schmidt: „Neben dem Vermitteln von Informationen ist es für die Eingliederung der Schülerinnen und Schüler auch wichtig zu wissen, wo sie stehen. Das heißt, welche Schule sie in ihrem Heimatland besucht haben, wie fit sie in der Muttersprache und ggf. einer zweiten Sprache sind, aber auch persönliche Daten werden erfasst.“ Alle Angaben werden in einem Erfassungsbogen notiert, den einige Lehrerinnen im KI mitentwickelt haben, und an die Schulen weitergeleitet. Welche Schule das Kind bzw. der oder die Jugendliche besuchen wird, darüber entscheidet die Schulaufsicht. Die Kommune muss die notwendigen Plätze zur Verfügung stellen. Für die zugewanderten Kinder und Jugendlichen gilt, so schnell wie möglich gut Deutsch zu lernen, um dem Unterricht folgen zu können.

Deshalb gibt es seit September zusätzlich zum regulären Unterricht und bestehenden Sprachförderangeboten ergänzend die „Lernförderung“ – sowohl an Grundschulen als auch an weiterführenden Schulen. Während das Kommunale Integrationszentrum die Lernförderung an den Grundschulen koordiniert, übernimmt das Schulamt für den Kreis Steinfurt diese Aufgabe für die weiterführenden Schulen. Einmal pro Woche unterrichten Lehramtsstudentinnen und -studenten die Schülerinnen und Schüler in Kleingruppen für 90 Minuten. Das KI und das Schulamt hatten die angehenden Pädagogen zuvor an den Universitäten Münster und Osnabrück akquiriert. Die Lernförderinnen und Lernförderer werden im Sinne einer Qualitätssicherung durch das Kommunale Integrationszentrum in Form von Hospitationen fachlich begleitet. In diesem Jahr werden den Lernförderinnen und Lernförderern im gesamten Kreis außerdem Qualifizierungsmaßnahmen im Bereich „Deutsch als Zielsprache“ angeboten. Die Kosten für die Lernförderung zahlt das jobcenter Kreis Steinfurt im Rahmen des Bildungs- und Teilhabepakets.

EILDienst LKT NRW
Nr. 2/Februar 2018 50.50.00

Mit SUSII sicher im Internet – Rhein-Erft-Kreis schaltet Plattform frei, die Verbraucher schützen soll

Als erste Kreispolizeibehörde in Nordrhein-Westfalen hat der Rhein-Erft-Kreis die Internetplattform „SUSII – smart und sicher im Internet“ freigeschaltet. Susii soll beim Vorbeugen helfen und retten, was zu retten ist, wenn man Opfer eines digitalen Angriffs geworden ist.



Logo Rhein-Erft-SUSII.

Quelle: Rhein-Erft-Kreis

Phishing-Mails, Support-Anrufe, Trojaner, Erpressungsversuche. Kriminelle tummeln sich mit immer neuen Tricks und wachsender Professionalität im Internet, um Behörden, Firmen und Verbraucher zu schädigen. Persönliche Daten werden abgegriffen, Rechner lahmgelegt. Die Geschädigten werden oft erst nach Zahlung von „Lösegeldern“ wieder internetfähig „freigeschaltet“.

„In keinem anderen Bereich steige die Kriminalitätsrate so rasant wie im Internet“, so Landrat Michael Kreuzberg bei der

Unterzeichnung des Kooperationsvertrags der Kreispolizeibehörde mit dem eco – Verband der Internetwirtschaft e.V.

Vertreter der Polizei Rhein-Erft-Kreis vergleichen die Angriffe von Schadsoftware mit Wohnungseinbrüchen und raten dringend, die Polizei einzuschalten, wenn man Zeuge oder Opfer von Cyber-Kriminalität wird und empfiehlt, mit persönlichen Daten im Internet zu geizen. Eco appelliert vor allem an den gesunden Menschenverstand. Wenn im Internet Ware angeboten wird, die beim örtlichen Händler um ein Vielfaches teurer sind und der Online-Shop womöglich noch in Osteuropa oder China firmiert, ist höchste Skepsis geboten.

Nicht nur der häusliche oder dienstliche Rechner, auch Smartphones benötigen einen umfassenden und stets aktualisierten Virenschutz. Wie man Datensätze sichert, verrät Susii, und zeigt die Gefahren auf, die beim Online-Banking aus öffentlichen WLAN-Netzen ausgehen. Zudem hält Susii Tipps bereit, wie man Kinder und Jugendliche vor schädlichen Inhalten im Internet bewahrt.

Über das Projekt

Smart und Sicher im Internet (SUSII) ist ein kostenloses und nicht-kommerzielles Gemeinschaftsprojekt von eco – Verband

der Internetwirtschaft e.V. mit seinen Diensten botfrei.de und der eco Beschwerdestelle in Kooperation mit der Polizei Rhein-Erft-Kreis.

„Smart und Sicher im Internet“ ist ein Internet-Sicherheitsportal, das sich an die Bürger des Rhein-Erft-Kreises, sowie kleine und mittelständische Unternehmen richtet. Die Seite ist eine zentrale Anlaufstelle für die Opfer von Cyberkriminalität mit dem Fokus auf Ersthilfe und Prävention.

SUSII bietet Bürgern und Unternehmen einen übersichtlichen Wegweiser, stellt im Fall von Cyberkriminalität einfache Lösungen und Handlungsempfehlungen bereit und vermittelt die richtigen Ansprechpartner.

Mit den drei starken Partnern botfrei.de, der eco Beschwerdestelle und der Polizei Rhein-Erft-Kreis deckt das Projekt fast alle Bereiche der Cyberkriminalität vom gehackten Computer, über die Anzeige von Kinderpornographie bis zu Onlinebetrug ab und kann in fast allen Fällen einen kompetenten Ansprechpartner und Hilfe zur Problemlösung bereitstellen.

Das Präventionsangebot setzt auf eine einfache, verständliche und nicht-technische Sprache, um zur Stärkung des digitalen Sicherheitsbewusstseins von Bürgern, Unternehmen und deren Mitarbeitern beizutragen und insbesondere Personen und jene Unternehmen zu erreichen, die bisher wenige Berührungspunkte mit Cyberkriminalität und IT-Sicherheit haben.

Das Angebot stärkt den Standort Rhein-Erft-Kreis im Bereich IT-Sicherheit und trägt zur Reduzierung des wirtschaftlichen Schadens bei, der durch die zahlreichen Bedrohungen der Cyberkriminalität jährlich entsteht. „Smart und Sicher im Internet“ wird unterstützt durch den Rhein-Erft-Kreis, Radio Erft, der Kreissparkasse Köln, die Kreishandwerkerschaft Rhein-Erft, die Industrie- und Handelskammer Köln und den regionalen Internet-Anbieter Net-Cologne.

Zusammen mit diesen starken Partnern leistet SUSII einen Beitrag zur Verbesserung der Internetsicherheit, des Jugendschutzes und der Legalität im Internet am Standort Rhein-Erft-Kreis.



Unterzeichnung des Kooperationsvertrages durch Martin Schaffrin (Eco-Verband) und Landrat Michael Kreuzberg.

Quelle: Rhein-Erft-Kreis

EILDienst LKT NRW
Nr. 2/Februar 2018 10.55.02

Medien-Spektrum: Aktuelle Pressemitteilungen

Kommunen begrüßen Finanzspritze für Integration – 100 Mio. Euro vom Land zeigen Anerkennung der kommunalen Integrationsarbeit

Presseerklärung vom 9. Januar 2018

Die Ankündigung der Fraktionsvorsitzenden der Regierungsfractionen, Bodo Löttgen (CDU) und Christof Rasche (FDP), die Kommunen bei der Integration von Flüchtlingen in diesem Jahr mit 100 Millionen Euro zu unterstützen, ist ein wichtiger Schritt. Damit erfüllt das Land zumindest teilweise eine lang und intensiv vorgetragene Forderung der kommunalen Familie, die Integrationspauschale des Bundes voll oder in großem Umfang weiterzuleiten. Denn für die Jahre 2016 und 2017 hatten die NRW-Kommunen keine Mittel aus der Integrationspauschale des Bundes erhalten.

„Es ist für uns auch ein wichtiges Zeichen des Respekts und der Anerkennung der kommunalen Integrationsarbeit. Denn alle wissen: Integration findet vor Ort in den Kommunen statt“, erklärten die Hauptgeschäftsführer von Städtetag NRW, Helmut Dedy, Landkreistag NRW, Dr. Martin

Klein, sowie Städte- und Gemeindebund NRW, Dr. Bernd Jürgen Schneider. Ohne ausreichende finanzielle Basis wird die Mammutaufgabe der Integration scheitern. Das können sich Staat und Gesellschaft weder politisch noch finanziell leisten.

Afrikanische Schweinepest: Landkreistag NRW fordert Gesetzesgrundlage für effektive Bekämpfung

Presseerklärung vom 18. Januar 2018

Der Landkreistag NRW fordert vom Bund eine robuste Gesetzesgrundlage, um die Afrikanische Schweinepest im Falle eines Ausbruchs nach dem bislang bewährten tschechischen Modell erfolgreich bekämpfen zu können.

Die Afrikanische Schweinepest (ASP) breitet sich von Osteuropa weiter nach Westen aus. Sie droht mit hoher Wahrscheinlichkeit auch in Deutschland auszubrechen. Da sind sich Experten einig. „Wir sollten für den Fall eines Ausbruchs gut gerüstet sein und aus den Erfahrungen der bislang betroffenen Länder Konsequenzen ziehen“, fordert Dr. Martin Klein, Haupt-

geschäftsführer des Landkreistags NRW. Die Tierseuche ist zwar für den Menschen ungefährlich. Die Erkrankung verläuft aber bei Haus- und Wildschweinen fast immer tödlich. Einen Impfstoff gibt es nicht. Die Folgen für Landwirte, verarbeitende Betriebe und Exporteure wären daher verheerend. „Wir brauchen nicht nur gute Präventionsstrategien, sondern auch gute Lösungen zur Bekämpfung im Falle eines Ausbruchs“, so Klein.

Tschechien habe es bislang geschafft, die Verbreitung erfolgreich zu stoppen, indem die Behörden im Sommer 2017 ein Ausbruchsgebiet abgeschottet und den Wildbestand sehr stark reduziert haben. „Wir sollten unsere Maßnahmen daher nach tschechischem Vorbild gestalten“, fordert Klein. Diese Maßnahmen hätten sich bislang in der Praxis bewährt.

Der Ende 2017 vorgelegte Maßnahmenkatalog des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL) reiche dafür bei weitem nicht aus. Daher fordert der LKT NRW eine eigene bundesgesetzliche Grundlage für effektive Maßnahmen zur ASP-Bekämpfung wie in Tschechien.

EILDienst LKT NRW
Nr. 2/Februar 2018 00.10.03.2

Kurznachrichten

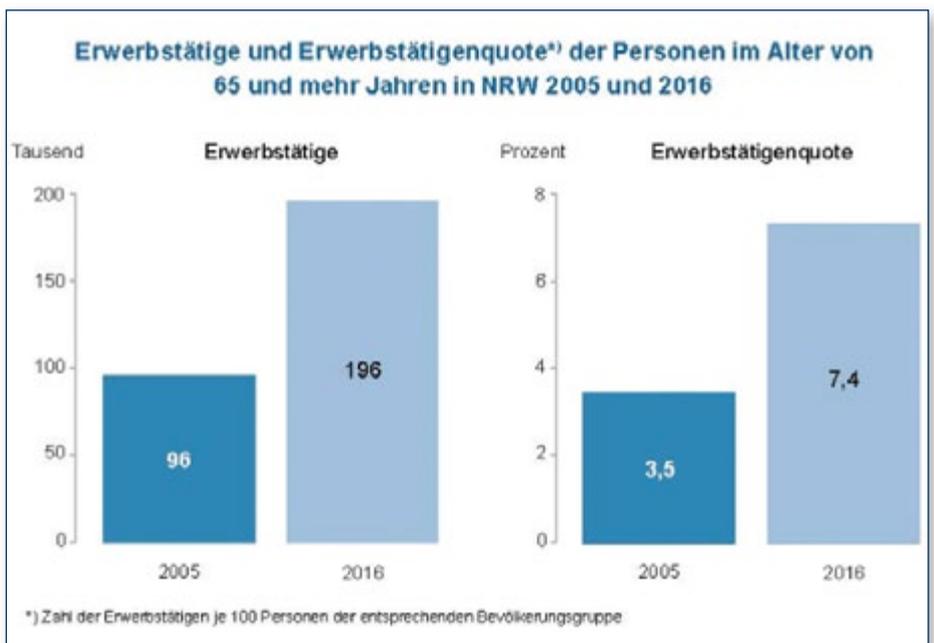
Allgemeines

Ein Fünftel der NRW-Bevölkerung war 2016 im Rentenalter

2016 waren 3,7 Millionen Menschen – und damit jede(r) Fünfte – in NRW 65 Jahre alt oder älter. Die Zahl der Personen in diesem Alter ist zwischen 2005 und 2016 um 212.000 Personen gestiegen. 2016 waren mehr als eine Million Personen bereits 80 Jahre oder älter. Das waren 27,9 Prozent der Personen ab 65. Im Jahr 2005 hatte ihr Anteil noch bei 21,7 Prozent gelegen.

Immer mehr Menschen gehen im Alter einer Erwerbstätigkeit nach. Während die Erwerbstätigenquote 2016 bei 7,4 Prozent lag, so hatten 2005 noch 3,5 Prozent der Personen ab 65 eine Erwerbstätigkeit ausgeübt.

Diese und weitere Informationen zu den Lebensbedingungen und der wirtschaft-



Quelle: IT.NRW

lichen Situation Älterer in NRW sind in der Reihe Statistik kompakt unter dem Titel „Alt, arm und allein? Lebensbedingungen und wirtschaftliche Situation der älteren Bevölkerung in NRW“ veröffentlicht.

EILDienst LKT NRW
Nr. 2/Februar 2018 13.60.10

NRW-Einwohnerzahl im Jahr 2016 auf knapp 17,9 Millionen gestiegen

Ende 2016 lebten in Nordrhein-Westfalen 17.890.100 Menschen. Die Einwohnerzahl war um 24.584 (+0,1 Prozent) höher als am 31. Dezember 2015. Damit war der Anstieg der Bevölkerungszahl geringer als ein Jahr zuvor (damals: +227.418). Im Jahr 2015 war das Bevölkerungswachstum vor allem durch die hohe Zuwanderung von Schutzsuchenden geprägt. Die größte Stadt in Nordrhein-Westfalen und viertgrößte Stadt Deutschlands ist nach wie vor Köln mit 1.075.935 Einwohnern. Auf den weiteren Plätzen folgen Düsseldorf (613.230), Dortmund (585.813) und Essen (583.084). Kleinste Gemeinde im Lande bleibt Dahlem im Kreis Euskirchen mit 4.220 Einwohnern.

EILDienst LKT NRW
Nr. 2/Februar 2018 13.60.10

Arbeit und Soziales

2017 stieg die Zahl der Erwerbstätigen in NRW um 1,3 Prozent

Die Zahl der Erwerbstätigen lag in Nordrhein-Westfalen im Jahresdurchschnitt 2017 bei rund 9,42 Millionen. Damit waren im vergangenen Jahr in NRW 124.900 Personen mehr erwerbstätig als 2016 (+1,3 Prozent). Im Durchschnitt aller Bundesländer erhöhte sich die Zahl der Erwerbstätigen um 1,5 Prozent. Im Produzierenden Gewerbe stieg die Erwerbstätigenzahl zum ersten Mal seit 2013: Von 2016 auf 2017 erhöhte sie sich um 10.900 (+0,5 Prozent) auf 2,1 Millionen. Für die Dienstleistungsbereiche verzeichneten die Statistiker einen Zuwachs gegenüber dem Vorjahr um 115.900 Personen (+1,6 Prozent) auf 7,24 Millionen. Nach kontinuierlich wachsenden Zuwächsen der Erwerbstätigenzahlen in den Jahren 2014, 2015 und 2016, verharrte der Anstieg der Zahl der Erwerbstätigen 2017 auf Vorjahresniveau. Die Zahlen beruhen auf vorläufigen Berechnungen des Arbeitskreises



Quelle: IT.NRW

„Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder“. In die Erwerbstätigenrechnung einbezogen sind neben den sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten auch Beamte, Selbstständige, mithelfende Familienangehörige und ausschließlich marginal Beschäftigte.

EILDienst LKT NRW
Nr. 2/Februar 2018 13.60.10

Datenverarbeitung und Informationstechnik

Elektronische Kommunikation mit dem Kreis Coesfeld: Zugang auch per De-Mail möglich

Der Kreis Coesfeld hat zu Jahresbeginn auch den elektronischen Zugang zur Kreisverwaltung per De-Mail eingerichtet – und folgt damit den neuen gesetzlichen Vorgaben.

Bereits seit dem 1. April 2008 bietet der Kreis Coesfeld die Möglichkeit zur rechtsverbindlichen elektronischen Kommunikation mit der Kreisverwaltung an – in der Form, dass dem Kreis E-Mails und Dokumente mit einer sogenannten qualifizierten elektronischen Signatur, also in sicherer verschlüsselter Form übermittelt werden können. Damit entspricht der Kreis Coesfeld also schon seit Langem der seit dem 1. Januar 2018 verbindlich vorgeschriebenen Zugangseröffnung.

Neu für den Kreis ist jedoch, dass nun zusätzlich die Möglichkeit zur verschlüsselten und – unter bestimmten Voraussetzungen (Stichwort: „absenderbestätigte De-Mail“) – rechtsverbindlichen Kommunikation per De-Mail nach dem De-Mail-Gesetz geschaffen wurde. Dafür wurde die De-Mail-Adresse „info@kreis-coesfeld.de-mail.de“ eingerichtet. Der De-Mail-Dienst gewährleistet auf Basis des De-Mail-Gesetzes neben der sicheren verschlüsselten Datenübertragung und der Verarbeitung der Daten in deutschen Rechenzentren auch die einwandfreie Identität von Sender und Empfänger. De-Mail Sendungen sind dadurch gesetzlich rechtssicher. De-Mail und E-Mail sollten dabei nicht verwechselt werden. Denn sie sind, technisch bedingt, nicht kompatibel. So kann eine normale E-Mail nicht an eine De-Mail-Adresse gesendet werden – und umgekehrt.

EILDienst LKT NRW
Nr. 2/Februar 2018 13.60.10

Geoinformation und Vermessung

Kreis Unna baut Internetangebot weiter aus – Neue Bilder für virtuellen Rundflug

Den Kreis vom Flugzeug aus entdecken – nicht weniger als das bieten die neuen Luftbilder im Geoservice des Kreises. Unter <http://geoservice.kreis-unna.de>

kann ab sofort jeder seinen ganz persönlichen virtuellen Rundflug starten. Der Kreis Unna baut damit den Service im Internet weiter aus.

Pferde auf der Koppel bei Werne, ein Stau auf der A1 in Schwerte, Schiffe auf dem Kanal in Lünen – die Luftbilder erlauben einen ungewöhnlichen Blick auf das Kreisgebiet. Sie wurden am 31. März 2017 von einem Flugzeug aus gemacht. Beauftragt und organisiert hat das Projekt der Fachbereich Vermessung und Kataster des Kreises Unna.

Mehr als nur schön anzusehen

„Dank modernster Kamertechnik stehen uns nun die qualitativ hochwertigsten Luftbilder zur Verfügung, die wir bisher in Auftrag gegeben haben“, erläutert Sebastian Hellmann vom Fachbereich Vermessung und Kataster. „Durch die komplexen Daten war eine intensive Nachbereitung notwendig. Die ist nun abgeschlossen. Jetzt können wir die Bilder im Geoservice anbieten.“



Ungewöhnliche Perspektive: Das Autobahnkreuz Dortmund-Unna aus der Luft.
Quelle: Kreis Unna



Unter der Brücke wird es eng: Zwei Schiffe begegnen sich südlich von Lünen auf dem Datteln-Hamm-Kanal.
Quelle: Kreis Unna

Doch was für den Bürger interessant und unterhaltsam ist, hat für mehrere Fachbereiche auch einen realen Nutzen. Zum Einsatz kommen die Karten zum Beispiel unter anderem in der Stadt- und Bauplanung, bei ökologischen Themen sowie zur Aktualisierung der amtlichen Kataster-

Kartenwerke. Auch der Katastrophenschutz arbeitet mit der neuen Karte.

EILDienst LKT NRW
Nr. 2/Februar 2018 13.60.10

Gesundheit

Zweite Runde im Kampf gegen Keime – Kick-off für Hygienesiegel für Pflegeeinrichtungen 2019

Hunderte Alten- und Pflegeeinrichtungen sind nach 2014 jetzt wieder aufgerufen, sich am „Hygienesiegel für Pflegeeinrichtungen“ zu beteiligen. Das überkommunale Netzwerk mre-netz regio rhein-ahr hat sich bei seiner Gründung im Jahr 2010 zum Ziel gesetzt, den Schutz vor Infektionskrankheiten und multiresistenten Keimen zu verbessern. „Diese Faktoren stellen gerade für ältere und pflegebedürftige Menschen ein erhebliches Gesundheitsrisiko dar“, sagt der Leiter des Gesundheitsamtes des Rhein-Sieg-Kreises, Dr. Rainer Meilicke. Bei der ersten Aktion zum Qualitätssiegel im Jahr 2014 haben 45 der 82 Alten- und Pflegeeinrichtungen das Siegel erworben. Alle stationären Pflegeeinrichtungen des Netzwerks sind zur kostenfreien Teilnahme eingeladen.

Die Qualifizierungsphase in Zusammenarbeit mit dem örtlichen Gesundheitsamt und dem mre-netz mündet bei erfolgreicher Erfüllung der Kriterien in der Verleihung des Siegels. Im Vergleich zu den 10 Qualitätszielen des aktuellen Siegels wird es künftig auch neue Schwerpunkte geben. Diese liegen auf den Hygienemaßnahmen bei multiresistenten Erregern, Hygienemaßnahmen bei den zunehmenden medizinisch-pflegerischen Aufgaben der Einrichtungen und hausinternen Hygiene-

nefortbildungen. Bewährte Maßnahmen im Hygienebereich sollen von den Einrichtungen laufend optimiert werden. Dazu zählen beispielsweise eine Hygienebeauftragte oder ein Hygienebeauftragter unter den Beschäftigten.

„Durch die Teilnahme an der Zertifizierungsmaßnahme leisten die Heime einen wichtigen Beitrag zum Infektionsschutz ihrer Bewohnerinnen und Bewohner“, so Dr. Rainer Meilicke. „Das Siegel ist ein großer Schritt in Richtung Bekämpfung von multiresistenten Erregern in den Einrichtungen.“ Unterstützt wird die Aktion von den Gesundheitsämtern der Städte Bonn, Köln, Leverkusen sowie vom Rhein-Sieg-Kreis, dem Oberbergischen Kreis, dem Rhein-Erft-Kreis, dem Rheinisch-Bergischen Kreis und den Kreisen Ahrweiler beziehungsweise Neuwied. Die Hygienesiegel werden den Alten- und Pflegeeinrichtungen zum Jahreswechsel 2018/2019 verliehen.

EILDienst LKT NRW
Nr. 2/Februar 2018 13.60.10

„Jungen nutzen Medien auf ihre eigene Weise!“ – Initiative Jungengesundheit mit neuen Workshops

Chatten, gamen, surfen – Jungen nutzen das Internet auf ihre Weise. Damit es beim positiven Nutzen bleibt, hat der Rhein-Sieg-Kreis im Mai 2017 seine große Bildungsinitiative zum Wohl für Jungen gestartet. „Unser Ziel ist es, sie zu einem kritischen und kompetenten Umgang mit Medien zu befähigen“ sagt der zuständige Dezernent des Rhein-Sieg-Kreises, Thomas Wagner. „Allerdings wollen wir den Jungen auch die Schattenseiten aufzeigen – aber ohne den erhobenen Zeigefinger.“

Im vergangenen Jahr wurde der Schwerpunkt der seit 2012 bestehenden Jungenförderung auf die veränderten Lebenswelten gelegt. Demnach liegt der Fokus aktuell auf „Jungengesundheit und Medien“.

Neue, digitale Medien gehören zu den Lebenswelten von jungen Menschen und gerade Jungen nutzen Medien auf ihre eigene Weise. Viele Jungen sind Bildungsverlierer, sind überproportional in der Jugendhilfe vertreten, zum Beispiel bei den Heimunterbringungen, der Jugendgerichtshilfe und anderen Hilfeleistungen. Sie sind öfter mit Gewaltdelikten in Kontakt und nachlässig in der Gesundheitsfürsorge. Anlass genug, Jungen stärker zu fördern.

EILDienst LKT NRW
Nr. 2/Februar 2018 13.60.10

„Jungen nutzen Medien auf ihre eigene Weise!“ – Initiative Jungengesundheit mit neuen Workshops

Chatten, gamen, surfen – Jungen nutzen das Internet auf ihre Weise. Damit es beim positiven Nutzen bleibt, hat der Rhein-Sieg-Kreis im Mai 2017 seine große Bildungsinitiative zum Wohl für Jungen gestartet. „Unser Ziel ist es, sie zu einem kritischen und kompetenten Umgang mit Medien zu befähigen“ sagt der zuständige Dezernent des Rhein-Sieg-Kreises, Thomas Wagner. „Allerdings wollen wir den Jungen auch die Schattenseiten aufzeigen – aber ohne den erhobenen Zeigefinger.“

Im vergangenen Jahr wurde der Schwerpunkt der seit 2012 bestehenden Jungenförderung auf die veränderten Lebenswelten gelegt. Demnach liegt der Fokus aktuell auf „Jungengesundheit und Medien“.

Neue, digitale Medien gehören zu den Lebenswelten von jungen Menschen und gerade Jungen nutzen Medien auf ihre eigene Weise. Viele Jungen sind Bildungsverlierer, sind überproportional in der Jugendhilfe vertreten, zum Beispiel bei den Heimunterbringungen, der Jugendgerichtshilfe und anderen Hilfeleistungen. Sie sind öfter mit Gewaltdelikten in Kontakt und nachlässig in der Gesundheitsfürsorge. Anlass genug, Jungen stärker zu fördern.



Workshop Jungengesundheit; v.l.n.r.: Volker Neuhaus, Leiter der Psychologischen Beratungsdienste des Rhein-Sieg-Kreises, Thomas Wagner, Dezernent für Jugend und Psychologische Beratungsdienste, Elisabeth Wilhelmi-Dietrich, Leiterin des Jugendhilfezentrums für Alfter, Swistal und Wachtberg, Jan Viell, Jugendpfleger des Rhein-Sieg-Kreises für Alfter, Swistal und Wachtberg, Wolfgang Dax-Romswinkel, pädagogischer Leiter des Kreismedienzentrums sowie Dr. Rainer Meilicke, Leiter des Kreisgesundheitsamtes.

Quelle: Rhein-Sieg-Kreis

Die Veranstaltungsreihe richtet sich sowohl an Jungen, als auch an Eltern und pädagogische Fachkräfte. Im Zentrum steht die Medienbildung von Jungen. „Nachdem bereits die Auftaktveranstaltung im vorigen Jahr auf große Resonanz gestoßen war, bauen wir unser Workshop-Angebot weiter aus“, sagt die Leiterin des Jugendhilfezentrums für Alfter, Swistal und Wachtberg, Elisabeth Wilhelmi-Dietrich. Unter anderem konnte der international erfolgreiche Judoka Andreas Tölzer zur Mitgestaltung eines Workshops zum Thema *Judo als Alternative zu „digitalem Kämpfen“* gewonnen werden.

Ein „Live-Hack“ wird das Highlight eines Workshops zur Internetsicherheit für Jugendliche sein. Bei dieser Veranstaltung wird es darum gehen, was andere über einen wissen und wie man seine Daten im Netz schützen kann. Bei dem Workshop werden Fragen rund um den täglichen Umgang mit Smartphone, Computer und vielen überraschenden Datenlecks geklärt. Mütter und Väter könnten sich besonders für das „Eltern-LAN“ interessieren. Bei diesem Workshop können sie in die Welt beliebter Computer-Spiele eintauchen und viel darüber lernen. Fachkräfte bieten Einblicke in die Inhalte und die Wirkung virtueller Spielwelten.

„Das breitgefächerte Angebot bietet Jugendlichen, Eltern und pädagogischem Fachpersonal ein maßgeschneidertes Programm, das der Rhein-Sieg-Kreis mit eigenen Fachkräften, aber auch mit Kooperationspartnern erarbeitet hat“, so Thomas Wagner. Für die Monate Februar und März 2018 sind 6 verschie-

dene Workshops geplant. Diese können sowohl einzeln besucht, als auch miteinander kombiniert werden.

Die Steuerungsgruppe Jungenförderung im Rhein-Sieg-Kreis wurde zu Beginn des Jahres 2012 gegründet. Sie besteht neben Jugendamtsdezernent Thomas Wagner aus Ulla Schrödl, Jugendamtsleiterin des Rhein-Sieg-Kreises, Elisabeth Wilhelmi-Dietrich, Jugendhilfezentrumsleiterin für Alfter, Swistal und Wachtberg, Jan Viell, Jugend-

pfleger des Jugendhilfezentrums, sowie Vertretern der Erziehungsberatungsstelle, des Medienzentrums und des Kreisgesundheitsamtes sowie weiteren Experten. Am 28.08.2012 fand die erste Auftaktveranstaltung zur Jungenförderung im Rhein-Sieg-Kreis statt und setzte seitdem drei Modellprojekte in den Gemeinden Alfter, Swistal und Wachtberg um. Der nächste Schritt war die Veranstaltung im Jahr 2017, die den Startschuss zur Förderung der Jungengesundheit im Kontext mit Medien gibt. Hier knüpfen die Workshops an.

EILDienst LKT NRW
Nr. 2/Februar 2018 13.60.10

Kinder, Jugend und Familie

Etwa jedes dritte Kind in NRW unter sechs Jahren in Kindertagesbetreuung hatte 2017 einen Migrationshintergrund

Anfang 2017 besuchten in Nordrhein-Westfalen 562.924 Kinder unter sechs Jahren ein Angebot der Kindertagesbetreuung. Etwa jedes dritte Kind (178.659) hat mindestens ein Elternteil, das nicht in Deutschland geboren wurde. Bei jedem vierten Kind (140.730) in Kindertagesbetreuung wurde zu Hause überwiegend nicht Deutsch gesprochen.

Der Anteil der Kinder mit Migrationshintergrund an der Gesamtzahl der Kinder

unter sechs Jahren in Kindertagesbetreuung war in den kreisfreien Städten und Kreisen des Landes unterschiedlich: In Gelsenkirchen (51,6 Prozent) und Duisburg (47,7 Prozent) hatte Anfang März 2017 nahezu jedes zweite betreute Kind mindestens ein Elternteil, das nicht in Deutschland geboren wurde. Bielefeld und Remscheid folgten hier mit 44,1 bzw. 43,9 Prozent auf den weiteren Plätzen. Die niedrigsten Anteile wurden für den Kreis Coesfeld (7,4 Prozent) und den Hochsauerlandkreis (16,6 Prozent) ermittelt.

Bei den Familien, die sich zu Hause überwiegend nicht in Deutsch unterhalten, wiesen die Städte Gelsenkirchen (41,5 Prozent), Duisburg (40,3 Prozent) und Hagen (36,8 Prozent) die höchsten Quoten auf. Den niedrigsten Anteil von Familien, in denen zu Hause überwiegend nicht Deutsch gesprochen wird, hatte im vergangenen Jahr der Kreis Coesfeld (10,2 Prozent).

EILDienst LKT NRW
Nr. 2/Februar 2018 13.60.10

Kein Abschied von der Elternschaft trotz immer späterer Familiengründung

Männer und Frauen werden in Deutschland tendenziell immer später Eltern. Dies bedeutet jedoch keinen generell abnehmenden Trend zur Familiengründung. Ein Vergleich von zusammengefassten Geburtsjahrgängen ergab, dass Frauen zu Beginn des fünften Lebensjahrzehnts nach wie vor die Regel ist, als Mutter in einer Familie zu leben. Der Anteil der 40-jährigen Frauen der zusammengefassten Geburtsjahrgänge 1970 – 1974, welche als Mutter in einer Familie leben, ist mit 75 % ähnlich hoch wie rund 15 Jahre zuvor. Damals hatte der Wert bei 78 % (Geburtsjahrgänge 1955 – 1959) gelegen. Die Ergebnisse basieren auf dem Mikrozensus, welcher ausschließlich Personen als Eltern erfasst, die im gemeinsamen Haushalt mit ihren ledigen Kindern leben. Verlässt ein Elternteil (in der Regel der Vater) nach einer Trennung den gemeinsamen Haushalt, wird er nicht länger als Elternteil erfasst. Dies führt dazu, dass es bei den Männern eine andere Entwicklung gibt als bei den Frauen: 66 % der 40-jährigen Männer der zusammengefassten Geburtsjahrgänge 1955 – 1959 hatten als Väter in einer Familie gelebt. Mit dem gestiegenen Anteil der alleinerziehenden Mütter ist dieser Wert in den vergangenen Jahren auf 55 % gesunken (Geburtsjahrgänge 1970 – 1974).

Detaillierte Analysen zur Partnerschaft, Elternschaft und Familiengröße finden sich im Beitrag „Familiengründung und -erweiterung im Kohortenvergleich“, der in der Zeitschrift Wirtschaft und Statistik (Heft 6/2017) erschienen ist.

EILDienst LKT NRW
Nr. 2/Februar 2018 13.60.10

Karte mit Kitas und Co. – Standorte im Kreis Unna auf einen Blick

Übersichtlich, aktuell, aussagekräftig. All dies ist sie, die erstmals aufgelegte Landkarte mit allen Kitas und Familienzentren im Kreis. Das Kartenwerk ist eine Gemeinschaftsarbeit vom Projekt „BiKU – Bildung integriert Kreis Unna“, den kommunalen Jugendhilfeplanungen und den Fachleuten aus dem Vermessungsbereich beim Kreis.

Durch die Darstellung der frühkindlichen Bildungsorte werden die Beratungs- und Angebotsstrukturen auf einen Blick und über Kommunalgrenzen hinweg erkennbar. Mehr noch: Die Übersicht ermöglicht in Kombination mit der Karte zu den Schulstandorten eine Gesamtsicht auf die Bildungslandschaft Kreis Unna.



Jan Schröder (Bildung integriert), Anja Seeber (Fachbereichsleiterin Schulen), Torsten Göpfert (Familien- und Jugenddezernent) und Monika Thünker (Fachbereich Familie und Jugend, v.l.) stellten die neue Karte vor.

Quelle: Constanze Rauert – Kreis Unna

Die Karte als Startpunkt

„Eine solche Karte ist erst der Anfang. Wir wollen in Kooperation mit den kommunalen Jugendhilfeplanungen eine interaktive Karte mit weiteren Informationen für die Menschen im Kreis gestalten“, so Jan Schröder vom Projektteam Bildung integriert. „Erste Prozesse wurden dafür bereits angestoßen“, bestätigt Monika Thünker aus dem Fachbereich Familie und Jugend beim Kreis.

Die Karte steht ab sofort unter www.kreis-unna.de/bildung_integriert zur Verfügung.

EILDienst LKT NRW
Nr. 2/Februar 2018 13.60.10

Kultur und Sport

Jahrbuch des Kreises Borken 2018

Die 42. Ausgabe hat Dr. Hermann Terhalle aus Vreden wieder mit viel Einsatz und großer Sorgfalt zusammen mit dem „Arbeitskreis Kreisjahrbuch“ erstellt. „Mehr als 80 Autorinnen und Autoren haben Beiträge für das Jahrbuch geliefert, so dass eine thematisch vielseitige Lektüre entstanden ist“, sagte Dr. Terhalle, als er zwei der ersten Exemplare an Landrat Dr. Kai Zwicker und Kreisdirektor Dr. Ansgar Hörster übergab. Manche der Mitwirkenden seien bereits „feste“ Autoren, die jedes Jahr Texte beisteuern, manche reichen auch nur einen Beitrag für eine Ausgabe ein. Landrat Dr. Kai Zwicker freute sich über das umfangreiche Werk: „Es ist schön zu sehen, wie viele Themen und Ereignisse – aktuelle wie historische – in dem Jahrbuch aufgearbeitet sind“,

sagte Dr. Zwicker. „Es ist ein gelungenes Gemeinschaftswerk: Die Verfasser kommen aus dem gesamten Kreisgebiet und darüber hinaus und spiegeln mit ihren Texten wider, wie vielfältig und aktiv unsere Region ist.“ Die Sparkasse Westmünsterland unterstützt seit über 15 Jahren die Veröffentlichung des Werkes.

Das Titelbild des neuen Jahrbuchs zeigt das kult in Vreden. Das neue Kultur-Zentrum in Vreden, das als gemeinsames Regionale-Projekt des Kreises Borken und der Stadt Vreden realisiert wurde, ist im Juli 2017 eröffnet worden. Fast 5.000 Besucherinnen und Besucher kamen allein am Eröffnungswochenende, um sich das neue Gebäude und die Ausstellung zum Thema „Grenze“ anzusehen. kult steht für „Kultur und lebendige Tradition“ und so versteht es sich als grenzüberschreitender Netzwerkpartner

und Kulturknotenpunkt. Corinna Endlich, Leiterin des kult, geht darauf in ihrem Beitrag im Jahrbuch genauer ein. Der „Regionale 2016“ und ihren Projekten in unserer Region widmen sich noch weitere Artikel. Das Kreisjahrbuch, in dem sich mehr als 350 Fotos und Abbildungen finden, gliedert sich in acht Rubriken. Vom Zeitgeschehen über Natur und Umwelt bis hin zu Kultur und Heimatpflege, finden die Leserinnen und Leser eine große Themenvielfalt: von den Jubiläen „25 Jahre Westfälische Hochschule Campus Bocholt“ und „25 Jahre Radio WMW“ über die Klimaschutzarbeit und die Landesmusikakademie in Heek bis hin zur Eisenbahn in Reken. Im Jahr 2017 wurde in ganz Deutschland „500 Jahre Reformation“ gefeiert – gleich zwei Beiträge widmen sich diesem Thema. Auch bietet das Buch Raum für historische Beiträge: So blickt ein Beitrag auf das Wetter vor 200 Jahren zurück, ein weiterer auf den früheren Raesfelder Schlosspark. Mehrere Beiträge widmen sich dem Sport in unserer Region. Ein Blick zu den niederländischen Nachbarn fehlt ebenfalls nicht: So thematisiert ein Artikel etwa den grenzüberschreitenden Rettungsdienst von Isselburg aus, ein weiterer geht auf die grenzüberschreitende Ausstellung „Nachbarn stellen sich vor“ ein.

Das 352 Seiten umfassende Werk ist zum Preis von 7,50 Euro zu erwerben (ISBN 3-937 432-55-8., Rehms Druck GmbH, Borken).

EILDienst LKT NRW
Nr. 2/Februar 2018 13.60.10

Jahrbuch Kreis Höxter 2018

Die Kulturlandschaft im Kreis Höxter mit ihren Wäldern, Feldern, Flüssen und Seen ist weithin einzigartig und prägt den besonderen Charakter der Region. Sie ist auf vielfältige Weise Thema im Jahrbuch 2018, aus literarischer, fotografischer, touristischer, malerischer und naturschutzfachlicher Sicht. Wie die Energiewende das vertraute Landschaftsbild beeinflusst, bewegt derzeit viele Menschen. Vorgestellt wird das innovative Konzept des Kreises Höxter, den Schutzwert des Landschaftsbildes objektiv zu bemessen. Ein Beitrag behandelt die Umsiedlung der geschützten Schlingnatter, die den Lückenschluss der Bundesstraße 64 bei Godelheim aufhält. Faszinierend sind die Landschafts- und Naturbilder aus der Vogelperspektive eines Gleitschirmfliegers und auf der Leinwand einer heimischen Künstlerin. Neben Beiträgen zu diesen und weiteren Themen bietet das Jahrbuch

2018 einen Jahresrückblick auf wichtige Ereignisse. Das 276 Seiten umfassende Werk ist zum Preis von 9,90 Euro erhältlich (ISBN 978-3-959540-33-9, Verlag Jörg Mitzkat, Holzminden).

EILDienst LKT NRW
Nr. 2/Februar 2018 13.60.10

Jahrbuch Kreis Unna 2018

Alte Wege und Ihre Geschichte(n) erzählen von früheren Handelsströmen, wirtschaftlichen Veränderungen und dem einst so beschwerlichen Reisen. Hier trafen Kaufleute, Handwerker, Soldaten, Landboten und Pilger aufeinander. Wege-lagerer bedeuteten eine ständige Gefahr. Feindliche Truppen nutzten Wege zum Vormarsch. Kinder legten weite Strecken durch Matsch und Schlamm zur Schule zurück. Ebenso erging es sonntäglichen Kirchgängern, Pfarrern und Ärzten.

Die Autoren des Jahrbuchs Kreis Unna 2018 beleuchten in ihren Beiträgen schwerpunktmäßig historische Wege in unserer Region und verfolgen damit eine spannende Spur in die Vergangenheit, schlagen aber auch die Brücke zur Gegenwart. Denn viele unserer heute wichtigen Verkehrsadern gab es schon vor vielen hundert Jahren – zum Teil als schmale Pfade, zum Teil damals schon unter großem Aufwand notdürftig ausgebaut. Sie alle zeugen von dem alten Bedürfnis der Menschen, sich fortzubewegen, Kontakte zu knüpfen, Neuland zu betreten. Kurzum sich zu bewegen und zu begegnen.

Das 170 Seiten umfassende Werk ist zum Preis von 9,80 Euro zu erwerben (ISBN 978-3-944430-09-6, Druckverlag Kettler, Bönen).

EILDienst LKT NRW
Nr. 2/Februar 2018 13.60.10

Heimatbuch Kreis Viersen 2018

Die 69. Folge des Heimatbuches des Kreises Viersen für das Jahr 2018 ist im November 2017 erschienen. Auch das neue Heimatbuch zeichnet sich wieder durch ein breitgefächertes Spektrum sorgfältig recherchierter Themen zu Kultur, Natur und Historie des Kreises Viersen aus. Erstmals ist das Heimatbuch auch als eBook verfügbar.

Das 354 Seiten umfassende Werk ist zum Preis von 12,00 Euro zu beziehen (ISSN 0948-6631, Verlag völker druck Goch).

EILDienst LKT NRW
Nr. 2/Februar 2018 13.60.10

Bewerbung des Kreises Siegen-Wittgenstein ist auf dem Weg: Haubergswirtschaft soll immaterielles Kulturerbe werden

Die Siegerländer Haubergswirtschaft soll immaterielles Kulturerbe werden. Die in einem Arbeitskreis erstellte Bewerbung wurde beim Ministerium für Kultur und Wissenschaft des Landes NRW eingereicht. In einem vierstufigen Verfahren wird nun geprüft, ob die Haubergswirtschaft die Voraussetzungen erfüllt, um in das bundesweite Verzeichnis des immateriellen Kulturerbes aufgenommen zu werden. In einem späteren Schritt ist auch eine Aufnahme in eine der drei internationalen Listen des immateriellen Kulturerbes denkbar.



Haubergszeichen. Quelle: Dr. Gertrud Hein

Im Dezember 2015 hatte der Kreistag Siegen-Wittgenstein auf Vorschlag des Landrates die Einleitung des Bewerbungsverfahren beschlossen und entsprechende Mittel zur Verfügung gestellt. Im Vorfeld hatte es zahlreiche Gespräche u.a. mit dem Förderverein Historischer Hauberg Fellinghausen und den Bürgermeistern gegeben, die dieses Projekt unterstützen. Auch im Maßnahmenkatalog des Regionalen Entwicklungskonzeptes ist das Ziel der Anerkennung des Haubergs als Immaterielles Kulturerbe verankert.

In 2016 wurde ein Arbeitskreis unter Leitung des Kreis-Umweltdezernenten Arno Wied einberufen, der die Bewerbung erarbeitet hat. Projekträger ist der Waldbauernverband NRW. Er hat die Bewerbung jetzt auch beim Ministerium eingereicht. Dem Arbeitskreis gehörten darüber hinaus auch interessierte und engagierte Einzelpersonen sowie Vertreter zahlreicher Akteure in der Region an: der Bio-Station Siegen-Wittgenstein, des Heimatbundes, des Siegerländer Heimat- und Geschichtsvereins, des Touristikverbandes, des Landesbetriebes Wald und Holz NRW, der Waldgenossenschaften, der Schutzgemeinschaft Deutscher Wald, der Grundschule Fellinghausen und natürlich

des Fördervereins Historischer Hauberg Fellinghausen. Aber auch Mitarbeiter der Kreisverwaltung, der Bezirksregierung, des zuständigen Ministerium des Landes NRW sowie die Städte und Gemeinden waren in dem Arbeitskreis vertreten.

Landrat Andreas Müller bedankt sich ganz herzlich bei allen, die sich engagiert in die Erarbeitung der Bewerbung eingebracht haben und drückt nun gemeinsam mit ihnen die Daumen, dass es mit der Aufnahme der Haubergswirtschaft in die nationale Liste des immateriellen Kulturerbes klappt.

Der Weg bis dahin ist allerdings weit und besteht aus vier Etappen: Für das Inventar des immateriellen Kulturerbes von NRW kann eine unabhängige Landesjury Bewerbungen solcher Traditionen vorschlagen, die einen besonderen Bezug zu Nordrhein-Westfalen besitzen. Für das bundesweite Auswahlverfahren kann jedes Bundesland bis zu vier Bewerbungen auswählen, die es der Kultusministerkonferenz (KMK) empfiehlt. Die KMK leitet die Bewerbungen an das unabhängige nationale Expertenkomitee bei der Deutschen UNESCO-Kommission weiter. Dieses prüft und bewertet die Bewerbungen. Schließlich bestätigen die Kultusministerkonferenz und die Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien die Empfehlungen des nationalen Expertenkomitees. Anschließend wird das immaterielle Kulturerbe in das nationale Verzeichnis aufgenommen. Ein Ergebnis kann ab Anfang 2019 erwartet werden.

Im Mittelpunkt der Bewerbung steht die ressourcenschonende, nachhaltige Bewirtschaftung von Waldflächen durch genossenschaftliche Nutzung. Dabei findet die Nutzung heute teilweise immer noch in Form der historische Bewirtschaftung von Niederwaldflächen statt, hinzu kommt aber auch die ressourcenschonende Bewirtschaftung von Hochwaldflächen geht. Diese Formen der Haubergswirtschaft werden auch in an das Siegerland angrenzenden Regionen in den Kreisen Altenkirchen und Olpe, im Lahn-Dill-Kreis und im Westerwaldkreis praktiziert.

„Neben dieser genossenschaftlichen Selbstverwaltung des Gemeinschaftswaldes wirken auch noch heute viele Anteilseigner und ihre Familien bei den Arbeiten im Hauberg aktiv mit. In erster Linie erfolgt dies über die traditionelle Brennholznutzung der Niederwälder, wobei Bäume in den einzelnen Schlägen alternierend auf den Stock gesetzt werden“, heißt es in der Bewerbungsschrift. Und weiter: „Auch Arbeiten außerhalb der Holzernte werden teilweise durch die Anteilseigner durchgeführt.“ Zudem wird auf die Jahreshauptversammlungen

verwiesen, in denen ein Wirtschaftsplan beschlossen und wichtige Entscheidungen für die Genossenschaft getroffen werden. Schließlich erläutert die Bewerbung, dass die Haubergswirtschaft es ermöglicht, Wissen an die nächste Generation zu vermitteln und damit das gewachsene Brauchtum und den Nachhaltigkeitsgedanken der Haubergsgenossenschaften an die nächsten Generationen weiterzugeben.

„Die Konzentration der Bewerbung auf die für die Haubergswirtschaft typische, nachhaltige Nutzung von Wäldern, die in genossenschaftlichem Eigentum stehen, Haubergsgenossenschaften ist der Tatsache geschuldet, dass als immaterielles Kulturerbe nur solche Dinge geschützt werden können, die heute noch lebendig sind und vor Ort im Alltag praktiziert werden“, macht der Vorsitzende des Arbeitskreises, Arno Wied, deutlich. Trotzdem enthält die Bewerbung auch einen ausführlichen Abschnitt, der die Entstehung und den Wandel der Haubergswirtschaft im Laufe der Jahrhunderte darlegt.

EILDienst LKT NRW
Nr. 2/Februar 2018 13.60.10

Landwirtschaft und Umwelt

Umweltschutzinvestitionen der NRW-Industriebetriebe waren 2015 um 7,6 Prozent höher als ein Jahr zuvor

Im Jahr 2015 investierten 2.080 Betriebe der nordrhein-westfälischen Industrie (Produzierendes Gewerbe ohne Baugewerbe) 1,08 Milliarden Euro in den Umweltschutz. Das waren rund 7,6 Prozent mehr als ein Jahr zuvor (2014: 1,00 Mrd. Euro). Die Umweltschutzinvestitionen hatten 2015 einen Anteil von 8,0 Prozent an den Gesamtinvestitionen der Betriebe (13,5 Milliarden Euro).

Der Großteil der Investitionen entfiel auf Maßnahmen für den Gewässerschutz (37,3 Prozent), den Klimaschutz 29,3 Prozent, die Luftreinhaltung (18,0 Prozent) und auf die Abfallentsorgung (10,9 Prozent). Die restlichen Aufwendungen wurden für Naturschutz und Landschaftspflege (1,8 Prozent), Lärmbekämpfung (1,8 Prozent) und Bodensanierung (1,0 Prozent) getätigt.

Zu den Investitionen für den Umweltschutz zählen jene Aufwendungen, die eine Verringerung oder Vermeidung von schädlichen Emissionen in die Umwelt bewirken oder dazu beitragen, den Einsatz von Ressourcen zu reduzieren.

EILDienst LKT NRW
Nr. 2/Februar 2018 13.60.10

Atlas Agrarstatistik wurde aktualisiert – kleinräumige Karten sind jetzt auch für 2016 verfügbar

Wo wird mehr Mais als Weizen angebaut, in welcher Region gibt es die meisten Schweine, wo ist Rinderzucht vorherrschend, in welchen Regionen haben sich

landwirtschaftliche Strukturen signifikant verändert? Der aktualisierte Online-Atlas Agrarstatistik liefert Antworten auf diese und weitere Fragen.

Der Atlas enthält insgesamt 14 neue beziehungsweise aktualisierte thematische Karten, mit georeferenzierten Daten, die aus der Agrarstrukturerhebung 2016 stammen. Damit wurde das bisherige, auf Daten aus der Landwirtschaftszählung 2010 basierende Kartenangebot, ergänzt. Damit sind jetzt auch Vergleiche der Karten von 2010 zu 2016 möglich.

Der überwiegende Teil der Karten basiert auf Rasterzellen mit fünf Kilometern Gitterweite. Damit sind Darstellungen unabhängig von administrativen Abgrenzungen möglich. Zu ausgewählten Themen sind darüber hinaus Karten auf Basis von Flussgebietseinheiten (also Einzugsgebiete von Flüssen) verfügbar. Zur besseren Orientierung lassen sich Flüsse, Naturräume, Gemeinde- oder Kreisgrenzen einblenden. Umfassende Erläuterungen und Hintergrundinformationen sind zu jeder Karte hinterlegt.

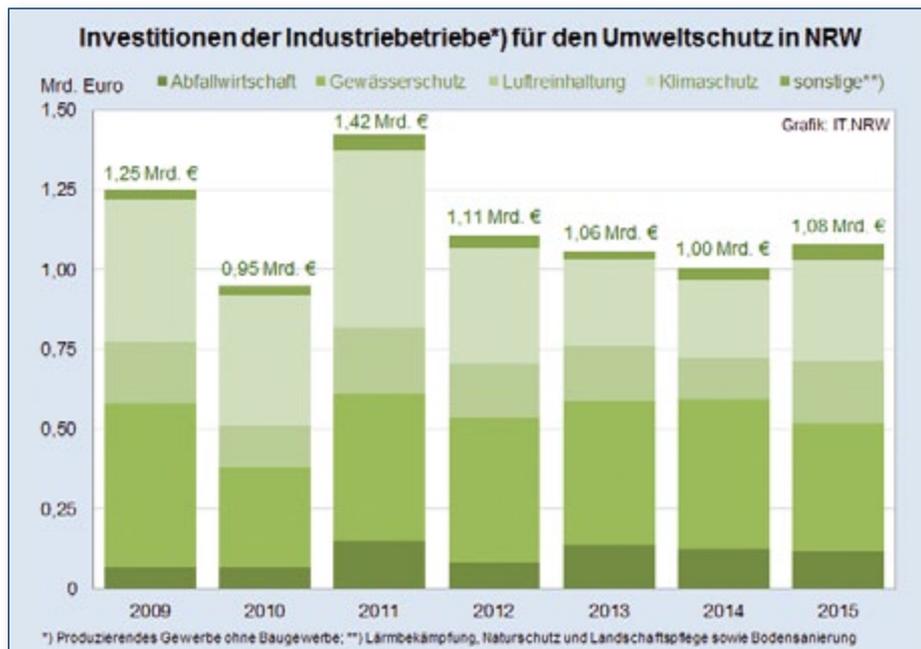
Der Online-Atlas Agrarstatistik steht im gemeinsamen Statistik-Portal der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder zur Verfügung. Die Web-Anwendung ermöglicht die Ausgabe der Karten als Bild- oder als PDF-Datei. Zusätzlich bietet sie mit dem WMS-Dienst (Web Map Service) und dem WCS-Dienst (Web Coverage Service) die Möglichkeit zur Nutzung der Karten in GIS-Anwendungen (Geografisches Informationssystem).

EILDienst LKT NRW
Nr. 2/Februar 2018 13.60.10

Naturpark Bergisches Land als klimaschonende Tourismusdestination stärken

Der Naturpark Bergisches Land nimmt als einer von zwölf Naturparks am Projekt „Katzensprung – Kleine Wege. Große Erlebnisse“ teil. Das Projekt hat sich zum Ziel gesetzt, Deutschland als nachhaltige Reiseregion zu stärken. Deswegen werden die zwölf teilnehmenden Naturparke aktiv auf ihre touristischen Angebote untersucht. Kooperationspartner im Naturpark sind die touristischen Organisationen „Die Bergischen Drei“, „Das Bergische“ und die „Naturregion Sieg“.

Laut einer aktuellen Studie des Bundesumweltministeriums legen bereits knapp 20 Millionen Deutsche bei ihrer Urlaubsentscheidung Wert auf soziale und ökologische Nachhaltigkeit der Angebote. Viele Urlauber reisen jedoch überdurchschnittlich häufig in die Ferne, da sie



Quelle: IT.NRW

Deutschland weder als nachhaltiges Reiseziel noch als interessantes Ziel für Aktiv- und Naturerlebnis-Urlaub kennen. Das Projekt „Katzensprung – Kleine Wege. Große Erlebnisse“ möchte das ändern und hat sich zum Ziel gesetzt, klimaschonende Reiseangebote in Deutschland bekannter und besser auffindbar zu machen. Dafür werden im Projekt zwölf Naturparke auf ihre touristischen Angebote untersucht und eine Stärken- und Schwächen-Analyse im Hinblick auf ein nachhaltiges Tourismusangebot durchgeführt.

„Wir sind froh, dass wir vom Verband der Deutschen Naturparke ausgewählt wurden und an dem Projekt teilnehmen können. Der Naturpark Bergisches Land steht für einen verantwortungsvollen Umgang mit seinen Ressourcen und das möchten wir gemeinsam mit unseren Partnern auch im Tourismus umsetzen. Mit Hilfe des Projekts können wir im ersten Schritt unsere Potentiale ausloten und darauf aufbauend attraktive nachhaltige Tourismusangebote erarbeiten“ sagt Ulf Zimmermann, Geschäftsführer Naturpark Bergisches Land. „Das von der Nationalen Klimaschutzinitiative geförderte Projekt ist eine große Chance für den Tourismus und die Menschen in unserem Naturpark“ stellt auch der Verbandsvorsteher des Naturparks Jochen Hagt heraus. Gemäß Ulrich Köster, Geschäftsführer des Verbands Deutscher Naturparke e.V. (VDN) können sich die Parke dank der Analyse und des kritischen Blicks von außen einen Gesamteindruck über ihre Stärken und Schwächen verschaffen. Indem die Naturparke das Thema klimaschonender Tourismus aktiv besetzen und in ihrer Region weiterentwickeln, leisten sie einen wertvollen Beitrag zur Einsparung von CO₂ im Tourismus und damit zum Klimaschutz in Deutschland.

Im Naturpark Bergisches Land gibt es bereits einige Anbieter, die sich für die nachhaltige Entwicklung der Region einsetzen. Jeder Betrieb und jedes der Angebote leistet damit einen wichtigen Beitrag für den Klimaschutz, z.B. die Förderung der regionalen Produkte und deren Vertrieb durch die Regionalmarke Bergisch Pur, Initiativen wie z.B. der Fahrradbus der RVK, der OVAG und der wupsi oder auch mit Hilfe der verschiedenen Bildungsinstitutionen, die mit ihren Angeboten für das Thema sensibilisieren.

Nachhaltige Erlebnisse gesucht

Außerdem sammelt das Projekt gute Beispiele aus den Kategorien Erlebnisse, Übernachten, Mobilität sowie Essen & Trinken für junge Reisende, die zeigen, wie facettenreich nachhaltige und gleichzeitig CO₂-sparende Urlaubsangebote in Deutschland und insbesondere in unse-

rem Naturpark sein können. Aktuell werden 50 Leuchttürme in ganz Deutschland für den nachhaltigen Tourismus gesucht und im Laufe von 2018 vorgestellt. Mehr dazu unter www.katzensprungdeutschland.de.

Über Katzensprung

Das Projekt „Katzensprung – Kleine Wege. Große Erlebnisse“ wird gefördert vom Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit aufgrund eines Beschlusses des deutschen Bundestages im Rahmen des Förderprogramms für innovative Klimaschutz-Einzelprojekte der Nationalen Klimaschutzinitiative (NKI) (Förderkennzeichen 03KF0057A). Projektpartner sind COMPASS GmbH, Verband Deutscher Naturparke e.V., fairkehr GmbH und tippingpoints GmbH.

EILDienst LKT NRW
Nr. 2/Februar 2018 13.60.10

Schule und Weiterbildung

Handeln statt wegsehen: Mit Schutzkonzepten in Schulen des Kreises Paderborn Kinder vor sexuellem Missbrauch schützen

Von 2.504 Menschen zwischen 14 und 90 Jahren gaben 12,6 Prozent bei einer Befragung an, von sexuellem Missbrauch in Kindheit und Jugend betroffen gewesen zu sein (Frauen: 15,2 Prozent; Männer: 9,6 Prozent, Quelle: Häuser-Studie 2011). Die Dunkelziffer ist nach Einschätzung von Experten 10 bis 20 Mal höher als die Zahl der Strafanzeigen. Sexueller Kindesmissbrauch in Deutschland ist damit etwa so verbreitet wie Diabetes. Betroffen sind Kinder jeden Alters. Die größte Opfergruppe sind Kinder im Grundschulalter. Werner Meyer-Deters, Vorstandsmitglied der Deutschen Gesellschaft zur Prävention und Intervention bei Kindesmiss-



Schule als Schutzraum: (von links nach rechts) Vinzenz Heggen, stellvertretender Landrat des Kreises Paderborn, Rita Berens, Leitende Regierungsschuldirektorin der Bezirksregierung Detmold, Kirsten Zünkler, Regionale Schulberatungsstelle des Kreises Paderborn, Andreas Neuhaus, stellvertretender Leiter der Regionalen Schulberatungsstelle bei der Fachtagung „Kein Raum für Missbrauch“, Werner Meyer-Deters, Vorstandsmitglied der Deutschen Gesellschaft zur Prävention und Intervention bei Kindesmisshandlung und -vernachlässigung.

Quelle: Amt für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, Kreis Paderborn, Michaela Pitz

handlung und -vernachlässigung, nannte diese aufrüttelnden und kaum fassbaren Fakten im Rahmen der Fachtagung „Kein Raum für Missbrauch“ im Liborianum in Paderborn. Die Regionale Schulberatungsstelle des Kreises Paderborn hatte Schulleitungen, Schulsozialarbeiter sowie Krisenteammitglieder von Einrichtungen eingeladen, „um zu informieren und gemeinsam Schutzkonzepte gegen sexuelle Gewalt auf den Weg zu bringen“, so Andreas Neuhaus, stellvertretende Leiter der Beratungsstelle, in seiner Begrüßung der 120 Gäste und Netzwerkpartner.

„Missbrauch darf hier bei uns keinen Raum finden. Wir müssen gemeinsam schützende Strukturen entwickeln und anwenden“, betonte der stellvertretende Landrat des Kreises Paderborn, Vinzenz Heggen, der auch stellvertretender Vorsitzender des Schul- und Sportausschusses des Kreises Paderborn ist. Heggen dankte der Regionalen Schulberatungsstelle für ihre Initiative, Schulen und Fachkräfte miteinander zu vernetzen und damit wirksame und konkrete Hilfen in Schulen zu etablieren. Lehrkräfte und andere Pädagoginnen und Pädagogen in Schulen hätten die Möglichkeit, Veränderungen ihrer Schülerinnen und Schüler zu bemerken, Gefährdungen und Belastungen zu erkennen und ihnen Unterstützung anzubieten. „Schule hat neben Bildungsauftrag auch einen eigenen Erziehungsauftrag“, bekräftigte die Leitende Regierungsschuldirektorin der Bezirksregierung Detmold, Rita Berens. Teil dieses Erziehungsauftrages sei es, nicht nur Missbrauch in Schule

zu verhindern. Schülerinnen und Schüler, die andernorts unter diesen sexuellen Übergriffen litten, müssten gerade in Schulen „ein kompetentes, verstehendes und helfendes Gegenüber finden.“ Denn Missbrauch habe auch Konsequenzen für die Bildungsbiographie. Mädchen und Jungen, die diese Gewalt erlebten trügen ein hohes Risiko für schulischen Misserfolg und in der Folge für berufliches Scheitern. „Es gibt keine eindeutigen Symptome, die auf Missbrauch hinweisen“, warnte Meyer-Deters zu Beginn. Alle Welt wolle diese Signale, und gäbe es sie, „würden die Missbrauchten versuchen, sie zu vermeiden“, so Meyer-Deters. Scham und Schuldgefühle, Einsamkeit und Sprachlosigkeit, Zerstörung der inneren Sicherheit und des Vertrauens in andere Menschen, das alles seien Folgen für die Opfer. Die Angst sei groß, keinen Glauben zu finden, was mit ein Grund für die hohe Dunkelziffer sei. Es gebe Studien, die zeigten, dass gerade dieses Nichtglaubenwollen die Opfer noch stärker traumatisiere als die Tat selbst. Mit professioneller Hilfe könne Linderung und sogar Heilung gelingen. „Der wichtigste Schritt ist es, den Missbrauch zu stoppen“, so Meyer-Deters. Die Täter versuchten oft, einen Arbeitsplatz im betreuenden, pädagogischen, medizinischen, seelsorgerischen oder therapeutischen Bereich zu finden. Also überall da, wo sie mit Kindern leicht in Kontakt kommen. „Aber auch hier gibt es keine Kriterien, die eindeutig für eine mögliche Täterschaft sprechen“, betont Meyer-Deters. 84 % der Kindesmissbraucher seien nicht einschlägig vorbestraft. Es seien oft Menschen, die besonders engagiert und geschickt darin seien, ihr Umfeld für sich einzunehmen. In seiner Praxis habe er mal einen Täter befragt, der ihm sagte, dass er nur etwa 16 Prozent seiner kreativen Energie benötige, um das Kind für sich zu gewinnen. Auf die Frage, wofür er die verbleibenden 84 Prozent nutze, habe er geantwortet, „für das Umfeld, damit niemandem etwas auffällt“.

Missbrauch hat viele Gesichter: Auch sexuelle Gewalt durch Gleichaltrige gehöre zum Alltag in den Lebenswelten junger Menschen. Die Übergriffe reichten von sexistischen Sprüchen über sexuelle Belästigung im Internet bis zur Vergewaltigung. Und auch sexueller Missbrauch von Kindern durch Jugendliche sei bittere Realität. Das alles könne sich in einem Umfeld entwickeln, welches ihn ermögliche. Und deshalb seien Schutzkonzepte in Schulen so wichtig. Da nahezu alle Kinder und Jugendliche über einen langen Zeitraum diese Einrichtungen besuchten, sei die Chance, dass betroffene Mädchen und

Jungen dort Hilfe erhalten können, größer als an jedem anderen Ort.

Kirsten Zücker von der Regionalen Schulberatungsstelle des Kreises warb für eine Kultur der Achtsamkeit und der Kommunikation. Im Schutzkonzept müsse die Vorgehensweise bei einem Verdachtsfall festgelegt werden. Gemeinsam mit Fachberatungsstellen helfe die Schulberatungsstelle, eine schützende Schulkultur zu entwickeln, Gefährdungspotenziale an den Schulen zu entdecken, verbindliche Beschwerdewege und Netzwerke zu entwickeln. Auch regelmäßige Fortbildungen, z. B. zu Arten von Grenzverletzungen oder auch Täter(innen)-Strategien, zählten dazu. Der Anfang ist gemacht.

EILDienst LKT NRW
Nr. 2/Februar 2018 13.60.10

Bildungsmonitor für den Kreis Unna – „Stabil, inklusiv und auf hohem Niveau“

Das gab es noch nie: Einen Bildungsmonitor, der die Bildungslandschaft im Kreis Unna darstellt. Zentrale Themen: Integration, Inklusion und der Übergang von der Schule in den Beruf. Auf einem Fachtag am 26. Januar 2018 stellten die Bildungsexperten des Kreises die Daten vor.

„Der Bildungsmonitor ist ein wichtiger Baustein auf dem Weg zu einem regionalen Bildungsmanagement“ sagt Dezernent Dr. Detlef Timpe. „Diese Daten können nämlich Grundlage für die Weiterentwicklung von Bildungsakteuren wie Schulen aber auch für Kreishandwerkerschaften oder Berufskollegs sein.“

Die Daten, die unter anderem IT.NRW bereitgestellt hat, zeigen, dass die Bildungslandschaft im Kreis Unna stabil, inklusiv und auf hohem Niveau ist: „Mit über 42 Prozent ist das Abitur der am häufigsten vergebene Schulabschluss im Kreis Unna“, sagt Jan Schröder vom Dienstleistungszentrum Bildung des Kreises Unna. „Zudem werden rund 57 Prozent aller Schüler mit Förderbedarf inklusiv an einer Regelschule unterrichtet. Das sind zwei durchaus positive Ergebnisse, die die Daten zeigen.“

Die Daten hat das Dienstleistungszentrum Bildung des Kreises Unna im Rahmen des Programms „Bildung integriert“ zusammengestellt. Fokus haben die Experten neben allgemeinen Grundlagen auf drei zentrale Themen gelegt: Integration, Inklusion und den Übergang von der Schule in den Beruf. „Daraus jetzt die richtigen Schlüsse zu ziehen und konkrete Taten abzuleiten, kann gemeinsam mit uns erarbeitet werden“, lädt Schröder die

regionalen Bildungsakteure zur Zusammenarbeit ein.

Viele Bildungsakteure, unter anderem auch Schulleiter, Planer und Schulräte, folgten der Einladung, an dem Fachtag teilzunehmen. Das Interesse der Städte und Gemeinden im Kreis Unna ist groß. Die Daten können für die Kommunen speziell aufbereitet werden, damit sie etwa in der Schulentwicklungsplanung eingesetzt werden können.

Wer an den Daten und einer Zusammenarbeit interessiert ist, kann sich an die Projekt-Mitarbeiter wenden. Mehr dazu gibt es unter www.kreis-unna.de (Suchwort „Bildung integriert“).

EILDienst LKT NRW
Nr. 2/Februar 2018 13.60.10

Wirtschaft und Verkehr

NRW-Industrie steigerte die Süßwarenproduktion im Jahr 2016 um zwei Prozent

Im Jahr 2016 wurden in Nordrhein-Westfalen in 43 Betrieben des Verarbeitenden Gewerbes 723.000 Tonnen Süßwaren (ohne Dauerbackwaren) im Wert von 2,8 Milliarden Euro hergestellt. Mit dieser Menge hätte jeder Einwohner des Landes rein rechnerisch täglich 111 Gramm Süßwaren vernaschen können. Anlässlich der am Internationalen Süßwaren-Messe ISM wurde mitgeteilt, dass die Produktionsmenge um 2,0 Prozent höher als 2015 war; der Absatzwert stieg gegenüber dem Vorjahr um 3,7 Prozent. Über zwei Drittel (69 Prozent) der in Nordrhein-Westfalen produzierten Süßwaren wurden in Betrieben der Regierungsbezirke Düsseldorf und Köln hergestellt. Bundesweit wurden 2016 Süßwaren im Wert von 8,6 Milliarden Euro (+2,0 Prozent) erzeugt; ein Drittel (33,1 Prozent) davon entfiel auf nordrhein-westfälische Betriebe.

Von der gesamten Süßwarenproduktion des Jahres 2016 entfielen 388.000 Tonnen (+3,5 Prozent gegenüber 2015) auf Süßwaren ohne Kakaogehalt (einschließlich weißer Schokolade) im Wert von einer Milliarde Euro (+3,7 Prozent). Darunter befanden sich auch 239.000 Tonnen (+4,6 Prozent) Dragees, Gummibonbons und Gelee-Erzeugnisse mit einem Absatzwert von 497 Millionen Euro (+6,4 Prozent). Ferner wurden 288.000 Tonnen (+0,5 Prozent) Schokolade unter anderem kakaohaltige Lebensmittelzubereitungen (in Gebinden bis zu zwei Kilogramm) im Wert von 1,7 Milliarden Euro (+4,1 Pro-

zent) produziert. Hierzu zählten unter anderem 51.000 Tonnen (+9,9 Prozent) Pralinen (mit und ohne Alkohol) im Wert von 441 Millionen Euro (+11,7 Prozent).

EILDienst LKT NRW
Nr. 2/Februar 2018 13.60.10

Zivilschutz

Ein Zertifikat für Qualität – TÜV Hessen bescheinigt Rettungsdienst des Kreises Paderborn Einhaltung aller Qualitätsstandards

Der Rettungsdienst des Kreises Paderborn ist der einzige kommunale Rettungsdienst in der Region Ostwestfalen-Lippe, der sich seit 10 Jahren ununterbrochen zertifizieren lässt, und das mit Erfolg. Landrat Manfred Müller konnte erneut das begehrte Gütesiegel vom TÜV Hessen entgegennehmen. „Dass wir schon ein Jahrzehnt diese hohe Qualität halten und ausbauen können, kommt den Menschen des Kreises Paderborn zugute. Sie können im Notfall auf bestmögliche Versorgung vertrauen“, sagt Landrat Manfred Müller. Überprüft wird nach der DIN EN ISO 9001:2015, ob der Rettungsdienst bestimmte Qualitätsstandards einhält, beispielsweise, ob sich die Rettungsdienstmitarbeiterinnen und -mitarbeiter regelmäßig weiterbilden, die Fahrzeuge und Geräte immer auf dem neuesten Stand sind, Desinfektions- und Hygienemaßnahmen eingehalten werden, ob auf Arbeitssicherheit geachtet wird und vieles mehr.

Die Zertifizierung ist freiwillig. 2008 ließ sich der Rettungsdienst des Kreises Paderborn mit den zehn Rettungswachen und

der integrierten Leitstelle für den Feuer- und Rettungsdienst das erste Mal zertifizieren und seitdem alle drei Jahre wieder. „Die Begutachtung durch Externe ist immer wieder wichtig, um nicht betriebsblind zu werden und um Verbesserungspotenziale erkennen zu können“, ergänzte Qualitätsmanagement-Beauftragter Benedikt Michaelis.

Die jüngste Überprüfung orientierte sich nach der neueren noch strengeren DIN EN ISO:2015. 2015 steht dabei für das Jahr, indem die Richtlinien zuletzt überarbeitet und angepasst wurden.

Der Prüfer des TÜVs Hessen lobte besonders die neu geschaffene Position des Qualitätsmanagement-Beauftragten.

„Qualitätsmanagement ist ein fortlaufender, dynamischer Prozess, welcher die Ist-Situation mit dem Soll-Zustand abgleicht und versucht, bestehende Unterschiede auszugleichen“, sagt Qualitätsmanagement-Beauftragter Benedikt Michaelis. Er ist unter anderem dafür zuständig, interne Überprüfungen und Begehungen der Rettungswachen durchzuführen. Dabei achtet er beispielsweise darauf, dass alle vorgegebenen Richtlinien im Rettungsdienst, Hygiene und auch Arbeitssicherheit eingehalten werden. Zudem ist er der zentrale Ansprechpartner für die Kollegen um Verbesserungen abzusprechen und umzusetzen.

Der Prüfer hob auch positiv hervor, dass der Rettungsdienst des Kreises Paderborn stetig seine Fahrzeuge und Geräte erneuert und dadurch technisch und innovativ die besten Rettungsmittel nutzt. Dem Ausbildungskonzept der Notfallsanitäter werde mit dem Neubau der Rettungswache in Büren (Baubeginn: Oktober 2017) und Bad Lippspringe (in Planung) Rechnung getragen. Positiv sei außerdem die Fortschreibung des Rettungsdienstbedarfsplanes, um die Hilfezeiten trotz steigenden Einsatzzahlen einhalten zu können.

DIN EN ISO 9001: 2015

Die Abkürzung im Einzelnen: DIN steht für das Deutsche Institut für Normung, eine unabhängige Plattform für Normung und Standardisierung in Deutschland und weltweit. EN steht für Europäische Norm, also Standards, die in der gesamten

Europäischen Union gelten. ISO bedeutet Internationale Organisation für Normung. Die Abkürzung leitet sich von dem griechischen Wort isos ab und bedeutet „gleich“. Dadurch ist die Abkürzung in jedem Land und in jeder Sprache einheitlich. Die ISO entwickelt und veröffentlicht internationale Standards. Die Zahl 9001 beschreibt die Art der Normung, also das Qualitätsmanagement. Die Zahl nach dem Doppelpunkt meint die jeweilige Fassung der Norm – hier die aktuellste Fassung aus dem Jahr 2015.

Ein nach DIN EN ISO 9001 zertifiziertes Qualitätsmanagementsystem weist also bei nationalen und internationalen Unternehmen jeder Größe und Branche Kompetenz und Leistungsfähigkeit nach.

EILDienst LKT NRW
Nr. 2/Februar 2018 13.60.10

Persönliches

Größen aus Politik und Gesellschaft gratulieren dem Urgestein der Kreispolitik des Kreises Mettmann – Festakt zu Ehren von Klaus-Dieter Völker

Politiker wie Klaus-Dieter Völker findet man selten. Nur wenige zeichnen sich durch solch beständiges Engagement für die Belange der Bürger aus. Seit fast 50 Jahren sitzt er für die CDU im Kreistag und seit 44 Jahren hat er den Fraktionsvorsitz inne. Folglich ist es nicht verwunderlich, dass zu den Feierlichkeiten anlässlich seines 80. Geburtstages im Kreishaus rund 120 Gäste erschienen waren – darunter namhafte Politiker wie NRW-Innenminister Herbert Reul (CDU), Dr. Stephan Holthoff-Pförtner (CDU), NRW-Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten, Michaela Noll, Mitglied des Bundestages, Dirk Wedel, Staatssekretär im Justizministerium NRW, Dr. Jan Heinisch, Staatssekretär im Landesministerium für Heimat und Kommunales und Kreisvorsitzender der CDU.

Gastgeber Landrat Thomas Hendele betonte in seiner Laudatio für den Jubilar: „Klaus-Dieter Völker ist ein überzeugter Christdemokrat. Aber er ist noch überzeugter von richtigen zukunftsweisenden Projekten. Dann ist er stets bereit, Mehrheiten auch über die eigenen Parteigrenzen hinweg zu suchen.“ Zudem zeige die Historie Völkers, der sich für die Schaffung einer Tourismusregion neanderland sehr stark gemacht habe, „was man gemeinsam bewegen kann. Sie zeigt auch, was ein einzelner ehrenamtlich tätiger Politiker



Rettungsdienst des Kreises Paderborn erneut für Qualität ausgezeichnet: Ingo Christiansen (Ärztlicher Leiter Rettungsdienst), Georg-W. Kolckhorst (TÜV Hessen), Landrat Manfred Müller, Benedikt Michaelis (Qualitätsmanagement-Beauftragter), Elmar Keuter (Leiter Rettungsdienst).
Quelle: Kreis Paderborn



(v.l.) Thomas Hendele, Herbert Reul, Dr. Jan Heinisch, Klaus-Dieter Völker, Dr. Stephan Holthoff-Pförtner, Michaela Noll, Dirk Wedel, Manfred Schulte.

Quelle: Kreis Mettmann

durchzusetzen vermag. Kurzum, es macht einfach Spaß, mit diesem Mann zusammenzuarbeiten."

Der gebürtige Haaner (30. Dezember 1937) ist ein Vollblutpolitiker: berühmt-berüchtigt für seine Schlagfertigkeit, sein Verhandlungsgeschick und sein Durchsetzungsvermögen. Er hat immer das Wohl der Bürger und des Kreises im Blick. Und das seit 1964: Von diesem Zeitpunkt an war er Mitglied der CDU und zog bereits im selben Jahr für seine Partei in den Rat der Stadt Haan. 1969 wechselte er dann für die CDU in den Kreistag. 1973 übernahm er die Aufgabe als Fraktionsvorsitzender der CDU-Kreistagsfraktion. Recherchen haben ergeben, dass es offenbar keinen anderen Kreistag in NRW gibt, der so einen langjährigen Fraktionsvorsitzenden in seinen Reihen hat. 11 Wahlperioden hat Völker mitgestaltet. Er war in unzähligen Ausschüssen und Gremien aktiv und hat der Kreispolitik seinen Stempel aufgedrückt. Sein Denken und Handeln war immer bestimmt von dem Ziel der Schaffung eines Kreises, der im Schulterschluss mit seinen Städten und

Dieter Völker erlebt. Sie haben Kultstatus erreicht."

Dr. Jan Heinisch weiß ebenso um die Eigenheiten des Fraktionsvorsitzenden: „Die erste E-Mail, die ich von ihm bekommen habe, endet mit den Worten: Bleiben sie sauber. Das irritierte mich, doch man versicherte mir, das sei normal für ihn."

Völker kann auch auf 16 Jahre als Politiker im Düsseldorfer Landtag zurückblicken. Einer seiner Weggefährten dieser Zeit war Herbert Reul, der sich nur zu gerne an die Zusammenarbeit mit Völker erinnert: „Ich war froh, dass ich jemanden fragen konnte, der Ahnung vom Kreis Mettmann hat. Er ist geprägt von seiner Heimat und hat sie auch geprägt." Auch Manfred Schulte, Vorsitzender der SPD-Kreistagsfraktion, hebt das gute politische Gespür Völkers hervor: „Klaus-Dieter Völker betrachtet Kommunalpolitik als Mittel, die Gegenwart und Zukunft zu gestalten."

Aber nicht nur auf politischer Ebene kann Völker eine erfolgreiche Karriere vorweisen: In jungen Jahren absolvierte er eine Lehre zum Seidenweber. Nachdem das Unternehmen, bei dem er beschäftigt

Bürgern Arbeit, soziale Sicherheit und Lebensqualität garantiert.

„Sie sind unser Kaiser im Kreistag, sie gehören dort hin wie die Butter zum Brot", formulierte es Michaela Noll treffend. „Die Arbeit im Kreistag ist ihr intellektuelles Vergnügen."

Dirk Wedel wusste zu berichten, „Etwa die Hälfte der Bürger im Kreis Mettmann haben keinen anderen CDU-Kreistagsvorsitzenden als Klaus-

war, geschlossen wurde, sattelte er um und absolvierte eine Banker-Ausbildung. In diesem Beruf war er – zuletzt als Prokurist – bis zur Pension erfolgreich tätig. Nach wie vor ist Völker im Kreistag aktiv und hat nichts von seiner Beharrlichkeit verloren. Und er betrachtet seine Arbeit keineswegs als erledigt. Ungebrochen sind seine Energie und Leidenschaft, mit der er bis heute seine Fraktion, den gesamten Kreistag und natürlich auch die Kreisverwaltung antreibt. Minister Dr. Stephan Holthoff-Pförtner brachte es auf den Punkt: „Ich wünsche Ihnen und Ihrer Frau ein langes und gesundes Leben, wenn sie denn irgendwann den Fraktionsvorsitz abgeben werden." Der Jubilar tönnte ins selbe Horn: „Im Aufzug habe ich eine Fee getroffen, die mir einen Wunsch gewährt hat. Zuerst wünschte ich mir ewiges Leben. Dies konnte sie nicht gewähren. 'Gut', sagte ich, dann wünsche ich mir, so lange zu leben, bis Holland Fußball-Weltmeister wird."

EILDienst LKT NRW

Nr. 2/Februar 2018 13.60.10

Stichwortverzeichnis und Einbanddecken

Stichwortverzeichnis und Einbanddecken 2017

Die Knipping Druckerei und Verlag GmbH, Birkenstraße 17, 40233 Düsseldorf, hält Einbanddecken für den EILDienst des Jahres 2017 bereit. Sie können zum Preis von 9,10 Euro plus Mehrwertsteuer zzgl. 4,40 Euro Versandkosten unmittelbar bei der Druckerei bestellt werden unter knippingmedia@gmail.com.

Das Stichwortverzeichnis für das Jahr 2017 liegt diesem Heft bei.

EILDienst LKT NRW

Nr. 2/Februar 2018 13.60.10

Hinweise auf Veröffentlichungen

Datenschutz-Grundverordnung, Prof. Härting, Niko, 1. Auflage 2017, 212 Seiten, ISBN 978-3-504-42059-8, 39,80 Euro, Verlag Otto Schmidt

Das Werk von Härting zur Datenschutz-Grundverordnung gibt einen Überblick über das Datenschutzrecht, vor allem in der betrieblichen Praxis. Darüber hinaus ist es aber auch für die öffentliche Verwaltung und insbesondere für kommunale Unternehmen in Zivilrechtsform relevant. Die europäische Datenschutzgrundverordnung wird sowohl im privaten Sektor als

auch im öffentlichen Sektor starke Veränderungen im Datenschutzrecht bewirken. Die Übergangsphase beträgt insgesamt zwei Jahre. Das kompakte Werk von Härting ist insbesondere auf praktische Anwenderinnen und Anwender gerichtet.

Dabei haben Teile des Werks von Härting durchaus Leitfadens-Charakter. Das Buch richtet sich an alle mit betrieblichem Datenschutz beschäftigten und gibt einen entsprechenden Überblick über die aktuellen Fragen des neuen Datenschutzrechts.

Datenschutz-Grundverordnung: DS-GVO, Kühling, Jürgen/ Buchner, Benedikt, Kommentar, 1. Auflage 2017, 1.169 Seiten, ISBN 978-3-406-708212-9, 159,00 Euro, Verlag C.H. Beck

Die Datenschutz-Grundverordnung (DS-GVO) wird nach einer zweijährigen Übergangsregelung im Mai 2018 geltendes Recht. Als sog. hybride EU-Verordnung gilt sie grundsätzlich unmittelbar, in einigen Bereichen mit Umsetzungsspielräumen für den Bundes- und Landesgesetzgeber. Die DS-GVO zielt einerseits auf

den europaweit einheitlichen Schutz von Daten, andererseits aber auch auf den rechtlichen Rahmen für die Regelung des Datenverkehrs in der Europäischen Union. Der Kommentar von Kühling/Buchner ist eins der umfassendsten Werke explizit zur DS-GVO auf Ebene des Unionsrechts. Die Kommentierung versucht, einerseits dogmatisch fundiert die einzelnen Artikel der DS-GVO einschließlich der Erwägungsgründe abzubilden und zu kommentieren, andererseits bleibt die Kommentierung aber praxisgerecht. Insbesondere werden die Auswirkungen der einzelnen Artikel der DS-GVO auf das nationale Recht umfassend kommentiert. Die Kommentierung bezieht sich in erster Linie auf die allgemeinen Wirkungen der DS-GVO, also insbesondere die Wirkungen auf Privatrechtssubjekte. Allerdings werden auch die Auswirkungen für die öffentliche Hand jeweils umfassend kommentiert. Auch Fragestellungen der zunehmenden Vernetzungen der Digitalisierung werden an den einzelnen Artikeln umfassend abgebildet. Die Autorinnen und Autoren sind allesamt erfahrene Juristen aus den Bereichen der Hochschulen, der Beauftragten für Datenschutz sowie der Rechtsanwaltschaft. Aufgrund der vielschichtigen Herkunft der Autorenschaft ist für eine möglichst vielschichtige Kommentierung der einzelnen Artikel der DS-GVO Sorge getragen. Das Werk richtet sich in erster Linie an Rechtsanwender, die mit der Implementierung und Umgang mit dem neuen EU-Datenschutzrecht befasst sind, aber auch an Juristinnen und Juristen sowie Verwaltungsmitarbeiter, die eine grundsätzliche Klärung von Fragestellungen des Datenschutzrechts benötigen. Insbesondere während der komplexen Implementierungs- und Umsetzungsphase können die Kommentierungen eine Hilfestellung für diejenigen Nutzer bieten, die über grundsätzliche Fragen hinaus einen vertieften Zugriff auf die Materie des Europäischen Datenschutzrechts benötigen.

Das neue Datenschutzrecht, Schantz, Peter/Wolff, Heinrich Amadeus, 1. Auflage 2017, 437 Seiten, ISBN 978-3-406-69649-7, 59,00 Euro, Verlag C.H. Beck
Das Werk von Schantz/Wolff ist eines der umfangreichsten Lehrbücher zum neuen Datenschutzrecht. In dem Werk wird sowohl das neue Bundesdatenschutzgesetz vom 30.07.2017 als auch der europarechtliche Rahmen der Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) sowie die Richtlinie für den Datenschutz bei Polizei und Strafjustiz (JI-RL) umfänglich berücksichtigt. Vor allem wird in diesem Titel das rechtliche Zusammenwirken von Bundesdatenschutzgesetz auf der einen Seite und die DSGVO auf der anderen Seite umfassend beleuchtet. Es werden auch die Konstellationen beleuchtet, in denen europäisches und deutsches Datenschutzrecht nebeneinander anwendbar sind. Das Werk zielt als praktisches Lehrbuch vor allem auf unmittelbare Fragestellungen zur Umsetzung der neuen datenschutzrechtlichen Rahmenbedingungen. Zudem wird versucht, immer wieder auf alle-

gemeine datenschutzrechtliche Prinzipien zu verweisen. In praktischer Hinsicht werden vor allem die Grundprinzipien und die Zulässigkeit der Datenverarbeitung, technische Pflichten, organisatorische Pflichten und Fragestellungen zur Durchsetzung des Datenschutzrechtes behandelt. Das Werk richtet sich umfassend sowohl an Rechtsanwender in privatrechtlichen Einrichtungen als auch an Juristen in Behörden und Verbänden sowie an sonstigen mit Datenschutzfragen befasste Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

Kommentar zum Gemeindehaushaltsrecht Nordrhein-Westfalen, Stand: inkl. 11. Nachlief. Juli 2017, 986 Seiten, Loseblattausgabe (in 1 Ordner), Format 16,5 x 23,5 cm, ISBN 978-3-8293-0729-1, Kommunal- und Schul-Verlag, Wiesbaden, www.kommunalpraxis.de.

Im vorliegenden Praxiskommentar Gemeindehaushaltsrecht Nordrhein-Westfalen, herausgegeben von der Gemeindeprüfungsanstalt Nordrhein-Westfalen (GPA NRW), wird das Gemeindehaushaltsrecht ausführlich, anschaulich, praxisnah und leicht verständlich erläutert.

Der Kommentar zur Gemeindehaushaltsverordnung NRW stellt die Regelungen sowohl im Kontext des Handelsgesetzbuches als auch der bisherigen Gemeindehaushaltsverordnung und Gemeindekassenverordnung dar. Die Besonderheiten bei der erstmaligen Bewertung des Vermögens und der Schulden für die Eröffnungsbilanz werden ebenso aufgezeigt wie die Anforderungen an die Haushaltsplanung und Haushaltswirtschaft, Buchführung und Bilanzierung sowie den Jahresabschluss und Gesamtabchluss. Ebenso ist ein von der GPA erarbeiteter Produktplan (Muster) für die Definition des kommunalen Produkthaushaltes enthalten. In einem separaten Block sind die einschlägigen Paragraphen der Gemeindeordnung kommentiert.

Die Praxiserfahrungen bei der Umsetzung des NKF und deren Weiterentwicklung in den nordrhein-westfälischen Kommunen sowie in der GPA NRW sind in das Werk eingeflossen und bilden somit eine sichere, solide Arbeitsgrundlage für Gemeinde-, Stadt- und Kreisverwaltungen, kommunale Mandatsträger, kommunale Unternehmen, Rechnungsprüfungsämter, kommunale Aufsichtsbehörden, Wirtschaftsprüfer, Verwaltungsgerichte, Fachanwälte und den gesamten Aus- und Weiterbildungsbereich.

Schütz/Maiwald, Beamtenrecht des Bundes und der Länder, Kommentar, Gesamtausgabe B 422. Aktualisierung, Stand: Dezember 2017, Bestellnr.: 7685 5470 422, Verlagsgruppe Hüthig Jehle Rehm GmbH, Hultschiner Straße 8, 81677 München.

Diese Aktualisierung bietet u.a. die Neukommentierung zu den §§ 72 und 82 LBG NRW 2016.

Grabitz, Hilf, Nettesheim, Das Recht der Europäischen Union, 61. Ergänzungslieferung, Stand: April 2017, ISBN 978-3-406-68654-2, 47,90 Euro, Verlag C. H. Beck, www.beck.de.

Zur Ergänzungslieferung:

Die 61. Ergänzungslieferung enthält Aktualisierungen zu:

- Verletzung fundamentaler Grundsätze durch einen Mitgliedstaat (Art. 7 EUV)
- Das Europäische Parlament (Art. 12, 14 EUV und Art. 223 - 234 AEUN)
- Assoziierung Überseeischer Länder (Art. 198 - 204 AEUV)
- Die Kommission (Art. 244 - 250 AEUV)
- Finanzvorschriften (Art. 310 - 324 AEUV)
- Stimmrechtsaussetzung (Art. 354 AEUV)

Grabitz, Hilf, Nettesheim, Das Recht der Europäischen Union, 62. Ergänzungslieferung, Stand: Juli 2017, ISBN 978-3-406-68655-9, 69,00 Euro, Verlag C. H. Beck, www.beck.de.

Zur Ergänzungslieferung:

Die 62. Ergänzungslieferung enthält Aktualisierungen zu:

- Subsidiaritäts- und Verhältnismäßigkeitsgrundsatz (Art. 5 EUV)
- Vertragsänderung und Beitritt zur Union (Art. 48, 49 EUV)
- Verkehr (Art. 90 - 100 AEUV)

Tadday/Rescher, Laufbahnrecht, Kommentar, 26. Ergänzungslieferung, Stand: November 2017, 82,90 Euro, ISBN 978-3-7922-0162-6, Verlag W. Reckinger, Luisenstraße 100-102, 53721 Siegburg.

Die 26. Ergänzungslieferung (Stand November 2017) enthält Neukommentierungen zu § 2 Grundsatz, § 6 Nachteilsausgleich, § 8 Beurteilung von Landesbeamtinnen und Landesbeamten, § 9 Nachzeichnung dienstlicher Beurteilungen, § 12 Einstellung früherer Beamtinnen oder Beamter und Einstellung von Beamtinnen oder Beamten anderer Dienstherren, § 14 Ausnahmen, § 18 Beförderungsvoraussetzungen, § 19 Grundsätzliche Regelungen, § 20 Ausbildungsaufstieg, § 21 Qualifizierungsaufstieg, § 22 Aufstieg in bestimmte Aufgabenbereiche, § 23 Aufstieg durch Bachelor- oder Diplomstudium mit dem Ziel der Spezialisierung, § 27 Masterstudium mit dem Ziel der Spezialisierung, §§ 30 - 32, 34, 37 Besondere Vorschriften für Lehrerinnen und Lehrer an Schulen, § 47 Ausbildung und Prüfung und §§ 48, 49 Zugangsvoraussetzungen.

Außerdem wurden zahlreiche beamtenrechtliche und laufbahnrechtliche Vorschriften wie z. B. das Landesbeamtengesetz, das Beamtenstatusgesetz und die Verordnung über die Laufbahnen der Beamtinnen und Beamten des feuerwehrtechnischen Dienstes aktualisiert.